

# Teilnehmerliste

---

## Kleiner Geländekurs Das Ruhrgebiet: Kulturlandschaftswandel

**Leitung:** Dr. Heiko Faust

### Teilnehmer & Teilnehmerinnen:

Bredemeier, Peter

Haske, Andrea

Helbrecht, Christian

Hofmann, Sarah

Lipinski, Kai

Nikolaeva, Janna

Olbrisch, Susanne

Quardokus, Bianca

Rother, Tobias

Schubert, Sylvia

Sieber, Timm

Türck, Lothar

Wiegleb, Pierre

Winter, Johannes

Wieczorek, Nora

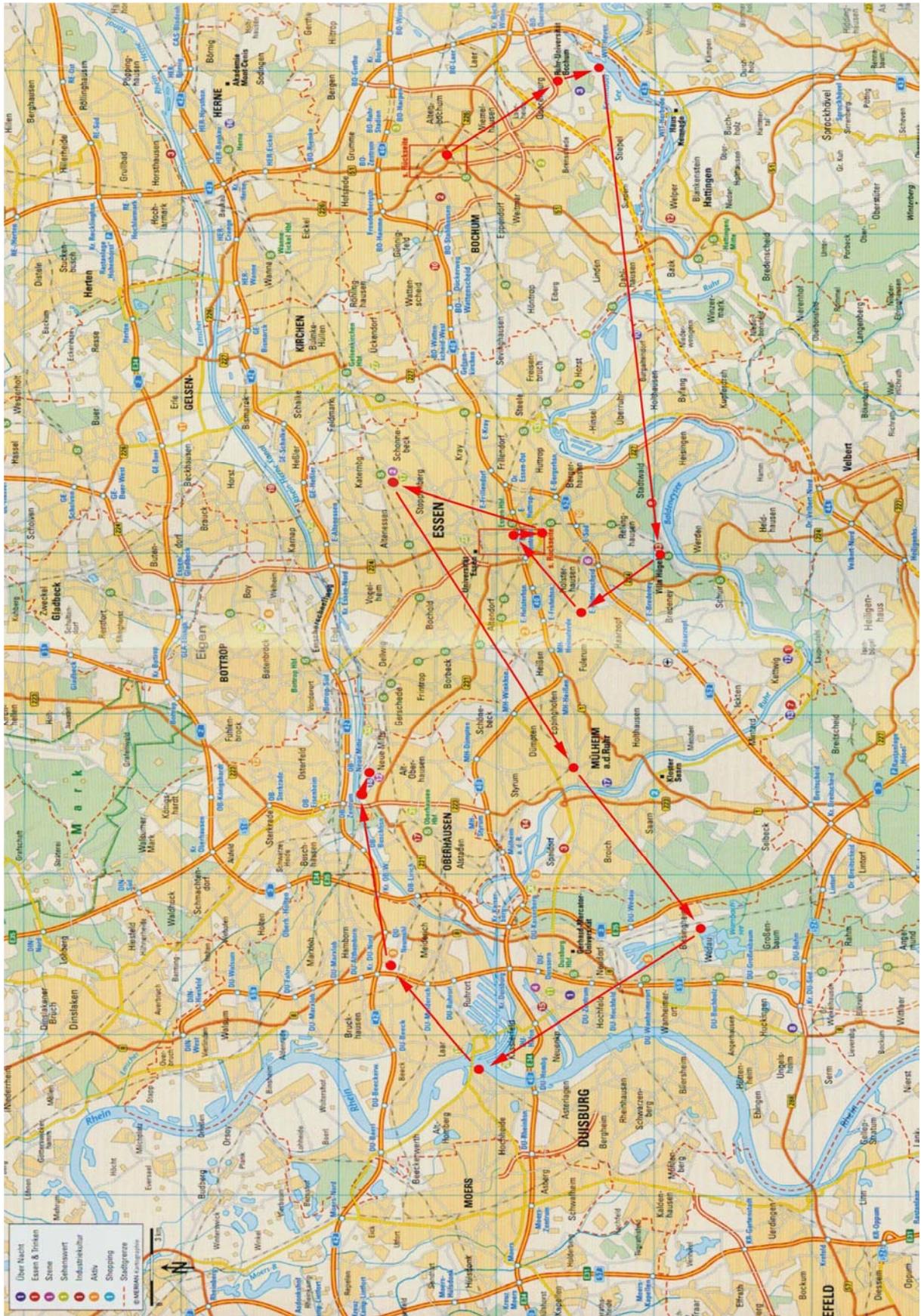
Witte, Jan

Woellert, Franziska

# Exkursionsroute

---

- 1. Tag: Bochum – Essen – Mülheim**  
(Anreise)  
Bergbaumuseum, Bochum  
Ruhruniversität Bochum  
Kemnader See  
Villa Hügel, Essen  
Essen Margarethenhöhe
- 2. Tag: Mülheim & Essen**  
Innenstadt Mülheim  
Essen Hbf  
Kommunalverband Ruhrgebiet, Essen  
Zeche Zollverein  
Kokerei Zollverein
- 3. Tag: DU Wedau – Duisburg – Ruhrort**  
Wambachsee, Duisburg Wedau  
Ruhrort, Duisburger Binnenhafen  
Landschaftspark Duisburg Nord
- 4. Tag: Oberhausen**  
Gasometer, Oberhausen  
Centro, Oberhausen  
(Abreise)



# INHALT

---

<b>I. VORWORT .....</b>	<b>1</b>
<b>II. REFERATE .....</b>	<b>2</b>
DIE GEOLOGIE DES RUHRGEBIETES.....	2
DIE ENTWICKLUNG DES STEINKOHLEBERGBAUS IM RUHRGEBIET.....	12
DIE KRUPP-DYNASTIE – ALFRED KRUPP UND DIE VILLA HÜGEL .....	21
DIE MARGARETHENHÖHE IN ESSEN - IDEE, ENTSTEHUNG, VORBILDER .....	24
ARBEITERBEWEGUNG UND SOZIALE IDENTITÄT IM RUHRGEBIET .....	29
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM .....	35
MÜLHEIM AN DER RUHR .....	41
STRUKTURWANDEL IM RUHRGEBIET .....	46
DIENSTLEISTUNGSZENTRUM ESSEN .....	54
ENTWICKLUNG VON EISEN- UND STAHLINDUSTRIE NACH DEM 2. WELTKRIEG ..	67
DER DUISBURGER BINNENHAFEN .....	76
DER LANDSCHAFTSPARK DUISBURG-NORD .....	82
DIE INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG (IBA) EMSCHER PARK.....	92
DAS CENTRO IN OBERHAUSEN.....	103
<b>III. LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>111</b>

# I. Vorwort

---

Das Ruhrgebiet: Wer denkt da nicht heute noch an rauchende Schloten und hustende Arbeiter in Kohlenstaubkruste? Doch mittlerweile können wir, die wir an dieser Exkursion in „den Pott“ teilnehmen durften, das nicht mehr guten Gewissens unterschreiben. Die Zeiten haben sich gewandelt, und so auch das Erscheinungsbild des „Reviere“. Zechen und Hochöfen wurden größtenteils stillgelegt, und die riesigen Industriekomplexe beherbergen nun vermehrt Sensationen & Attraktionen der kulturellen Art. „Industrietourismus“ ist nur eines der Schlagwörter zur Beschreibung des „neuen“ Ruhrgebietes, wie es sich mit fortschreitender Tertiärisierung präsentiert.

In diesem Sinne unternahmen wir am dritten Tag unseres Aufenthaltes eine Radtour durch die ehemalige „Staublunge Deutschlands“. Einmal abgesehen von der „Abkürzung“ über die Autobahn (liebe Kinder zuhause, bitte NICHT nachmachen!), war uns zwischenzeitlich tatsächlich nahezu und ansatzweise idyllisch zumute. Andererseits wirkte die Innenstadt Essens eher *potthäblich* (zumindest nach Meinung der Verfasserin), wofür wir aber mit lecker Kaffchen beim Kommunalverband reichlich entschädigt wurden.

Es gab durchaus genug Spass auf dieser Exkursion. Im Landschaftspark Duisburg Nord hatten alle Stadtkinder endlich mal die Gelegenheit, ein echtes Schwein zu bewundern, und das Einkaufsparadies Centro in Oberhausen war an einem Sonntag besonders aufregend. Schade nur, dass wir letztlich doch nicht besagtes Fußball-Endspiel (von wem eigentlich?) live miterleben „mussten“ - das hätte die Exkursion mit Sicherheit gebührend abgerundet.

Schließlich bleibt mir nur noch, ein allerherzlichstes Dankeschön an alle diejenigen zu verteilen, die mit ihren jeweiligen Qualitäten zum Gelingen des Unternehmens beigetragen haben. Weiterhin viel Erfolg auf all' Euren Wegen und natürlich viel Spass mit diesem Ruhrgebiets-Reader, den nun wahrlich ein Jeder in seinem Regal stehen haben sollte!

*(Sarah Hofmann)*

## II. Referate

---

### Die Geologie des Ruhrgebietes

*Timm Sieber*

1. Einleitung.....	2
2. Das Gebiet .....	2
3. Die Erdgeschichte.....	6
4. Großräumige geographische und geologische Gliederung des Gebietes.....	7
5. Die Kohleentstehung und Kohlearten .....	9
6. Quellenverzeichnis .....	11

#### **1. Einleitung**

Als Ruhrgebiet oder Ruhrrevier bezeichnet man den Schwerpunkt des Nordrhein-Westfälischen Industriegebietes. Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die industrielle Entwicklung von Nordrhein-Westfalen und Deutschland waren die flözführenden Schichten des Oberkarbons. Dieses Referat soll einen Einblick in die geologische Abgrenzung, Genese und Gliederung des Ruhrgebietes sowie der Entstehung der Kohle geben.

#### **2. Das Gebiet**

(siehe auch Abb.2: S.4 und Abb.4: S.5)

Das als Ruhrgebiet bezeichnete Niederrheinisch-Westfälische Steinkohlengebiet ist ein Teilstück des nordwesteuropäischen Steinkohlengürtels (Abb.1: S.4). In westlicher Fortsetzung umfasst er noch die Reviere von Erkelenz-Aachen, Südbelgien, Nordfrankreich, Holländisch-Limburg und Bergisch-Kempen und die Kohlengebiete Großbritanniens. (HAHNE & KUKUK 1962: 1)

Die flözführenden Schichten des Oberkarbons (Namur C bis Westfal C) (RICHTER 1971: 2-4) wurden in Schichtpaketen bis zu 3000m Mächtigkeit abgelagert. Sie erstrecken sich links- und rechtsrheinisch weitflächig vom Vennvorland sowie vom nördlichen Bergischen und Märkischen Land bis weit ins Niederrheinische Tiefland und ins Westmünsterland. Die Vorkommen streichen am Nordsaum der Mittelgebirge zu Tage aus; sie fallen in nordwestlicher Richtung unter einem Winkel von 3-7° in größere Tiefen ein. Nördlich der

Lippe sind Flöze bereits bis weit über 1000m Tiefe erschlossen worden; in einzelnen Fällen hat der Kohlenabbau bereits diese Flöze erreicht. (VOPPEL 1993: 14) Durchschnittlich nur 2%, stellenweise 5% der Mächtigkeit des „Steinkohlengebirges“ im Ruhrgebiet bestehen aus abbauwürdigen Kohlenflözen, ca. 57 Flöze insgesamt mit einer Gesamtmächtigkeit von 59 m. 98 bzw. 95% sind Nebengestein. Dieses ungünstige Verhältnis verteuert natürlich den Kohlenbergbau ungemein. (DEGE & DEGE 1980: 18) Die Lagerstätte setzt sich nach Norden in großer Tiefe fort. Lediglich bei Ibbenbüren kommt das „Kohlengebirge“ nochmals näher an die Oberfläche. Nordöstlich von Aachen wird die Steinkohle von Braunkohle überlagert. Die oberflächennah anstehenden Vorkommen im Süden der Lagerstätte sind, soweit nutzbar, abgebaut. In Ostwestfalen bei Minden und im niedersächsischen Grenzgebiet bei Bückeburg finden sich geologisch jüngere Steinkohlenvorkommen aus dem Wealden, deren Gewinnung schon seit den sechziger Jahren stillliegt. (VOPPEL 1993: 14)

### *Begrenzung*

Nur im Süden hat das Niederrheinisch-Westfälische Steinkohlengebiet durch das herausgehobene flözführende Gebirge in der allgemeinen Linie Wetter-Haßlinghausen-Herzkamp eine natürliche Begrenzung.

Im Südwesten bedingt der aus devonischem Gestein aufgebaute Velberter Großsattel ein Herausheben des Kohlengebirges und ein starkes Zurückspringen seiner Ausstrichlinie in nordwestlicher Richtung.

Nach Osten hebt sich das Kohlengebirge im ganzen heraus, so dass östlich von Soest nicht mehr mit bauwürdigen Flözen gerechnet wird.

Die nördliche Grenze ist durch die derzeitigen technischen Möglichkeiten des Vordringens in die Teufe gegeben. Das Steinkohlengebirge setzt sich flözführend unter dem Deckgebirge, hier nur tief versenkt, fort.

Im Westen hebt sich das Kohlengebirge am Krefelder Gewölbe heraus.

(Abschnitt vgl. HAHNE & KUKUK 1962: 2-3)

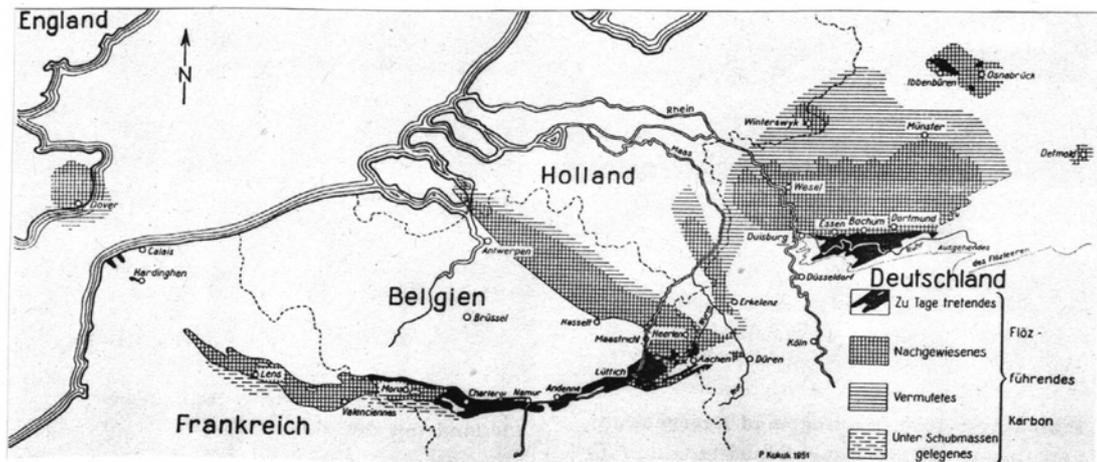


Abbildung 1: Der nordwestdeutsche Kohlegürtel (HAHNE, C. & P. KUKUK 1962 S. 1)

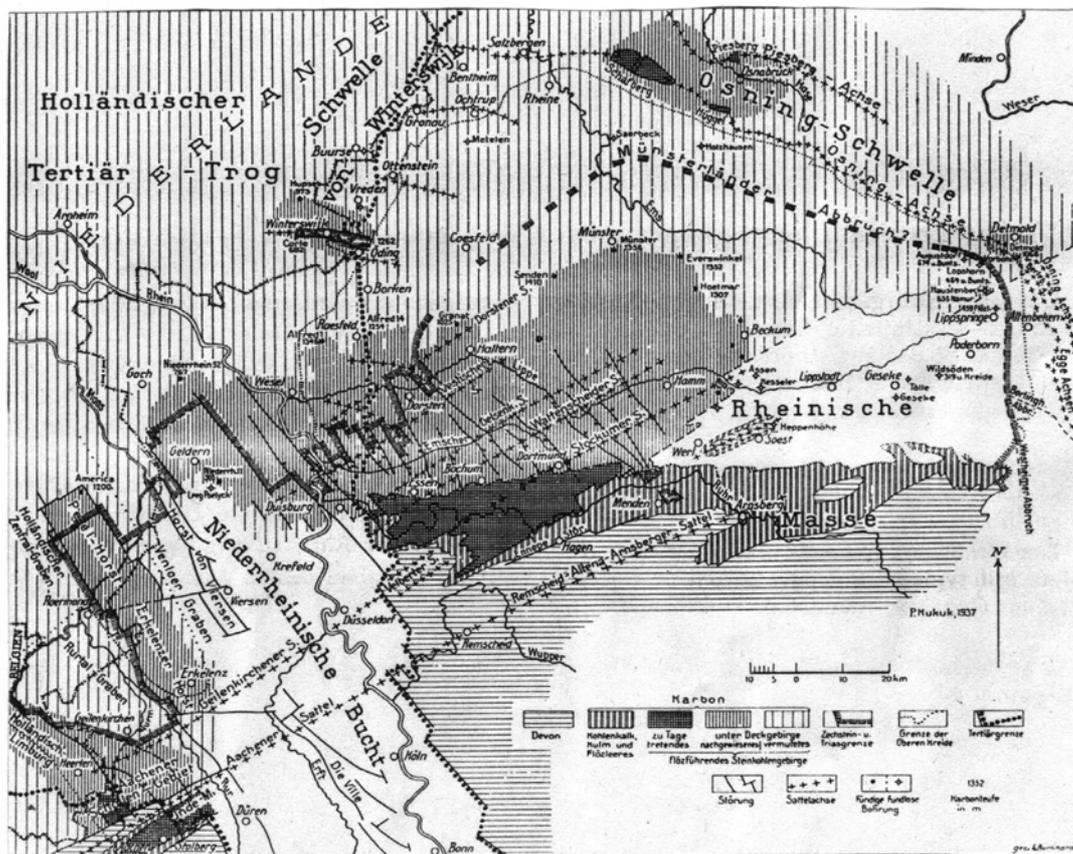


Abbildung 2: Geologische Übersichtskarte des niederrheinisch-westfälischen Raumes (HAHNE, C. & D. KUKUK 1962 S. 2)

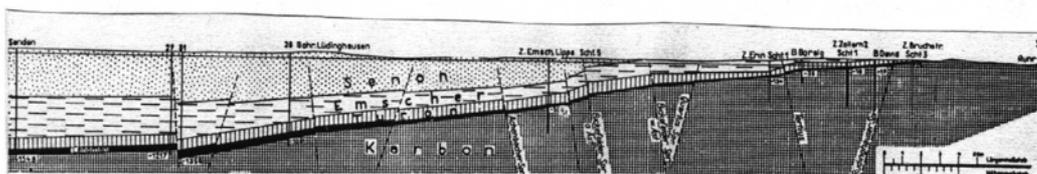


Abbildung 3: Querschnitt durch das Deck- und das Kohlengebirge (KRUCKOW, Th. & H. SCHULTZ 1962 S. 17)

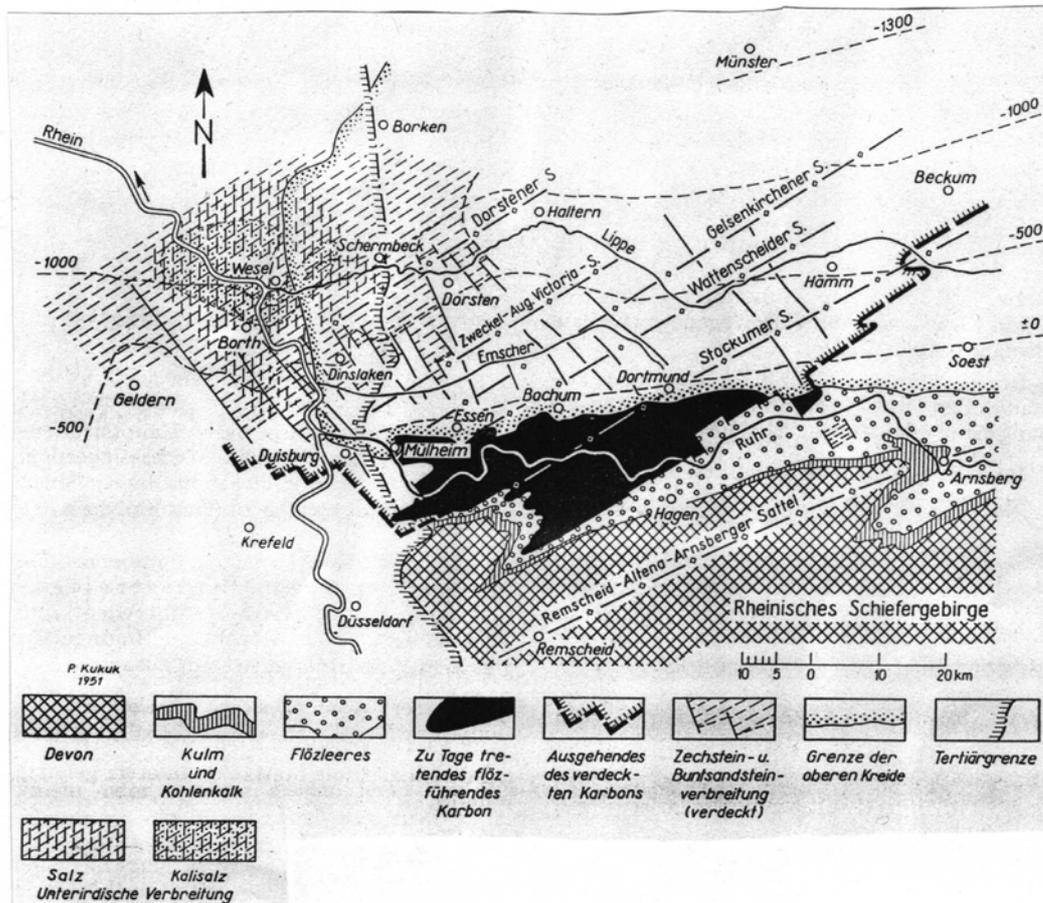


Abbildung 4: Geologische Übersichtskarte des Ruhrkohlenreviers (HAHNE, C. & P. KUKUK 1962 S.3)

Gewichtsprozente in	Kohlenstoff C	Wasserstoff H	Sauerstoff O
Holz	50	6	43
Torf	60	6	33
Braunkohle	70	6	23
Flammkohle	82	5,8	10
Gasflammkohle	84	5,7	8
Gaskohle	87	5,5	6
Fettkohle	89	5	4
Eßkohle	90	4,3	3
Magerkohle	91	3,9	2,5
Anthrazit	92	3,7	2
Graphit	100	/	/

Tabelle 1: Chemische Zusammensetzung verschiedener Vertreter der Kohlereihe

\*die angegebenen Werte sind Durchschnittswerte (HAHNE, C. & P. KUKUK 1962 S. 7)

Kohleart	Anteil in %
Flamm-, Gasflamm- und Gaskohle	rd. 22
Fettkohle	rd. 59
Eßkohle	rd. 15
Magerkohle	rd. 4

Tabelle 2: Anteile der einzelnen Kohlearten an den gesamten Kohlevorräten des Ruhrreviers (DEGE, W. & W. DEGE 1980 S. 23)

### 3. Die Erdgeschichte

(siehe auch Abb.3: S.4)

Zu Beginn des Devon (~350 Mio. v.h.) bildete sich in Westeuropa auf altem Untergrund eine ausgedehnte Geosynklinale, in der sich unter wechselnden Bedingungen bei fast ständiger Senkung gewaltige Massen von devonischen und unterkarbonischen Sedimenten verschiedener Gesteinsart und Zusammensetzung ablagerten.

Am Ende des Devon an der Wende Unter- und Oberkarbon (~290 Mio. v.h.), wurde diese Trogfüllung durch die nach Norden fortschreitende (variskische) Gebirgsbildung erfasst und zum Variskischen Gebirge aufgefaltet.

Am nördlichen Fuße dieses Gebirges verblieb eine Restsenke, die subvariskische Saamtiefe, hier setzte sich die Sedimentation fort. In der Folgezeit lagerten sich die mehr als 3000 m dicken Oberkarbonschichten ab. Hier bildeten sich unter dem Einfluss eines niederschlagsreichen und feuchtwarmen Klimas ausgedehnte Flachmoore mit üppiger Vegetation, die Urmoore der späteren Flöze. Sie wurden immer wieder durch Schutt zugedeckt, der von den benachbarten Hochgebieten durch zahlreiche Bäche und Flüsse in die Niederung transportiert wurde.

Während sich die lockeren Sedimentmassen im Laufe der Zeit zu festen Gesteinen, dem Flöznebergestein verfestigten, wurde aus dem Torf der Moore durch die Prozesse der Inkohlung die Flözkohle.

Am Ende der Oberkarbonzeit (~240 Mio. v.h.) ,wurde auch diese Restgeosynklinale von der nach Norden fortschreitenden Gebirgsbildung erfasst und in der asturischen Phase aufgefaltet und zerrissen.

Das Gebiet wurde landfest und unterlag nun einer langandauernden intensiven Abtragung. Es bildete sich allmählich eine Fastebene.

Auf diese drang im Niederrheingebiet das Zechsteinmeer nach Süden vor und hinterließ seine Sedimente. In dem bei heißem Klima verdunstenden Wasser schieden sich Salze aus. Unter wieder im wesentlichen festländischen Verhältnissen bildete sich anschließend der Buntsandstein.

Im größeren Teil des Gebietes ging die Abtragung weiter und führte zu einer vollständigen Einebnung. Erst das Cenoman-Meer überschwemmte vor etwa 90 Mill. Jahren diese Ebene und lagerte die Sedimente ab, die wir heute im „Kreide-Deckgebirge“ finden.

Am Ende der Oberkreidezeit wurden der Teutoburger Wald, das Eggegebirge und die anderen Gebirgszüge dieser Gegend aufgefaltet, wodurch auch mit dem in südwestlicher Richtung gerichteten Faltungsdruck das Gebirge erneut beansprucht wurde, so dass es besonders an den Querstörungen zu erneuten, manchmal gegenläufigen Bewegungen kam.

In der Tertiärzeit (~50 Mill. v.h.), sank zwischen dem Rheinischen Schiefergebirge und der Eifel die Kölner Bucht ein, in der sich mächtige tertiäre Tone und Sande ablagerten. Inmitten dieses Beckens kam es zur Moorbildung, aus der die Braunkohleflöze hervorgingen. Vulkane entfalteten im Siebengebirge und in der Eifel eine lebhafte Tätigkeit.

Im Quartär drang das nordische Eis einmal bis zur Ruhr vor und hinterließ nach dem Abschmelzen Moränenschutt mit Findlingen, Geschiebemergel, Lehme und Sande. Staubstürme lagerten im Windschatten mächtigen „Löß“ ab.

Das alte abgetragene Variskische Gebirge stieg erneut auf, während das nördliche Vorland absank, so dass das Gebirge eine Schrägstellung erfuhr. In dieses aufsteigende Gebirge schnitten sich Flüsse und Bäche tief ein, während im Vorland ausgedehnte Schotterflächen (Terrassen) und andere Ablagerungen in den Flusstälern entstanden.

(Abschnitt vgl. KRUKOW & SCHULZ 1962: 17)

#### **4. Großräumige geographische und geologische Gliederung des Gebietes**

Der Großraum (Abb.2: S.4) umschließt vier Gebiete mit typischem geographischen und geologischen Gepräge.

##### *Das Rheinische Schiefergebirge*

Mit dem Sauerland, Bergischen Land, Ardey-Gebirge u.a. randlichen Teilgebieten stellt das Rheinische Schiefergebirge ein eingeebnetes altes Rumpfbirge dar, in das sich Flüsse und Bäche, durch junge Hebung hervorgerufen, tief eingeschnitten haben.

Die Ruhr durchfließt den nördlichsten Teil und dient der Wasserversorgung des Reviers. Ihr Wasser wird in zahlreichen Staubecken gesammelt und gereinigt. In der Nachbarschaft der wichtigsten Nebenflüsse befinden sich zu demselben Zwecke Talsperren.

Das Gebirge ist in erster Linie durch silurisch-devonische Ablagerungen mit Grauwacken, Sandsteinen, Sandschiefern, Tonschiefern, Mergeln und Kalken (Massenkalk und Kohlenkalk) aufgebaut, auf welche sich konkordant das Unterkarbon (Kulm und Kohlenkalk) und das Flözleere auflegt. Das flözführende Gebirge geht am Unterlauf der Ruhr zu Tage aus, so dass hier der alte Bergbau seinen Ausgang nahm (Abb. 3: S.4).

Diese Schichten sind durch die „variskische Gebirgsbildung“ zu Sätteln und Mulden (Ebbe-Sattel, Lüdenscheider Mulde, Remscheid-Altena-Arnsberger Sattel u.a.) aufgefaltet und mannigfaltig zerrissen worden.

#### *Das Münster'sche Becken*

Mit flachem Abfall fällt das Rheinische Schiefergebirge in das Münster'sche Becken ab. Dieses stellt im ganzen ein Flachland mit wenigen Erhebungen, wie Recklinghauser Haard oder die Borkenberge, dar. Das Becken entwässert durch Emscher, Lippe und Ems.

Das Münster'sche Becken wird vor allem durch Ablagerungen der Oberkreide gebildet, die sich als Deckgebirge nördlich einer ungefähr Ost-West verlaufenden Ausstrichlinie südlich Essen, Bochum, Dortmund, Unna, Werl und Soest dem Steinkohlengebirge auflegen und dieses mit in nördlicher Richtung wachsender Mächtigkeit unter sich begraben.

#### *Teutoburger Wald (Osning) und Eggegebirge*

Nach Norden und Nordosten steigt das Gebirge wieder an, so dass im Teutoburger Wald und dem Eggegebirge und ihrem Hinterland die Schichten des Mesozoikums mit Kreide, Jura und Trias erscheinen. Im Südteil des Beckens fehlen diese aufgrund der Transgression der Oberkreide.

Dieses NW-SO (herzynisch) und N-S (rheinisch) streichende Gebirge ist sehr viel jünger als das Rheinische Schiefergebirge. Es ist erst zur Zeit der saxonischen Gebirgsbildung (Ende der Oberkreide) aufgefaltet worden. Es ist z.T. auf das Vorland des Münster'schen Beckens, also gegen Südwest, überschoben (Osning-Überschiebung).

Bei Ibbenbüren und Osnabrück erscheint in ihm, horstartig aufragend, auch wieder Steinkohlengebirge in den drei Vorkommen vom Schafberg, Piesberg und Hüggel.

Die Fortsetzung des Teutoburger Waldes und des Eggegebirges bilden im Norden u.a. die Höhenzüge von Ochtrup, Bentheim, nördlich deren sich die Emsland-Erdöl- und – Erdgasfelder befinden.

### *Das Niederrheinische Tiefland*

Im Westen und Nordwesten geht das Münster'sche Becken in das Niederrheinische Tiefland mit der Kölner Bucht über. Diese Landschaft besteht im Untergrund aus mächtigem Tertiär mit lockeren Sanden (Glassanden) und fetten Tonen (Ziegeltonen), in denen sich die wichtigste Braunkohlenlagerstätte des Niederrheingebietes befindet. Darüber liegt meist ein mächtigeres quartäres Gebirge, insbesondere Terrassenschotter und Sande als Ablagerung der Flüsse. Das Niederrheinische Tiefland ist ein junger Großgraben, der zwischen dem alten (devonisch-karbonischen) Gebirge des Rheinischen Schiefergebirges und der Eifel (mit dem vorgelagerten Hohen Venn) eingebrochen ist.

(Abschnitt vgl. HAHNE & KUKUK 1962: 1-2)

## **5. Die Kohleentstehung und Kohlearten**

Steinkohle besteht überwiegend aus zersetzter Substanz („Humus“) der karbonischen Pflanzenwelt.

Humusanhäufungen bilden sich besonders in grundwassernahen, in langsamer Senkung begriffenen Niederungsgebieten. Diese Verhältnisse herrschten zur Oberkarbonzeit in der Vortiefe am Nordrande des vorher gebildeten variskischen Gebirges („subvariskische Vortiefe“).

In der Vortiefe wuchsen in feuchter Niederung ausgedehnte Waldsumpfmooere, deren Gewächse nach ihrem Absterben größtenteils unter den Wasserspiegel gerieten und dort unter Luftabschluss „vertorften“.

Andererseits bildete sich aus kleinsten niederen Lebewesen („Plankton“) sowie aus eingewehten Sporen der Karbonpflanzen und ferner von den benachbarten Hochgebieten hineingeschwemmten Sedimenten ein „Faulschlamm“ ,der in der Folgezeit durch „Fäulnisprozesse“ zu einer zähen schwarzen Faulgallerte wurde.

Beide Ausgangserzeugnisse durchliefen den Prozess der „Inkohlung“, einem chemischen Vorgang, der mit der trockenen Destillation zu vergleichen ist. Er verläuft in zwei Stufen, nämlich der „biochemischen“ und der „geochemischen“ Stufe.

In der ersten Phase wird das Urmaterial durch Mikroorganismen (Pilze und Bakterien) chemisch verändert.

In der zweiten Phase wird durch von außen wirkenden statischen Druck der inzwischen sedimentierten überlagernden Gebirgsschichten, dem dynamischen Druck der „Gebirgsbildungen“ und den erhöhten Temperaturen durch Gebirgsbildungen und Verlagerungen in größere Tiefen, der inkohlte „Urstoff“ in reifere Braunkohle und in Steinkohle umgewandelt.

Bei diesen Prozessen reichert sich unter den ursprünglich vorhandenen wichtigsten chemischen Elementen der Pflanzenbaustoffe, Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff und Stickstoff an. Der Kohlenstoff baut hierbei ständig Wasserstoff und Sauerstoff ab. Es spaltet sich u. a. zunächst Wasser, später vor allem Grubengas (Methan), ab. Diese Verbindungen, treten bis heute in der „Grubenfeuchtigkeit der Kohle“, den „Kohlensäure“- und den „Grubengasausströmungen“ in der Grube in Erscheinung.

(Abschnitt vgl. HAHNE & KUKUK 1962: 6-7)

Die Vertreter der Kohlenreihe werden also, was ihre chemische Zusammensetzung angeht, mit zunehmenden geologischen Alter im allgemeinen immer kohlenstoffreicher, aber ärmer an Sauerstoff und Wasserstoff, wie die Tabelle 1 (S.5) zeigt.

(HAHNE & KUKUK 1962: 6-7)

Der unterschiedliche Grad der Inkohlung lässt verschiedene Kohlenarten entstehen. Diese unterscheiden sich durch ihren Anteil an Kohlenstoff und flüchtigen Bestandteilen, ihrer chemischen Zusammensetzung und einem unterschiedlichen Heizwert. Zusammen mit anderen Eigenschaften bestimmt sich ihre besondere Verwendung.

Der Reichtum der bauwürdigen Kohlenvorräte und die große Anzahl von Kohlearten sind ein großer Vorteil des Ruhrkohlereviers. Besonders hoch ist dabei der Anteil der Fettkohlen. Diese sind besonders geeignet für die Erzeugung von Koks und begründeten den Ruf des Ruhrkoks als einen der besten Koksarten der Welt, insbesondere für die Beschickung von Hochöfen zur Erzeugung von Roheisen. Die Fettkohle liefert den berühmten festen, silberhellen, gleichmäßig geschmolzenen und geblähten Koks; die Koksausbeute beträgt bei der Fettkohle 74%. Eine Vorstellung vom Anteil der einzelnen Kohlearten an den gesamten Steinkohlevorräten des gesamten Ruhrreviers vermittelt Tabelle 2 (S.5).

(Abschnitt vgl. DEGE & DEGE 1980: 23)

## 6. Quellenverzeichnis

- DEGE, W. & W. DEGE (1980): Das Ruhrgebiet. In: Geocolleg 3. TIETZE, W. (*Hrsg.*). Dortmund
- HAHNE, C. & P. KUKUK (1962): Die Geologie des Nordrheinisch-Westfälischen Steinkohlenebietes (Ruhrreviers). Bochum
- KRUCKOW, T. & H. SCHULTZ (1962): Erdgeschichte – Bergbau – Bodenschätze – Mineralien und Versteinerungen im Ruhrgebiet. Heidelberg
- RICHTER, D. (1971): Ruhrgebiet und Bergisches Land. In: Sammlung Geologischer Führer Nr. 55. LOTZE, F. (*Hrsg.*). Stuttgart
- VOPPEL, G. (1993): Bundesrepublik Deutschland Wissenschaftliche Landeskunden Band 8/VI Nordrhein-Westfalen. Darmstadt

# **Die Entwicklung des Steinkohlebergbaus im Ruhrgebiet**

*Lothar Türk*

<b>1. Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Verwaltungsgeschichtliche Entwicklung .....</b>	<b>12</b>
<b>1.1 Mittelalter .....</b>	<b>12</b>
<b>1.2 Neuzeit .....</b>	<b>13</b>
<b>1.3 Von der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg .....</b>	<b>14</b>
<b>1.4 Nach dem Zweiten Weltkrieg.....</b>	<b>18</b>
<b>2 Die Entwicklung der Bergbautechnik .....</b>	<b>19</b>
<b>2.1 Grubenbau und Gewinnung.....</b>	<b>19</b>
<b>2.2 Wasserhaltung .....</b>	<b>19</b>
<b>3. Literaturverzeichnis: .....</b>	<b>20</b>

## **1. Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Verwaltungsgeschichtliche Entwicklung**

### 1.1 Mittelalter

Über den Beginn des Steinkohlebergbaus im Ruhrgebiet herrscht Ungewißheit. Es kann davon ausgegangen werden, daß zu der Zeit, in der urkundliche Überlieferungen einsetzen, bereits eine gewisse Frühform etabliert war. Schwer zu datierende Geländespuren weisen auf einen recht frühen Beginn im Frühmittelalter hin.

#### Erste urkundliche Nachweise:

##### **1129**

Ein kaiserliches Dokument gesteht Bürgern im Gebiet von Duisburg das Recht zu, nach Kohle zu graben.

##### **1277**

Im Urkundenbuch des Klarissenklosters in Hörde wird der Begriff „Schuierer Steinkulen“ zur Lokalisierung anderer Ländereien verwendet.

##### **1296**

„Conradus filius Conradi, colculre de Schuren (Conrad, Sohn des Conrad, Kohlenkuler aus Schüren)“ lässt sich in Dortmund einbürgern.

Das Dortmunder Bürgerbuch erwähnt diesen Beruf hier erstmals. Sehr wahrscheinlich gab es ihn aber schon länger, und Conrad ließ sich als Brennstoffhändler in der Stadt nieder, um am einsetzenden Kohlehandel teilzuhaben.

##### **1317**

Im Zusammenhang mit dem Bau einer Herberge für durchreisende Bettelmönche bei Werden ist von einem Kohlenschuppen die Rede.

### **1303**

Am 22. November verschenken die Brüder Heinrich und Dietrich von Aplerbeck ihr Haus in Schüren „mitsamt den Ländereien, Stenbrecken (Steinbrüchen) und Kohlegraffen (Kohlengruben)“.

### **1388/89**

Während der „Großen Dortmunder Fehde“ starten die Dortmunder in der Nacht zum 6. Januar 1389 einen Ausfall aus der belagerten Stadt, wobei die Schmiede angeblich „100 Malter“ (=20t) Kohle aus Schüren in die Stadt schaffen.

### **1450**

Am 8. Dezember verpachtet der Essener Bürger Hermann Borchard seinen „Kohlberg“ in Frohnhausen.

Damit ist die erste Kohlenzeche an der Ruhr sicher überliefert.

Aus dem Pachtvertrag von 1450 geht hervor, daß die Pächter die Bergarbeit auf eigene Kosten vorzunehmen haben, und der Verpächter nur am Gewinn beteiligt ist. 1472 erwirbt ein Essener Bürger ein Grundstück mit der Absicht, dort die Rechte auf Gewinnung von Kohle zu erlangen. Das Grundstück - ohne diese Rechte - veräußert er sofort wieder.

Spätestens mit den „Ronkalischen Beschlüssen“ von 1158 zählt das Recht auf Ausbeutung von Bodenschätzen zu den Hoheitsrechten des Kaisers. Dieser ist befugt, sie für sich selber auszubeuten oder das Recht auf Ausbeutung von Grubenfeldern an Privatleute zu verleihen. Mit der „Goldenen Bulle“ von 1356 gehen diese Rechte dann an die Kurfürsten über. Im Stift Essen ist das Bergrecht durch Sonderbelehnung bereits 1349 an das Stift als Landesherrn übergegangen.

Um einen zusätzlichen Erwerb zu erwirtschaften, graben viele Bauern nebenbei nach Kohle. Immer häufiger finden sich aber Interessengemeinschaften, also Gewerkschaften, bzw. Gewerke, die sich den Gewinn teilen, aber auch zu größeren Reinvestitionen in der Lage sind. Von den Landesherrn wird der Kohlebergbau mit Zehntabgaben belegt, nicht selten beteiligen sie sich auch an den Gewerken.

## 1.2 Neuzeit

Im Laufe der frühen Neuzeit entwickeln sich die Gewerke allmählich zu Kapitalgesellschaften.

Spätestens im 18. Jahrhundert ist der Bergbau zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden, und ein eigener Bergmannsstand entsteht.

Als für die Staatliche Saline Königsborn bei Unna zum Versieden der Sole die Brennstoffversorgung geregelt werden muss, richtet sich das Interesse des preußischen Staates erstmals auch auf die Kohlegewinnung und nicht mehr nur auf die Einziehung des Zehnten. 1737 wird die „Renovierte Bergordnung“ erlassen und 1738 ein Bergamt gegründet. Mit der „Revidierten Bergordnung“ von 1766 wird im Ruhrbergbau das staatliche Direktionsprinzip eingeführt. Nur in Essen und Werden behalten die Gewerke ihre Selbstständigkeit länger. Das Schürfen auf nutzbare Mineralien wird für frei erklärt, wenn die Behörde ihr Einverständnis gibt. Die Betriebsleitung und die Haushaltung der Zechen wird aber dem Bergamt unterstellt. Eigentümer sind zumeist Privatpersonen oder Gewerke.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beträgt die Belegschaftsstärke der Zechen durchschnittlich acht bis zehn Mann. Die Größe einzelner Zechen ist bereits stark gewachsen; viele bedeutende Zechen des 19. Jahrhunderts haben damit im 18. Jhd. ihre Vorläufer.

### 1.3 Von der Industrialisierung bis zum Zweiten Weltkrieg

Im Verlauf der Industriellen Revolution spielt der Kohlebergbau unter anderem die wichtigste Rolle. Die Kohle wird zum bedeutendsten Energieträger, und der Bergbau zieht in hohem Maße das Interesse von Kapitalinvestoren, auch ausländischen, auf sich. Es entstehen große Mischunternehmen, die Bergbau, Weiterverarbeitung und Transportaufgaben vereinigen.

Die Zahl der Zechen wächst rapide an, und mit dem Boom der Montanindustrie entwickelt sich das Ruhrgebiet zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsräume Europas.

Mit dem „Freizügigkeitsgesetz“ von 1860 (Gesetz über die Beaufsichtigung des Bergbaus durch die Bergbehörden und die Verhältnisse der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter vom 31.05.1860) werden die letzten Bestimmungen der wirtschaftlichen Lenkung durch den Staat aufgehoben. Die Bergbaubehörde ist nun im Wesentlichen auf ihre auch heute noch bestehenden Aufgaben beschränkt; nämlich dem Abschluß von Arbeitsverträgen.

Am 1. Oktober 1865 tritt das „Allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten“ in Kraft. Es paßt die Vorschriften über die Gründung von Gewerken den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen an, und ist dabei auf dem Grundsatz der Bergbaufreiheit aufgebaut. Demnach hat der „Bergbaulustige einen Anspruch“ auf Verleihung von Bergwerkseigentum gegenüber dem Staat und auch gegen den Willen des Grundeigentümers. Die staatliche Überwachung bechränkt sich nun auf die bergpolizeiliche Aufsicht, das Gerechtsamtswesen (Verleihung von Bergwerkseigentum) und die soziale Gesetzgebung.

Schließlich bringt die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes, die 1871 vom Deutschen Reich übernommen wird, die völlige Freigabe wirtschaftlicher Tätigkeit nicht nur für den Kohlenbergbau.

Am 17. Dezember 1858 wird der „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ gegründet, in dem sich 51 bergrechtliche Gesellschaften und Gewerkschaften zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen. Zu dieser Zeit fördern die Zechen ungefähr 4 Millionen Tonnen Kohle im Jahr, etwa 31.000 Bergleute werden beschäftigt.

Der Verein hat sich in den ersten Jahren seines Bestehens besonders mit verkehrswirtschaftlichen Problemen zu befassen, da sich das Eisenbahnwesen noch in der Entwicklung befindet. Erst im Juli 1881 bekommt die Kohle endlich den Eisenbahntarif, den sie als Massengut benötigt, zugestanden

Bereits seit Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts gibt es, anfangs auf lokaler Ebene, Versuche der einzelnen Zechen, Absprachen über die zu fördernden Kohlemengen zu treffen. Die Initiative geht dabei vom Bergbauverein aus, der in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts den „Kohlen-Ausfuhr-Verein“ und ein Zechenkonsortium für den Kohlenhandel nach Osten gründet. 1878 errichtet der Verein eine 90 Prozent der Förderung umfassende Förderkonvention, die jedoch bereits nach drei Monaten scheitert. Eine neue Konvention im Herbst 1879 hat die umgekehrte Wirkung. Die Förderung steigt, obwohl sie gedrosselt werden soll. Erst 1886 gibt man den Plan einer Förderkonvention auf. 1880 wird dann der „Kohlen-Club“ gegründet, eine gesellschaftliche Vereinigung, in der auch die geschäftlichen Probleme von den Zechenbetreibern diskutiert werden.

Am 16. Februar 1893 schließlich wird das „Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat“ gegründet, dem 98 Zechen bzw. Gesellschaften beitreten. Nur die zwölf Hüttenzechen und viele Kleinbetriebe nehmen nicht teil. Die Zechen verpflichten sich, ihre gesamte Produktion an das Syndikat zu verkaufen. Damit ist die gleichmäßige Beschäftigung der Zechen gesichert, und durch den einheitlichen Kohlenverkauf wird ein ruinöser Wettbewerb zwischen den Zechen verhindert.

Die Kohleförderung von 1913 übertrifft den Bedarf deutlich, was sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedoch schnell ändert. Es tritt ein starker Mangel an Arbeitskräften, aber auch an Material wie z.B. Grubenholz, Sprengstoff oder Eisenbahnwagen, ein. Außerdem macht sich der Ausfall der englischen Kohle auf dem Inlandsmarkt bemerkbar. Der Arbeitskräftemangel wird durch die Anwerbung vor allem osteuropäischer Fremdarbeiter und durch Kriegsgefangene nur ungenügend ausgeglichen.

Zu Beginn des Krieges beschließen die Gewerkschaften, alle laufenden Arbeitskampfhandlungen einzustellen. Im Verlauf des Krieges jedoch wächst die politische Unzufriedenheit der Arbeitnehmerschaft immer mehr. Im August 1918 erfaßt eine Streikwelle das Ruhrgebiet, am 2. Oktober 1918 kommen Unternehmer und Gewerkschaften dann zu einer grundsätzlichen Einigung über eine Arbeitsgemeinschaft. Nicht zuletzt wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage radikalieren sich die Verhältnisse jedoch immer mehr. Infolge der Revolution vom 9. November 1918 kommt es immer wieder zu Streiks und Radikale fordern die Sozialisierung des Ruhrbergbaus. Nachdem am 1. April 1919 die „Neunerkonferenz für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus“ den Generalstreik ausruft, verhängt die Regierung den Belagerungszustand. Der bis dahin größte Streik des Ruhrgebiets dauert vier Wochen; 45 Millionen Tonnen Kohleförderung fallen aus. Am 25. Oktober 1919 schließlich wird der erste Tarifvertrag im Ruhrbergbau unterzeichnet. Die Gewerkschaften haben sich als gleichberechtigte Verhandlungspartner in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen durchgesetzt.

Nach dem Ersten Weltkrieg ist dem Ruhrbergbau zum Einen die Last der unerfüllbaren Reparationsleistungen auferlegt, zum Anderen ist er von der Sozialisierung bedroht, die zu einem Politikum in der öffentlichen Diskussion geworden ist. Zur Sozialisierung der Grundstoffindustrie kommt es jedoch nicht.

Der Versailler Vertrag sieht Kohlelieferungen von etwa 40 Millionen Tonnen jährlich vor. Da allerdings auf den außerdeutschen Märkten ein Überangebot an Kohle herrscht, verlangt die alliierte Reparationskommission nie die volle Leistung. Frankreich aber verkauft große Mengen an Reparationskohle wieder an das Ausland, was auf den Märkten den Preis der englischen Kohle drückt. Am 9. Januar 1923 beginnt Frankreich, auf Grund der im Versailler Vertrag zugestandenen Möglichkeit, Sanktionen zur Erzwingung der deutschen Kohlenlieferungen zu verhängen, das Ruhrgebiet zu besetzen. Noch in derselben Nacht beschließt das Kohlen-Syndikat nach Hamburg umzusiedeln. Die Besatzungsmacht gründet eine „Kontrollkommission“, die „Mission Interalliee de Controle des Usines et Mines“ (Micum). Die Ruhrgebietsbesetzung gerät allerdings zu einem wirtschaftlich unsinnigen Unterfangen, da das Kohlen-Syndikat, dem die ersten Schläge der Besatzung hätten gelten sollen, „geflohen“ ist. Die Zechen wollen nur gegen sofortige Zahlung Kohle liefern, obwohl ihnen die Lieferung befohlen worden ist, weshalb es dann zu Verhaftungen von führenden Unternehmern und Zechendirektoren kommt. Der passive Widerstand (Ruhrkampf), der von den Gewerkschaften organisiert wird, ist von der Reichsregierung ausgerufen worden und

wird von den Unternehmern mitgetragen. Am 3. Oktober 1923 schließlich wird mit der Micum ein befristeter Vertrag geschlossen.

Die Kohlelieferungen an Frankreich erreichen während der Besatzungszeit 1923/24 nur ungefähr 40 Prozent der Menge des Jahres 1922.

Nach der Inflation von 1923 erholt sich die Kohleförderung zwar etwas, wegen des Wettbewerbs anderer Energieträger und der Rationalisierungen in der Wärmewirtschaft treten jedoch Absatzstockungen ein. Der Ruhrbergbau reagiert darauf mit Rationalisierungen in großem Stil. Die Investitionen werden dabei nur zu 60 Prozent aus den Erträgen finanziert, während die Finanzierung des Rests sehr schwierig ist, da sich der deutsche Kapitalmarkt von den Folgen des Ersten Weltkrieges nicht erholt hat und kaum ausländisches Kapital fließt.

Eine starke Besserung der Absatzverhältnisse tritt ein, als am 1. Mai 1926 der siebenmonatige Streik der englischen Bergarbeiter ausbricht. Es kommt zu langfristigen Lieferverträgen mit ausländischen Abnehmern.

Während die Förderung 1929 mit 124 Millionen Tonnen einen Höchststand erreicht hat, fällt sie während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wieder auf das Niveau der Zeit um 1900.

Im Dritten Reich übt der Staat starken planwirtschaftlichen Einfluss auf den Ruhrbergbau aus. Zunächst kommen dem Kohlebergbau die Ende der zwanziger Jahre vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen zugute, die Nachfrage hält an und die Förderung wird gesteigert. 1937 kann den Aufträgen schon nicht mehr nachgekommen werden. Kohle wird Mangelware. Anfang 1939 ergreift der Staat dann Maßnahmen zur Fördersteigerung, die Löhne werden erhöht und die Arbeitszeit verlängert.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wird am 7. September 1939 durch eine „Anordnung des Reichswirtschaftsministers über die Lenkung des Verbrauchs der Kohle“ der Ruhrbergbau der nationalsozialistischen Zwangswirtschaft unterworfen. Wieder tritt während des Krieges starker Mangel, vor allem an Arbeitskräften, auf. Viele Zwangsarbeiter werden beschäftigt. 1940 wird ein „Reichsbeauftragter für Kohle“ ernannt, der Befugnisse zur Kohlenbewirtschaftung und Verkehrsplanung in einer Hand vereinigt. 1941 wird dann Kohlebergbau und -handel zur „Reichsvereinigung Kohle“ zusammengeschlossen, die 1943 mit dem Erlaß über die „Konzentration der Kriegswirtschaft“ dem „Rohstoffamt“ als ausführendes Organ zugeordnet wird.

Durch die Luftangriffe der Alliierten werden seit 1943 vermehrt Übertage-Anlagen der Zechen zerstört.

Die kurz vor Kriegsende befohlene komplette Zerstörung der Bergbauanlagen während des Rückzuges, werden von der Leitung der „Reichsvereinigung Kohle“ verhindert.

#### 1.4 Nach dem Zweiten Weltkrieg

Unmittelbar nach dem Krieg sind aufgrund des Brennstoffmangels kurzfristig viele Kleinstzechen am Rande der zerstörten Städte in Betrieb, die in den verbliebenen Teilen der Lagerstätten großer Zechen fördern.

Nach dem Ende des Krieges muss das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat als erstes auf Anordnung der Militärregierung in Liquidation treten. An seine Stelle wird die „Ruhrkohlen-Centrale“ zur Verteilung der Kohle gesetzt. Der Bergbauverein wird unter Zwangsverwaltung gestellt. Die Alliierten versuchen also jegliche gemeinschaftliche Willensbildung im Ruhrbergbau zu unterbinden, obwohl bekannt ist, daß seine Gemeinschaftsorganisationen nie Instrumente des Nationalsozialismus gewesen sind.

Im Dezember 1946 wird in Bochum der Industrieverband Bergbau (später Industriegewerkschaft Bergbau und Energie) als eine der ersten Gewerkschaften gegründet.

Ende 1947 gründen die Besatzungsmächte die der alliierten Kontrolle unterstehende „Deutsche Kohlenbergbau-Leitung“ (DKBL). Diesem Kartell obliegen alle wesentlichen unternehmerischen Aufgaben im Kohlebergbau. Ende Dezember 1948 entsteht mit dem Ruhrstatut eine internationale Ruhrbehörde; der Gedanke einer Internationalisierung des Ruhrgebietes spielt bis in die fünfziger Jahre eine große Rolle. Die Alliierten verfolgen mit diesem Vertrag in erster Linie das Ziel, sich den Zugang zur damals auf dem Weltmarkt knappen Kohle zu sichern. Erst nach der Gründung der Bundesrepublik gelingt die Befreiung von dieser Bevormundung (7. September 1949).

Bis 1950 gelingt es der DKBL, die Brennstoffversorgung in der Bundesrepublik zu stabilisieren.

Innerhalb der am 18. April 1951 gegründeten „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS), der Montanunion, macht die deutsche Steinkohlenförderung 52 Prozent (1952) aus.

Am 21. Juli 1953 wird die DKBL schließlich aufgelöst.

Während 1957 noch ein Jahr des Kohlemangels darstellt, setzt ab 1958 fast schlagartig das große Zechensterben ein. Die fehlenden Absatzmöglichkeiten zwingen die Unternehmen trotz starker Rationalisierungsmaßnahmen, wie z.B. Zusammenlegung von Zechen zu größeren Betriebseinheiten, immer häufiger zu endgültigen Zechenstilllegungen.

Zur Rettung des Ruhrbergbaus kommt längerfristig nur die Gründung einer Einheitsgesellschaft in Frage, da somit die notwendigen einzelnen Stilllegungsentscheidungen

nicht mehr nach konzern- und unternehmensstrategischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein müssen, sondern nach ökonomisch-ganzheitlichen Überlegungen für das ganze Ruhrgebiet getroffen werden können.

Am 27. November 1968 wird dann die „Ruhrkohle AG“ (RAG) gegründet.

Am 1. Januar 1982 tritt das neue „Bundesberggesetz“ in Kraft; erst damit wird das „Allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten“ und dessen Nachahmer der anderen deutschen Staaten aufgehoben.

## **2 Die Entwicklung der Bergbautechnik**

### 2.1 Grubenbau und Gewinnung

Die Urform der Gruben sind kleine Tagebaue, Pingen genannt, die allerdings mehrere Dekameter Tiefe erreichen können und schon früh stollenähnliche seitliche Ausweitungen haben. Sobald eine Pinge erschöpft ist, das Grundwasser erreicht oder einzustürzen droht, legt man wenige Meter weiter, dem Streichen des Flözes folgend, die nächste an.

Schon im späten Mittelalter gibt es Stollenbetriebe mit bis zu drei Sohlen, die durch Schächte verbunden sind. Die Schächte sind meist tonnläufig (schräg abwärts führend), es gibt aber auch saigere (senkrechte) Anlagen oder Mischformen.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wird der Stollenbau dann durch die Einführung der Sprengarbeit entscheidend verbessert.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts geht man zum Tiefbau über; es werden Teufen von bis zu 200 Metern erreicht. (1858 sind es 300 Meter, 1886 ungefähr 600 Meter, gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits 774 Meter, 1970 dann 1307 Meter und heute sind es über 1400 Meter.) Seitdem prägen die Fördertürme das Gesicht der Bergbaulandschaft.

Gewonnen hat man das Material wahrscheinlich von Beginn an mit Hacke und Schaufel.

1908 werden zum ersten Mal mit Druckluft betriebene Abbauhämmer verwendet. In den Zwanziger Jahren läutet dieses halbmechanische Gerät die erste Mechanisierungswelle untertage ein. Die zweite große Mechanisierungswelle findet dann nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Einsatz vollautomatischer Maschinen statt, die nach dem schneidenden oder schälenden Prinzip arbeiten (Walzenschrämlader, Kohlenhobel usw.) und von Übertage elektronisch gesteuert werden.

### 2.2 Wasserhaltung

Von Beginn des Bergbaus an, stellt die Wasserhaltung eines der größten technischen Probleme dar. Das in die Grube eindringende Wasser muss anfangs mit Eimern oder Pumpen,

die dann einen Wasser- oder Tierkraftantrieb benötigen, gehoben werden. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnt man im Ruhrgebiet, so genannte Erbstollen anzulegen, in denen das Wasser aus der Grube abfließen kann. Dies funktioniert jedoch nur bis zu der Tiefe der nahe gelegenen Talsohlen.

Die erste Dampfmaschine zur Wasserhaltung wird 1801 im Ruhrgebiet eingesetzt; die Wasserhaltung im Bergbau ist die erste Anwendung von Dampfmaschinen überhaupt.

Die erste unterirdische Wasserhaltungsmaschine installiert man im Ruhrbergbau relativ spät, nämlich erst 1869. Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist man zur Einrichtung weniger Zentralwasserhaltungsanlagen übergegangen. Vor allem müssen auch die vielen stillgelegten Gruben entwässert werden, um die, die noch in Betrieb sind, vor Wassereintrüben zu schützen. Als Antriebskraft hat der elektrische Strom die Dampfkraft vollständig abgelöst.

### **3. Literaturverzeichnis:**

- DÜSTERLOH, D. (1967): Beiträge zur Kulturgeographie des Niederbergisch-Märkischen Hügellandes: Bergbau und Verhüttung vor 1850 als Elemente der Kulturlandschaft. Göttingen.
- GROßMANN, J. (1999): Geschichtswerkstatt Zeche Zollverein e.V. und Denkmalbehörde der Stadt Essen (*Hrsg.*): Wanderungen durch Zollverein: Das Bergwerk und seine industrielle Landschaft. Essen.
- HERMANN, W. & G. HERMANN (1990): Die alten Zechen an der Ruhr. Königstein im Taunus.
- RÖDEL, V. (1992): Reclams Führer zu den Denkmälern der Industrie und Technik in Deutschland. Band 1: Alte Länder. Stuttgart.
- ZIMMERMANN, E. (1999): Schwarzes Gold im Tal der Ruhr: Die Geschichte des Werdener Bergbaus. Essen.

## **Die Krupp-Dynastie – Alfred Krupp und die Villa Hügel**

*Sylvia Schubert*

Die Wurzeln des heutigen Krupp - Konzerns reichen in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurück. Vor allem mit einer Person verbindet sich das Unternehmen, dessen Name für das „industrielle Wirtschaftswunder“ des 19. Jahrhunderts steht: Alfred Krupp.

Geboren am 26. April 1812 in Essen übernahm er bereits mit 14 Jahren die Geschäftsleitung der hochverschuldeten Gussstahlfabrik, die sein Vater Friedrich im Jahre 1811 gegründet hatte. Unter seiner Führung sollte sich dieses Kleinunternehmen (noch 1850 mit 240 Arbeitnehmern) zu einem der größten Industrieunternehmen der Welt mit ca. 21.000 Arbeitskräften im Todesjahr Alfred Krupps 1897 entwickeln.

Entscheidenden Anteil an dem rasanten Aufstieg hatten neben einem 1852 entwickelten nahtlosen (= ohne Schweißnähte) Eisenbahnreifen, der die Ausgangsbasis für höhere Geschwindigkeiten war und zum Exportschlager der Firma wurde, vor allem die Waffenfertigung der Firma Krupp. Entscheidend zu Gute kam Alfred Krupp im Jahre 1862 die Übernahme eines in England entwickelten Verfahrens zur Massenherstellung von Stahl (Verwandlung von Roheisen in Stahl durch Zufuhr von Sauerstoff). Bis zu seinem Tode sollte er die traurige Zahl von 25.000 Geschützrohren liefern.

Es waren auch die Rüstungsaufträge, die ihm den Namen „Kanonenkönig“ als größten Waffenproduzenten der Welt einbrachten. Ein Beiklang, den die Firma Krupp bis zum 2. Weltkrieg behalten sollte, ebenso wie den grauenvollen Beigeschmack der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen in den Zeiten des nationalsozialistischen Regimes.

Auch wenn Alfred Krupp einen ihm angebotenen Adelstitel mit der Begründung lieber Erster unter den Industriellen als Letzter unter den Rittern zu sein, ablehnte – trotz seiner freundschaftlichen Beziehung zu Kaiser und Krone -, der Spitzname „Kanonenkönig“ repräsentiert in gewisser Weise neben der Explizitmachung des Waffenfabrikanten Krupps gleichzeitig seinen monarchischen Führungsstil, der ihm eigen sein sollte. Ähnlich einem absolutistischen Monarchen wollte er paternalistischer Leiter seiner Arbeitnehmerschaft sein. Daraus resultierte auch das soziale Engagement Krupps, das sich in Wohlfahrtseinrichtungen und betrieblichen Sozialleistungen, wie die Einrichtung von Kranken- und Pensionskassen oder dem Bau von Werkswohnungen, äußerte.

Das Interesse, das dahinter steckte war allerdings nicht nur ein Uneigennütziges. Vielmehr ging es ihm vor allem um die Erhaltung einer hochqualifizierten Stammarbeiterschaft, ohne

die er eine hohe Produktqualität nicht garantieren konnte. Die Gründung sozialer Einrichtungen verband er außerdem mit einem Verbot gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Betätigung. Das Recht auf Selbstbestimmung und Mitsprache war ihm nicht verständlich und standen dem nationalstaatlichen Interesse der Monarchie entgegen.

Die Gesinnung und das Selbstbewusstsein des Großindustriellen Alfred Krupp spiegelt sich auch in seinem Domizil in Essen wider: der Villa Hügel. 1873 wurde die Villa aus über 4000 m<sup>3</sup> französischen Sandstein und zwei Millionen Ziegelsteinen fertig gestellt. 8100 m<sup>2</sup> misst der Prachtbau und weckt mit seinen 269 Räumen Assoziationen unermesslichen Reichtums, ausschweifenden Lebensstils und von Dekadenz. Größe und Modernität reflektieren das bürgerliche Selbstverständnis seines industriellen Aufstrebens.

Ein Baudenkmal anderer Art hinterließ dagegen sein Sohn Friedrich Alfred Krupp (1854-1902) am Golf von Neapel, die als eine der schönsten Straßen der Welt gehandelten „Via Krupp“. Es handelt sich dabei um eine Steinstraße, die sich in engen Serpentinien bis auf 100 Meter Höhe zu einer in einen Steilabfall gehauenen Höhle, direkt oberhalb des Meeres, hinschlängelt.

Wie viele Menschen, die in äußere Zwänge eingebunden sind, führte auch Friedrich Alfred Krupp ein Doppelleben. Als Firmenchef galt er in Deutschland als Militarist und Repräsentant der aggressiven Politik des Kaiser-Wilhelm-Reiches, in Italien schuf er sich romantische Traumwelten und lebte seine sexuellen Ausschweifungen aus. Dieser Vorwurf führte schließlich zum sogenannten Krupp-Skandal und wurde politisch ausgeschlachtet.

Als Krupp kurz nach den Veröffentlichungen starb, bzw. Suizid begang, wie kurze Zeit später gemutmaßt wurde, schlachtete Kaiser Wilhelm II das Staatsbegräbnis zu einer heftigen Attacke gegen die Sozialdemokratie aus, die einen „kerndeutschen Mann“ in den Tod getrieben habe. Die Sozialdemokratie ihrerseits nutzte den Fall dieser Galionsfigur der wilhelminischen Rüstungspolitik zur Enttarnung einer Doppelmoral von Teilen der herrschenden Klassen.

Ein letztes Mal in Negativschlagzeilen geriet die Familie Krupp nach dem zweiten Weltkrieg. Der amerikanische Gerichtshof verurteilte das nach Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870-1950) vierte Glied der Krupp-Dynastie, den letzten persönlichen Inhaber der Firma

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach (1907-1967) wegen der Plünderung von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland und Ausbeutung von Zwangsarbeitern zu zwölf Jahren Haft, aus der er frühzeitig entlassen wurde. Nachdem 1966 sein Sohn Arndt von Bohlen und Halbach auf das Erbe des Familienunternehmens von damals dreieinhalb Milliarden Mark verzichtete und sich durch eine jährliche Rente von zwei Millionen Mark abfinden ließ, übertrug Alfried Krupp von Bohlen und Halbach die Geschäftsanteile in eine Stiftung.

### **Quellenverzeichnis**

- BUDDENSIEG, T. (1984): Villa Hügel: das Wohnhaus Krupp in Essen. Berlin
- GALL, L. (2000): Krupp: der Aufstieg eines Industrieimperiums. Berlin
- PAUL, J. (1987): Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung. Düsseldorf
- SAUR, K.-O (1999): Friedrich Krupp. Berlin

# Die Margarethenhöhe in Essen - Idee, Entstehung, Vorbilder

Susanne Olbrisch

1. Einleitung .....	24
2. Humaner Städtebau .....	25
3. Die Gartenstadt .....	25
4. Die erste Bauphase .....	26
5. Die zweite Bauphase.....	27
6. Ergänzungen .....	27
7. Quellenverzeichnis .....	28

## 1. Einleitung

Die Siedlung Margarethenhöhe wurde 1906 von Margarethe Krupp, der Witwe Friedrich Alfred Krupps, gestiftet anlässlich der Heirat ihrer Tochter und Alleinerbin Bertha mit Dr. Gustav von Bohlen und Halbach. Dazu richtete Margarethe Krupp eine *Stiftung zum Zweck der „Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Klassen“* ein. Als Geschenk an ihre Arbeiter und die Stadt Essen steht diese Siedlung im engsten Zusammenhang mit dem großzügigen Siedlungswerk, das die Friedrich Krupp A.-G. hervorgebracht hat.

Im Jahre 1906 wurde das Vorhaben mit einem Baukapital von 1 Million Mark und einem Baugelände von 50 ha beschlossen und war für 15.000 Einwohner ausgelegt. Der Bauplatz war auf einem Riedel gewählt worden, das auf drei Seiten, im Westen, Norden und Osten durch das Nachtigallental und das Mühlbachtal von den anderen Stadtteilen getrennt war. 1909 begann unter dem Darmstädter Architekten *Prof. Georg Metzendorf* die erste Bauperiode. Der vierunddreißigjährige Metzendorf war ausgewählt worden, da er noch jung genug war, um ein Bauvorhaben in dieser Größenordnung zu seinem Lebenswerk zu machen, außerdem hatte er sich schon intensiv mit dem Kleinwohnungsbau befasst. Metzendorf übernahm die gesamte Planung und Gestaltung, und wegen seiner klaren Absage an vielgeschossige Mietskasernen sowie technischen Neuerungen (wie einem zentralen Installationsschacht und einem kombinierten Heiz-, Koch-, Warmwasserbereitungs- und Belüftungssystem) gehört sie heute zu den schönsten Siedlungen in Deutschland. (METZENDORF & MIKUSCHEIT 1997: 23)

## **2. Humaner Städtebau**

Da die Margarethenhöhe neben der Gartenstadt Hellerau (Dresden) als Vorbild für den „Humanen Städtebau“ gilt, kann es nicht überraschen, daß sich zahlreiche Historiker und Architekten, Städteplaner und Kunsthistoriker eingehend mit der Siedlung, die seit 1987 offiziell unter Denkmalschutz steht, beschäftigt haben.

Unter das Stichwort „Humaner Städtebau“ fällt die Margarethenhöhe, weil zur Zeit der Industrialisierung, als mit der zunehmenden Entwicklung eine große Zahl Arbeitskräfte benötigt wurden, viele Menschen zugewandert kamen, die meist in ärmlichen Behausungen leben mußten. Viele Autoren stellen hier das besondere soziale Engagement in den Vordergrund, das Wohnsiedlungen, die „Krupp’sche Konsumanstalt“ – ein Kaufhaus, in dem Werksmitarbeiter zu Sonderkonditionen einkaufen konnten – Siedlungen für ehemalige Mitarbeiter u. a. hervorbrachte (SCHRÖDER 1989). Roland Günter erklärt dies mit einer Sonderstellung der Krupp’schen Arbeiter in ihrer Branche: Alfred Krupps „besondere und ökonomisch risikoreiche Produktion benötigt aufgrund ihrer schwierigen Entwicklung und komplexen Qualität seit ihrer Frühzeit (1826) Arbeiter, die sich – autodidaktisch – im Betrieb gut ausbilden. Sie müssen engagiert und verlässlich sein sowie dauerhaft zur Verfügung stehen. Aufgrund dieser notwendigen und hohen Einschätzung des Produktionsfaktors Arbeit behandelt Alfred Krupp die durch Fähigkeiten ausgelesenen Arbeiter weit besser als üblich.“ (GÜNTER 1994) Aber selbst er schließt damit, daß Krupps Engagement nach 1870 weit über dieses Kalkül hinausgehe.

## **3. Die Gartenstadt**

Viele Autoren betonen den Charakter der Gartenstadt als Gesamtkunstwerk. Alles basierte auf einem einheitlichen Konzept und war bis ins kleinste Detail durchdacht: Die Einbeziehung der Topographie und der Grünflächen, die nach der Funktion festgelegte Straßenführung und –breite, die Häusergrundrisse und die Bauweisen mit teils normierten Elementen. Sogar Möbel hatte Metzendorf für seine Wohnungen entworfen. (Eine solche Musterwohnung hat das Ruhrlandmuseum vor einiger Zeit errichtet, die nun der Öffentlichkeit zugänglich ist.)

Die Siedlung ist von Grün umgeben, im Inneren von Baumreihen und Gärten aufgelockert, am ganzen Erscheinungsbild der Siedlung wurde in zahlreichen weiteren Maßnahmen durch Veränderung der Wohnungsgrundrisse verbessert (CREMERS 1937) Bis in die 30er Jahre entstand hier ein ganzer Stadtteil; in seinem von öffentlichen Bauten umstandenen Markt, den

verwinkelt angelegten Straßen und Gassen sowie der Vielzahl der einzelnen Haustypen ist die ideale Vorstellung eines organisch gewachsenen Stadtganzen in hervorragender Weise verwirklicht (Reclams Kunstführer Deutschland). Dieser Eindruck wird auch durch die kleinteiligen, unregelmäßigen Grundrisse mit variantenreichen, dem Heimatstil angelehnten Einzelbebauungen noch verstärkt. „Eine Dichtung in Stein und Grün“ hat sie der Essener Baudezernent Ernst Bode genannt, die meisten Besucher stimmen diesem Urteil zu.

Die Gartenstadt - Idee stammt aus England und gelangte kurz nach 1900 im Rahmen einer europaweiten Reform – Bewegung ins Gebiet von Ruhr und Emscher. Es ist die Antwort auf die Folgen der städtischen Ballungszentren, gegen zunehmenden Lärm und Schmutz, gegen Enge und Mangel an Ambiente in den wachsenden Großstädten, die vielen als Moloch erscheinen. Erstmals wurde diese Idee vom Engländer Ebenezer Howard 1898 in seinem Buch „Gartenstädte für morgen – ein friedlicher Pfad zu einer realen Reform“ formuliert. Das Gartenstadt – Konzept geht von der Vorstellung einer Park – Landschaft aus, die in Form von Gärten und Alleen hervortritt. Gerade Straßenschluchten werden vermieden, vielmehr wird der Straßenverlauf dem natürlichen Gelände angepaßt. Hierbei wurden gleichzeitig kostspielige Erdbewegungen vermieden, außerdem wurden so „architektonisch interessante Straßenbilder „geschaffen“ Hier wurden verschiedene Formen verwirklicht, kurze Häuserzeilen in Verbindung von Einzel- und Doppelhäusern sowie verschiedene Hof – Bildungen. (GÜNTER 1994)

In Deutschland wurden die Gartenstädte hauptsächlich in Form von Garten – Stadtteilen und Garten – Vororten verwirklicht, die komplett erdachte Gartenstadt „gibt es nur ansatzweise in der Theorie.“ (GÜNTER 1994) Die Garten–Vorstadt folgt dabei morphologisch dem Vorbild der Kleinstadt. Einschließlich dem damit verbundenen Anspruch auf „Heimat - Bildung“, Geborgenheit, soziale Ordnung und Überschaubarkeit. Dies zeigt sich auch in der Traditionellen Gestaltung der Häuser. (Michael Peterek)

#### **4. Die erste Bauphase**

Da die Margarethenhöhe als eine Mustersiedlung von allen geltenden Bauvorschriften befreit worden war, konnte Metzendorf seine Planungen unbeeinflusst von behördlichen Eingriffen in die Tat umsetzen. Er wollte durch eine Brücke über das angrenzende Tal einen breiten Zugangsweg schaffen, eine Brücke, die einfach und monumental zugleich wirken und die beiden angrenzenden Stadtteile zwar verbinden, aber auch ihre Abgeschlossenheit betonen

sollte. An sie schloß er die künstlerisch bedeutendste Straße ins Innere an deren Giebel sich an altheimische Bauten des rheinisch–westfälischen Stils anlehnen. Den Mittelpunkt bildet der Kleine Markt mit einer Gaststätte und Läden wie dem Krupp’schen Konsum.

In der ersten Bauphase von 1910 bis 1913 entstanden 284 Gebäude mit 370 Wohnungen. Die Mieter waren nur zu 48% „Kruppianer“, denn die seit 1911 auch offiziell Margarethenhöhe genannte Siedlung stand auch anderen Berufsgruppen offen. Dabei waren mit den von Margarethe Krupp als „Minderbemittelte“ bezeichnete nicht nur die unteren Einkommensgruppen, sondern die, die aus den derzeitigen Gehältern kein Haus bauen konnten wie Lehrer, Gerichts- und Polizeibeamte. (Hommel 1993) Dieser Siedlungsteil erntete sowohl Lob als auch Kritik; von „eines der interessantesten Wohnungsbauxperimente in Deutschland“ bis hin zu „süddeutsche Kleinstadtromantik“.

## **5. Die zweite Bauphase**

Der Erste Weltkrieg beendete die erste Bauphase, die Inflation und eine angespannte Finanzlage machten eine Überarbeitung des Konzeptes nötig. Der geplant hohe Anteil von Einfamilienhäusern wurde geschmälert zugunsten von Mehrgeschoßbauten mit Etagenwohnungen.

Während des Krieges erlitt die Margarethenhöhe erhebliche Kriegsschäden und obwohl die Wohnungsnot eine dichtere, schnellere und höhere Bauweise erfordert hätte, entschloß man sich zum Wiederaufbau mit nur geringen Änderungen, der 1955 fertiggestellt wurde.

## **6. Ergänzungen**

Rainer Metzendorf und Achim Mikuscheit betonen auch, daß mit der Margarethenhöhe „erstmal in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg das Zukunftsbild der klassenübergreifenden Siedlung“ realisiert worden sei. Leider wird diese – meiner Meinung nach zweifelhafte – These nicht weiter belegt. Lediglich eine Künstlergemeinschaft der Margarethenhöhe wird erwähnt, der „unter anderem so namhafte KünstlerInnen wie Hermann Kätelhön, Albert Renger-Patsch, Will Eammert, Joseph Enseling und Elisabet Wreskow angehörten“. (METZENDORF & MIKOSCHEIT 1997: 44f.)

An die Margarethenhöhe schließt sich die Kruppsche Siedlung am Lahnsgrund an, die ausschließlich zur Ruhe gesetzten Direktoren und leitenden Angestellten vorbehalten ist.

## 7. Quellenverzeichnis

- CREMERS, P.-J. (1937): Essen. Berlin.
- GÜNTER, R. (1994): Im Tal der Könige. Ein Reisebuch zu Emscher, Rhein und Ruhr. Essen.
- HOMMEL, M. (1993): Vor Ort im Ruhrgebiet: ein geographischer Exkursionsführer. Essen.
- METZENDORF, R. & A. MIKUSCHEIT (1997): Margarethenhöhe – Experiment und Leitbild 1906 – 1996; Hg. Von der Margarethe Krupp – Stiftung. Essen, Bottrop.
- Reclams Kunstführer Deutschland (1982): Reclams Kunstführer Deutschland. Stuttgart.
- SCHRÖDER, E. (1989): Die Entwicklung der Kruppschen Konsumanstalt. Neustadt/Aisch

# **Arbeiterbewegung und soziale Identität im Ruhrgebiet**

*Franziska Woellert*

<b>1. Entstehung der Arbeiterbewegung in Deutschland .....</b>	<b>29</b>
<b>2. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet bis heute .....</b>	<b>29</b>
<b>3. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet.....</b>	<b>32</b>
<b>4. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>33</b>

## **1. Entstehung der Arbeiterbewegung in Deutschland**

Die Arbeiterbewegung in Deutschland findet ihren Ursprung innerhalb des Industrialisierungsprozesses und den damit verbundenen sozialen Umschichtungen in der Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert. Vor allem der schlesische Weberaufstand 1844 zeigte, dass sich die Arbeiterschaft nicht mehr so einfach mit ihrer Situation abfinden wollte, deren Realität zumeist aus Ausbeutung, Hunger und Elend bestand. Allerdings wurde der Weberaufstand vom preußischen Militär niedergeschlagen und in Folge dessen wurden jegliche Zusammenkünfte oder Vereinsbildungen unter den Arbeitern verboten. So wurden die ersten deutschen Arbeiterbewegungen aus dem Ausland heraus gegründet. An dieser Situation änderte auch die gescheiterte Revolution von 1848/49 nichts. Erst ab 1860 gründeten sich in Deutschland die ersten politischen Arbeiterverbände wie der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ oder die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, die beide den gewaltsamen Klassenkampf ablehnten und sich 1875 zur „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland“ (SAD), der späteren SPD zusammenschlossen. Auch entwickelten sich seit 1868 aus den ehemaligen Gewerkvereinen verschiedene Gewerkschaftsbewegungen, die sich grundsätzlich in die marxistisch beeinflusste soziale Bewegung, die politisch unabhängigen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und in konfessionell geprägte Arbeiterorganisationen einteilen lassen. (MÜLLER 1996: 169f.)

## **2. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet bis heute**

Das Ruhrgebiet an sich bekam erst durch das Einsetzen der Industrialisierung eine gemeinschaftliche regionale Identität, die auch bis heute noch stark von der Industrie und Wirtschaftsgeschichte geprägt ist. Dabei liegt die „take off“-Phase der Industrialisierung im Ruhrgebiet in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (SCHLIEPER: 33). Begleitet wurde diese

Phase von einer extremen Bevölkerungszunahme, die ausgelöst wurde von der starken Nachfrage an Industriearbeitern. Zunächst zogen vor allem Menschen aus den umliegenden ländlichen Gebieten in die Industrieregion. Diese konnten jedoch den Bedarf an Arbeitskräften nicht decken, so dass gezielt Arbeiter aus weiter entfernt liegenden Gebieten angeworben wurden. Vor allem aus Polen, Russland und Italien zog es die Menschen in das Ruhrgebiet mit der Folge, dass sich die Bevölkerung im Ruhrgebiet bis zum ersten Weltkrieg versiebenfachte (SENSEN: 147)! Das Ruhrgebiet wurde somit zum „Schmelztiegel“ verschiedener kulturellen, religiösen und auch politischen Lebensarten, wobei sich diese in der Realität vor allem in der ersten Generation meist sehr wenig vermischten. Die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet war also vor allem in den Anfängen des Industriezeitalters sehr heterogen geprägt, was eine schnelle und effiziente Organisation unter den Arbeitern behinderte (SENSEN: 148).

Allerdings kann man im Hinblick auf die Lebenslage schon einheitliche Züge in der Arbeiterschaft finden. So deutet schon der Begriff der „industriellen Revolution“ auf tief einschneidende soziale, technische und wirtschaftliche Veränderungen in der Gesellschaft hin, bei denen es Gewinner und Verlierer gab. Zu den Verlierern gehört in diesem Falle die große Masse der Arbeiterschaft, deren frühere handwerkliche Qualifikationen mit einem Mal nicht benötigt wurden, da die neuen Arbeitsplätze in der Industrie keine besonderen Fertigkeiten verlangten und teilweise sogar mit Frauen und Kindern besetzt werden konnte, wodurch das Lohnniveau weiter gedrückt wurde. Schlieper schreibt dazu: „Die ersten fünfzig Jahre der Industrialisierung hatten der großen Masse der Bevölkerung keineswegs zu mehr Wohlstand und Sicherheit geführt; an der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert wären die meisten Betroffenen nicht unbedingt auf die Idee gekommen, die Industrialisierung als einen Segen für die Menschheit zu bewerten“ (SCHLIEPER: 28).

Der Zerfall der traditionellen Kooperation der Arbeiter und Handwerksgesellen und die starke Abhängigkeit der Arbeitnehmer von Betrieben und Unternehmern durch das vielerorts praktizierte „Truck-System“ (d.h. der Lohn wurde in Form von Warengutscheinen ausgegeben, die nur in bestimmten, von den Unternehmern geleiteten Geschäften eingelöst werden konnten) verhinderten zusätzlich eine politische Organisation der Arbeiter. Doch neben den schon angesprochenen niedrigen Löhnen hatten die Menschen auch noch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. So gab es natürlich noch keine sozialen Absicherungen bei gleichzeitigem sehr hohem Unfallrisiko auf den Arbeitsplätzen, die damalige

Wohnsituation der Arbeiter war zum größten Teil katastrophal und auch das Bildungsniveau ließ aufgrund von Kinderarbeit und Zeitmangel nach (SCHLIEPER: 68f.).

Die oft unerträgliche und am Existenzminimum liegende Situation der Arbeiter ließ den politischen Willen im Ruhrgebiet wachsen. Es kam zu mehreren Streiks von denen der von 1872 der wichtigste war, da es sich dabei um den ersten Streik handelte, der für das gesamte Ruhrgebiet galt. In Hinsicht auf die Forderungen von kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen blieben die Streiks zwar relativ erfolglos, die neu entwickelte politische Kultur wurde aber zum Träger der neuen regionalen Solidarität und Identität (SCHIEPER: 70f. und MÜLLER: 188). Es kam zu Gründungen des regionalen Arbeitervereins „Verband der Rheinisch-Westfälischen Grubenarbeiter“ und des katholischen „Gesellenvereins“. In diese Zeit fällt auch die Gründung der SAD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland). Auch die Sozialistengesetze unter Bismarck konnte das rasante Wachstum der Arbeiterbewegungen nur kurz verlangsamen. Allerdings destabilisierte sich die Arbeiterbewegung selbst durch innere Spaltung. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es vier gewerkschaftliche Richtungen im Ruhrgebiet. Neben den schon genannten kam es noch zur Gründung einer polnischen Berufsvereinigung und des eher liberalen „Gewerkvereines Hirsch-Duncker“.

Die Streiks wurden zur wichtigsten Waffe der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, eine Tatsache, die noch heute die hohe Streikbereitschaft der Ruhrbergleute prägt. Während des ersten Weltkrieges verzichteten die Arbeiterbewegungen jedoch weitgehend auf Streiks und bekannten sich zum so genannten „Burgfrieden“. Sie erhofften sich dadurch vor allem politische Anerkennung. Dass sie sich mit dieser Strategie jedoch weit von ihrer eigentlichen Basis entfernten, zeigten die „wilden“ Streiks zum Ende des ersten Weltkrieges mit bis zu 300.000 Ausständigen. Das Ruhrgebiet entwickelte sich zu dieser Zeit zum Brennpunkt der Klassenkämpfe in Deutschland und behielt diesen Status bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten 1933 bei. Die Erfolge der Arbeiterbewegungen während der Weimarer Republik waren allerdings eher mäßig, was vor allem auf die Zersplitterung in sozialdemokratische und kommunistische Richtungen zurückzuführen ist. Nur die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen 1923, die dadurch die ausbleibenden Reparationszahlungen erpressen wollten, einte noch einmal das gesamte Ruhrgebiet mit dem Rest der Republik. Durch „passiven Widerstand“ versuchten sich die Arbeiter den Franzosen entgegenzustellen und bluteten damit sich selbst aus. Sensen beschreibt die Situation damals folgendermaßen: „Im Herbst 1923 zogen 80 bis 90 % der

Ruhrgebietsbevölkerung als hungerndes Volk umher, um sich durch Verzweiflungsaktionen, Bettelei und Diebstahl von Lebensmitteln und Kohle vor dem drohenden Verhungern und Erfrieren zu bewahren.“ (SENSEN: 157) Die so gebeutelte Arbeiterschicht zerstritten sich zudem immer mehr und verlor damit fast alle Vorteile gegenüber den Unternehmern. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten erreichte die Position der Arbeiterschaft einen neuen Tiefstand.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hatte das Ruhrgebiet wieder einmal mit massiven Problemen zu kämpfen. Nicht nur die aus dem Krieg heimkehrenden ansässigen Bergarbeiter kamen zurück, auch Neubergleute, wie Flüchtlinge und Vertriebene, strömten nach Arbeit suchend ins Ruhrgebiet. Die sowieso schon angespannte Nachkriegssituation verschärfte sich hier und es kam 1947 und 1948 zu großen „Hungermärschen“ und Proteststreiks. Im Allgemeinen kann man von einem Linksruck im Ruhrgebiet sprechen, bei dem es zu auffällig wenig Zersplitterung in einzelnen Gruppen kam. Die Gewerkschaften konnten ihre Position mit Hilfe der Alliierten gegenüber den Unternehmern wieder verfestigen. 1947 wurde die Montanmitbestimmung durchgesetzt, d.h. die Aufsichtsräte wurden nun gleichberechtigt besetzt und in den Vorständen wurden von den Gewerkschaften gestellte Arbeitsdirektoren eingesetzt. 1951 wurde das System der Montanmitbestimmung auch gesetzlich verankert und blieb trotz der Einschränkungen von 1956 nun auf Dauer bestehen. Im Grunde genommen setzt dies auch den Endpunkt der Klassenkämpfe und damit der strukturierten, politisch gerichteten Arbeiterbewegung in Deutschland. Vor dem Hintergrund des Wirtschaftswunders normalisierte sich die soziale Lage im Ruhrgebiet und führte somit zu einer Verbürgerlichung der Arbeiterschicht. Selbst durch die Krisen der Absatzprobleme und des Niederganges der Kohle- und Stahlindustrie kam es im Ruhrgebiet nie wieder zu derartig großen sozialen Konflikten wie in der Vergangenheit. Allerdings birgt das Ruhrgebiet mit seiner bis heute andauernden größtenteils Monoindustrie weiterhin viel soziales Konfliktpotential (SENSEN: 153f.).

### **3. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet**

Um die verschiedenen Arbeiterbewegungen in Deutschland und speziell im Ruhrgebiet besser verstehen zu können, sollte man sich auch die verschiedenen Arbeiterkulturen ansehen, die hinter den Bewegungen stehen bzw. von ihnen überwunden werden sollten. Die meisten der Arbeiterbewegungen verstanden sich nicht nur als politische Vereinigungen, sondern verfolgten auch kulturell-erzieherische Ziele. Es entstand der Versuch, die Gesellschaft

wortwörtlich von Kindesbeinen an zu verändern, wobei man eine „kulturellen Veredelung“ der Arbeiterklasse anstrebte. Dies geschah zumeist über die verschiedensten Vereine, die teilweise auch Aufgaben übernahmen, die später durch den Sozialstaat ersetzt wurden. Neben kritischen Anmerkungen, inwieweit sich diese Arbeiterkulturbewegungen von der von ihnen so verhassten bürgerlichen Kultur wirklich unterscheiden lassen, rechnen ihnen Pojana und Will vor allem drei Leistungen für die Arbeiterklasse zu (POJANA & WILL: 14f.): Erstens führten die Arbeiterkulturbewegungen die Arbeiterklasse aus einem Gefühl der Minderwertigkeit heraus und gaben ihr das Gefühl der Gleichwertigkeit und kulturellen Würde vor allem in Bezug auf das Bürgertum. Zweitens legitimierten sie ihre eigenen politischen Forderungen, in dem sie sich sozusagen als kulturell und damit gesellschaftlich „reif“ zeigten. Und letztendlich boten sie der Arbeiterklasse ein Forum, um sich in den Zeiten des schnellen gesellschaftlichen Wandels besser zurechtzufinden und diesen Wandel auch ein Stück weit mitzugestalten.

Die Arbeiterkulturbewegungen erreichten ihren Höhepunkt in der Zeit der Weimarer Republik. Zu den wichtigsten Arbeitervereinen gehörten die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitergesangsvereine, die Naturfreundebewegungen, die Sportvereine, die Schützenvereine und die Jugendvereine. Heutzutage spielen politische oder kulturelle Arbeiterbewegungen keine Rolle mehr in der deutschen Gesellschaft - wenn es sie denn überhaupt noch gibt. In der Forschung sind die Gründe dieser Entwicklung zu einer unpolitischen Arbeiterklasse umstritten. Ob es an der Wandlung Deutschland zum Sozialstaat nach dem zweiten Weltkrieg oder an der Entwicklung hin zu Spaß- und Konsumgesellschaft liegt, ob es nur ein vorübergehendes Phänomen oder ein endgültiges ist, soll hier auch gar nicht erörtert werden. Wichtig bleibt nur der Hinweis, dass die meisten der aufgezählten Vereine noch heute in irgendeiner Form existieren. Diese Tatsache zeigt, dass die Arbeiterkulturbewegung mit ihrem ganzen Vereinswesen nachhaltig auf die deutsche Gesellschaft eingewirkt hat und vor allem im Ruhrgebiet lassen sich die heutigen Identitätsgefühle besser vor diesem Hintergrund verstehen (POJANA & WILL: 9f.).

#### **4. Quellenverzeichnis**

Gasometer Oberhausen (1994): Feuer & Flamme – 200 Jahre Ruhrgebiet. Eine Ausstellung im Gasometer Oberhausen. Ausstellungskatalog. Essen

- HARTMANN, K. (1977): Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiter und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet, 1851-1889. München
- MÜLLER, H. M. (1996): Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn
- POJANA, M. & WILL, M. (1992): Trotz alledem! Arbeiteralltag und Arbeiterkultur zur Zeit der Weimarer Republik in Duisburg. Essen
- SCHLIEPER, A. (1986): 150 Jahre Ruhrgebiet. Düsseldorf

# **Ruhr-Universität Bochum**

*Bianca Quardokus*

<b>1. Gründung der Ruhr-Universität Bochum .....</b>	<b>35</b>
<b>2. Entwicklung der Ruhr-Universität.....</b>	<b>36</b>
<b>3. Beitrag der Ruhr-Universität zum Strukturwandel in Bochum.....</b>	<b>37</b>
<b>4. Ruhr-Universität Bochum eine „Selbstmord-Uni“? .....</b>	<b>39</b>
<b>5. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>40</b>

## **1. Gründung der Ruhr-Universität Bochum**

Aufgrund überfüllter Universitäten in ganz Deutschland zeigte sich zu Beginn des Jahres 1960 der dringende Bedarf neue Universitäten zu errichten. Bis zu diesem Zeitpunkt erwies sich das Ruhrgebiet als weißer Fleck der Karte deutscher Universitäten. Kohle und Stahl waren die noch dominierenden Branchen, doch es herrschte ein erheblicher Mangel an Führungskräften im Ruhrgebiet. Die nächsten Universitäten zur Ausbildung qualifizierter Fachkräfte befanden sich jedoch in Köln und Münster.

Im Mai 1960 fasste die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Entschluß im Ruhrgebiet eine neue Hochschule zu bauen. Es bewarben sich eine Vielzahl von Städten als Hochschulstandort, besonders Dortmund hatte sich bereits seit mehrere Jahren für den Bau einer Technischen Hochschule eingesetzt. Letztendlich legte man sich für den Bau der Hochschule auf die Alternative Bochum oder Dortmund fest.

Während des nächsten Jahres kam es zu öffentlichen Auseinandersetzungen um den Universitätsstandort. Es wurde schließlich der Kompromiß-Vorschlag gemacht, die neue Universität sowohl in Bochum als auch in Dortmund zu errichten. Die technischen und philosophische Fakultäten sollten nach diesem Vorschlag Dortmund erhalten, die anderen Fakultäten sollten in Bochum errichtet werden. Der Kompromiß-Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Man entschloß sich schließlich im Juli 1961, die Universität auf einem 60 ha großem Grundstück in Bochum-Querenburg zu bauen.

Im Juni 1965 wurde die Ruhr-Universität Bochum eröffnet, im November begannen die Vorlesungen mit zunächst 779 Studenten. Im Jahr 1968 waren schließlich alle 13 Universitätsgebäude zumindest im Rohbau fertiggestellt, die Universität sollte 10.000 Studenten aufnehmen. Diese geplante Studentenzahl wurde jedoch bereits 1969 überschritten,

obwohl zum damaligen Zeitpunkt erst 35% der Universitätsgebäude genutzt werden konnten. Man erhöhte die Planungszahl der Studenten daher auf 16.000. (vgl. WAGNER 1993: 313ff.)

Um den Lehrbetrieb schnell aufnehmen zu können entstand die Universität nach der Sichtbeton-Architektur, d.h. nach einem strengen Rastersystem aus Betonfertigteilen. Eine optisch schönere, weitläufigere Bauweise der Gebäude hätte sowohl mehr Zeit als auch mehr Geld in Anspruch genommen, zudem wäre mehr Fläche in Anspruch genommen worden.

Im Süden des Gebäudes befindet sich ein botanischer Garten mit einem Tropenhaus sowie verschiedene Sportanlagen. Östlich davon wurde eine Fachhochschule angesiedelt. Im Audimax der Universität finden verschiedene kulturelle Veranstaltungen statt, während inzwischen aus einem leerstehendem Gebäude ein Technologiezentrum entstanden ist. Im Norden der Universität befindet sich die Universitätswohnstadt sowie das Uni-Center, ein Versorgungs- und Dienstleistungszentrum. (vgl. Geographisches Institut der Universität Bochum 1993: 152f.)

Der Bau einer Universitätsklinik wurde verworfen, weil kommunale Investitionen im Umfeld des Klinikums wie beispielsweise für Straßenbau, Energieversorgung und Nahverkehr sich als zu hoch und nicht rentabel erwiesen. Stattdessen entwarf man das sogenannte „Bochumer Modell“, nachdem die in der Stadt bereits vorhandenen Krankenhäuser zu Universitätskliniken ausgebaut werden sollten.

Das Besondere am Bau der Ruhr-Universität war, daß es sich dabei damals um die erste Universität im Ruhrgebiet handelte, einem Gebiet, daß heute eine der dichtesten Hochschullandschaften ist. Zu diesen Hochschulen zählen beispielsweise die Universitäten in Duisburg, Dortmund, Essen, Düsseldorf und Wuppertal, sowie die Kunsthochschule in Essen, die private Universität in Witten/Herdecke und die Fernuniversität in Hagen. (vgl. WAGNER1993: 313ff.)

## **2. Entwicklung der Ruhr-Universität**

Bereits 25 Jahre nach der Eröffnung der Ruhr-Universität Bochum wurden die geplanten Studentenzahlen weit überholt. Statt 16.000 waren 1990 36.000 Studenten an der Hochschule immatrikuliert. Die Studiensituation hat sich damit weitreichend verschlechtert. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Universität ging im Vergleich zum Jahr 1980 um 6 % zurück, während gleichzeitig die Zahl der Studenten um 40 % zunahm. Ein geregelter Lehrbetrieb fiel schwierig, und es kam zu einigen Protestaktionen der Studenten. (vgl. WAGNER 1993: 51f.)

Im Jahr 2001 studierten an der Ruhr-Universität ca. 35.000 Studenten, dabei handelt es sich bei 45,2 % um Frauen. Die Zahl der Mitarbeiter (einschließlich Professoren) beläuft sich auf ca. 6.700. Ziel der Universität war (und ist) es, die Bildungsreserven im Ruhrgebiet zu mobilisieren, eine Entlastung der bestehenden Hochschulen in Deutschland herbei zu führen und auch denen ein Studium zu ermöglichen, denen es finanziell nicht möglich war in einer Stadt außerhalb des Ruhrgebietes zu studieren. Tatsächlich ist es so, daß mehr als 90 % aller Studenten in Bochum, aus einem Umkreis von 50 km kommen. (vgl. [www.ruhr-uni-bochum.de/pressestelle/portrait/deutsch/zahlen.htm](http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressestelle/portrait/deutsch/zahlen.htm))

1979/80 lebten nur ungefähr 45 % aller eingeschriebenen Studenten in Bochum. Davon stammten 17,4 % aus Bochum direkt und 25 % nicht aus der näheren Umgebung. Insgesamt lebten überdurchschnittlich viele Studenten bei ihren Eltern bzw. Verwandeten (vgl. WOLTER 1983: 141f.).

Daraus läßt sich schließen, daß ein großer Teil der Studenten täglich zwischen ihrem Heimatort in der Nähe Bochums und der Ruhr-Universität hin und her pendelt.

Der Anteil, der in Bochum wohnhaften Studenten, lebt zum überwiegenden Teil in Studentenwohnheimen und nur ein geringer Anteil zur Untermiete. Die Zahl der Studentenwohnheimplätze beläuft sich auf ca. 4300.

In dem, jedes Semester zu verichtenden, Sozialbeitrag der Universität ist ein Studententicket des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VVR) enthalten. Mit diesem Ticket können alle öffentlichen Verkehrsmittel im gesamten Verkehrsbund genutzt werden. Dies begünstigt das Pendlerverhalten zwischen Wohn- und Studienort der außerhalb Bochums lebenden Studenten Der Sozialbeitrag beläuft sich insgesamt auf 188,40 DM. (vgl. Studienbüro 1998: 32)

### **3. Beitrag der Ruhr-Universität zum Strukturwandel in Bochum**

Der Kohleabbau und die Eisen- und Stahlindustrie bildeten seit Mitte des 19. Jahrhunderts das Fundament der Bochumer Wirtschaft. Nach dem 2. Weltkrieg war die Stadt fast vollständig zerstört, doch es stellte sich heraus, daß die Betriebe der Stahlindustrie und die Zechen im Gegensatz zu den Wohngebeiten weitgehend verschont geblieben sind. Bereits 1951 arbeiteten wieder 41.000 Menschen im Bergbau und 22.000 in der Bochumer Stahl- und Eisenindustrie, so daß die Vorkriegskapazitäten fast wieder erreicht waren. Das Bild von Bochum wurde weiterhin durch Zechen und die Stahl- und Eisenindustrie geprägt. Durch die Verbreitung von Erdöl und Erdgas gegen Ende der Fünfziger Jahre mußten jedoch immer

mehr Zechen schließen, so daß bis 1973 alle der insgesamt 13 Zechen Bochums geschlossen wurden.

Man hatte jedoch bereits zu Beginn der Wiederaufbau-Phase begonnen der Monostruktur der Bochumer Wirtschaft entgegen zu wirken, indem man versucht hat, neue Betriebe in der Stadt an zu siedeln. Zu den wichtigsten Schritten auf dem Weg zum Strukturwandel in Bochum gehörte die Niederlassung des Zweigwerkes der Adam Opel AG im Jahr 1962, von welchem vor allem die arbeitslos gewordenen Bergleuten profitierten. Mit ca 19.000 Beschäftigten wurde es zum größten Arbeitgeber Bochums.

Zudem wurde 1964 das Ruhrpark-Einkaufszentrum, eines der größten deutschen Einkaufszentren in Deutschland, in Bochum errichtet. Heute werden dort auf einer Geschäftsfläche von ca. 90.000 m<sup>2</sup> mit 90 Betrieben über 3.500 Menschen beschäftigt.

Einen wesentlichen Teil zum Strukturwandel in Bochum trug vor allem auch die Gründung der Ruhr-Universität bei. Mit ihren 35.000 Studenten und 6.700 Beschäftigten gilt sie als eine der wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren der Stadt. Heute gehört die Ruhr-Universität zu einer der zehn größten Hochschulen Deutschlands. Sie zeichnet sich vor allem durch ein breites Fächerspektrum aus, welches ca. 100 Studiengänge in den Natur- und Ingenieur- sowie den Geisteswissenschaften und Medizin umfasst.

Der Verlust der Arbeitsstellen im Bergbau ab Ende der fünfziger Jahre, sowie die sinkenden Beschäftigungszahlen in der Eisen- und Stahlindustrie durch die anhaltende Stahlkrise der siebziger Jahre konnten somit durch die Ansiedlung neuer Betriebe weitgehend kompensiert werden.

Die Ansiedlungs- und Umstrukturierungserfolge Bochums am Ende der Sechziger Jahre gelten als eine der Größten des Ruhrgebietes. Während zu Beginn der sechziger Jahre das soziale Bild der Stadt Bochum durch ca. 93.000 Beschäftigte im primären und sekundären Sektor geprägt war, arbeiten im Jahr 1990 noch 66.000 Menschen in diesem Bereich, während 73.000 im tertiären Sektor beschäftigt sind. Eine ehemalige „Arbeiterstadt“ hat sich somit zunehmend zur Angestelltenstadt entwickelt. (vgl. WAGNER 1993: XXVIIff.)

### Wissenschaft / Forschung und Wirtschaft

Nach der Gründung der Universität und dem zunehmenden Strukturwandel kam es zu einem regen Personentransfer zwischen Hochschule und Unternehmen. Aufgrund zunehmender Bemühungen wachstumsorientierte High-Tech-Betriebe in der Stadt anzusiedeln, bemühte man sich einen zügigen Forschungs- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sicherzustellen. Dabei sollten beispielsweise Forschungsergebnisse, die an

Universitäten gewonnen wurden auch an kleinere Unternehmen weitergegeben werden, die solche Forschungen nicht selbst durchführen konnten. Dadurch sollte die Ansiedlung technologieorientierter Wirtschaftsbetrieben gefördert werden. Um einen solchen Transfer sicherzustellen sollte in Zusammenarbeit mit zahlreichen Städten des Ruhrgebiets ein neues Entwicklungszentrum Ruhr geschaffen werden.

So kam es auch zur Ansiedlung der Inno-Tech Innovations- und Technologietransfergesellschaft und einer Anzahl weiterer Einrichtungen und Unternehmen, die den Forschungs- und Technologietransfer begünstigen sollen. Mittlerweile verfügen fast alle Hochschulen des Ruhrgebietes über solche Transferstellen, so daß sich das Transfer-Netzwerk zunehmend ausbaut. (vgl. WAGNER 1993: XLII)

#### **4. Ruhr-Universität Bochum eine „Selbstmord-Uni“?**

Anfang der achtziger Jahre beschäftigte sich der Bochumer Student Dirk Wolter im Rahmen einer Doktorarbeit mit dem (Vor-) Urteil, daß die Ruhr-Universität eine auffallend hohe Selbstmordversuchsrate aufweisen soll. Die Dissertation trägt den Titel „Warum Menschen Hand an sich legen - Zur Soziologie des Selbstmordversuchs am Beispiel Bochum“ und erschien im Jahr 1983. Dabei wurden u.a. die Suizidversuche in Bochum in dem Zeitraum von 1967 bis 1978 untersucht.

In Deutschland gab es zu dieser Zeit nur sehr wenige Untersuchungen zu Selbstmordraten an deutschen Hochschulen. Die vorhandenen Studien zeigten einen Anstieg der Suizidversuchsrate der Gesamtbevölkerung insgesamt, sowie im Vergleich zur gleichaltrigen nicht-studierenden Bevölkerung eine erhöhte Suizidversuchsrate bei Studenten auf. Als Motiv für Suizidversuche tauchen vor allem Studienschwierigkeiten auf.

Wolter untersuchte die Anzahl der Suizidversuche anhand von Datenmaterial der heutigen Universitätsklinik Bergmannsheil, in dessen Einzugsgebiet auch die Ruhr-Universität liegt. Nach seinen Untersuchungen wurden im Untersuchungszeitraum (1967-1978 ) 40 Studenten der Ruhr-Universität wegen eines Suizidversuches in Bergmannsheil eingeliefert. Davon waren 72,5% in einem Alter zwischen 21-30, 15 % waren 16 bis 20 Jahre alt und 12,5 % waren zwischen 31 und 45 Jahren. Auffällig war das Ergebnis, daß ein großer Teil dieser Studenten zur Zeit ihres Studiums in einem Wohnheim lebten. Wolter gibt als Erklärung hierfür den „Fehler der kleinen Zahl“ an, da eigentlich eher ein isoliertes Wohnen in einem Einzelappartement und die damit verbundenen fehlenden sozialen Kontakte einen Erklärungsansatz für einen Suizidversuch bieten würden.

In Bezug auf Geschlecht, Alter und Familienstand waren nach Wolter keine besonderen Abweichungen von der Gesamtheit der Bochumer Studenten zu erkennen.

Im gesamten Stadtgebiet von Bochum wurden etwa 500 Personen jährlich wegen eines Suizidversuches in Krankenhäuser eingeliefert. Das ergibt eine Suizidversuchsrate von 173 pro 100.000 Einwohner ab 15 Jahren nach Einberechnung einer Dunkelziffer von 30%. Im Vergleich dazu hatte Dortmund im gleichen Jahr eine Rate von 200 pro 100.000 Einwohner und Essen eine Rate von 114 pro 100.000 (1972) .

Zusammenfassend läßt sich damit zeigen, daß die Suizidversuchsrate der Gesamtbevölkerung in Bochum Ende der siebziger Jahre zwar wie in Deutschland allgemein anstieg, daß sie jedoch im Vergleich mit anderen Städten wie beispielsweise Dortmund nicht höher war als in anderen Städten auch. Zudem konnte Dirk Wolter aufzeigen, daß der Anteil der Suizidversuche von Bochumer Studenten an dem der Bochumer Gesamtbevölkerung eher gering, und somit nicht herausstechend ist. Anhand dieser Untersuchung konnte ebenfalls nicht belegt werden, daß die Suizidversuchsrate der Bochumer Studenten im Vergleich mit der an anderen deutschen Hochschulen auffällig höher ist.

Bisher konnte das Vorurteil demnach nicht bestätigt werden, daß es sich bei der Ruhr-Universität um eine Universität mit einer auffallend hohen Selbstmordversuchsrate handelt. (vgl. WOLTER 1983: 204ff.)

## **5. Quellenverzeichnis**

Geographisches Institut der Universität Bochum (1993): Vor Ort im Ruhrgebiet – Ein geographischer Exkursionführer. Verlag Peter Pomp. Essen

Studienbüro der Ruhr-Universität Bochum (1998): Von der Schule zur Hochschule. Studienbüro. Bochum

WAGNER, J.V. (1993): Wandel einer Stadt - Bochum seit 1945. Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer. Bochum

WOLTER, D.K. (1983): Warum Menschen Hand an sich legen-Zur Soziologie des Selbstmordversuchs am Beispiel Bochum. Psychatrie-Verlag. Bielefeld

### WEITERE QUELLEN:

[www.ruhr-uni-bochum.de/pressestelle/portrait/deutsch/zahlen.htm](http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressestelle/portrait/deutsch/zahlen.htm)

# Mülheim an der Ruhr

*Andrea Haske*

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>41</b>
<b>2. Geschichtlicher Abriss</b> .....	<b>42</b>
<b>3. Strukturwandel und Mülheim heute</b> .....	<b>43</b>
<b>4. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>45</b>

## **1. Einleitung**

Mülheim an der Ruhr liegt im westlichen Ruhrgebiet am Übergang zwischen Rheinischem Schiefergebirge und Niederrheinischer Tiefebene. Östlich der Stadtgrenze schließt sich direkt Essen an, im Nordwesten Duisburg. Die Stadt Mülheim hat 173.142 Einwohner, von denen 9,4 Prozent Ausländer sind (www.muelheim-ruhr.de 2001). Die Wanderungsbilanz im Jahr 2001 war dabei positiv mit 490 Zuzügen. Betrachtet man einen größeren Zeitraum, so ist ein Rückgang der Einwohnerzahlen zu verzeichnen. So lebten 1970 noch 192.100 (STEINEBERG 1994: 274) Menschen in der Stadt, knapp 20.000 mehr als heute. Das Stadtgebiet erstreckt sich über eine Fläche von 91,26 Quadratkilometern, die Hälfte davon besteht aus Grünflächen. Höchster Punkt des Stadtgebietes liegt bei 152 Metern, der tiefste Geländepunkt bei 26 Metern über NN. Die Ruhr, die das Ruhrgebiet auf einer Länge von 52 Kilometern durchfließt, befindet sich allein 14 Kilometer im Mülheimer Stadtgebiet. Mülheim ist auch die einzige Stadt des Ruhrgebiets, durch deren Zentrum die Ruhr fließt.

In diesem Referat möchte ich einen kurzen geschichtlichen Abriss der Stadt geben und anschließend darauf eingehen, wie sich der Strukturwandel auf Mülheim auswirkte und wie sich die Stadt heute darstellt. Bei der Literaturrecherche fiel auf, dass Mülheim trotz seiner Größe entweder gänzlich übersprungen oder aber kurz abgehandelt wird. Dies ist wohl unter anderem auf seine direkte Nachbarschaft zu Essen zurückzuführen: Mülheims „städtisch-zentrale Bedeutung tritt – wenn man von der Industrieagglomeration des 19./20. Jahrhunderts absieht – im Vergleich zur Nachbarschaft Essen [...] stark zurück“ (GLÄSSLER 1997: 266). Bei einer hierarchischen Einteilung der Ruhrgebietsstädte in vier Abstufungen der zentralen Orte, landet Mülheim als „Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums“ (STEINEBERG 1994: 274) in der vierten Kategorie. Städte wie Essen und Dortmund stehen als „Oberzentren mit Teilfunktion eines Großzentrums“ auf Rang zwei der Liste, Duisburg

und Bochum („Oberzentren“) auf Rang drei. Mülheims Bedeutung wird durch die geringe räumliche Distanz zu diesen Ruhrgebietsstädten überlagert.

## **2. Geschichtlicher Abriss**

Mülheims Geschichte beginnt im 9. Jahrhundert. Ein Zweig des Hellweges, einer wichtigen Handelsstraße, führte durch die Mülheimer Ruhrfurt. Zum Schutz dieses strategisch wichtigen Punktes wurde im Jahr 883 direkt an der Ruhr eine Befestigung errichtet, die bis heute erhalten ist und die eine von Mülheims wichtigsten Attraktionen darstellt. Es handelt sich um eine Karolingerfestung aus der sich im Laufe der Jahrhunderte das Schloss Broich entwickelte und das sich heute im Zentrum der Stadt befindet. Am gegenüber liegenden Ruhrufer bildete sich eine Siedlung um den so genannten Kirchenhügel, der die heutige Altstadt Mülheims um die Petrikerche bildet.

Etwas weiter nördlich wurde eine weitere Festung erbaut, das Schloss Styrum, das im 11. Jahrhundert erstmals erwähnt wurde.

Weiter südlich und ebenfalls in Flussnähe wurde 1214 das Zisterzienserinnenkloster Saarn gebaut. Auch hier bildete sich eine mittelalterliche Siedlung. Die Ruhr fungierte zu dieser Zeit schon als wichtige Verkehrsader. An den Ufern des Flusses standen Mühlen, die der Stadt ihren Namen gaben. Das Flusswasser wurde von der Leder- und Textilindustrie genutzt, die sich in Mülheim ansiedelte. Im 18. Jahrhundert war „die Ruhr der meistbefahrene Fluss Europas und Mülheim das Zentrum der Ruhrschifffahrt und des Kohlehandels“ (www.muelheim-ruhr.de 2001). Mülheim wuchs und wurde 1808 zur Stadt erhoben. In diesem Jahr gründete der Mülheimer Mathias Stinnes seine Firma im Bereich der Montanindustrie und der Schifffahrt. Damit begann der Aufschwung für Mülheim. Bereits 1850 bestand die Mülheimer Kohleflotte „aus 350 Schiffen und war damit die größte Preußens“ (PARENT 2000: 101). Drei Jahre zuvor war es Julius Römheld in der Mülheimer Friedrich-Wilhelm-Hütte gelungen, „die Eisenerzverhüttung von der traditionellen Holzkohle auf die erheblich effektivere heimische Steinkohle umzustellen“ (PARENT 2000: 102). In direkter Nachbarschaft zur Friedrich-Wilhelm-Hütte gründete August Thyssen 1871 die Thyssen & Co.KG und begann damit den „Aufbau eines gigantischen Stahl- und Walzwerks“ (PARENT 2000: 102). Auch Alfred Krupp beeinflusste Mülheim – siedlungspolitisch. Er ließ 1918 - 1929 in Mülheim-Heißen eine Gartenstadt-Siedlung entstehen, die er „Heimaterde“ nannte. Auf großzügig angelegten Grundstücken sollte den Arbeiterfamilien hier die Selbstversorgung nach dem Ersten Weltkrieg erleichtert werden. Im Gegensatz zur nahe gelegenen Essener Margarethenhöhe wurde die Siedlung „Heimaterde“ mittlerweile durch

uneinheitliche Modernisierungen verunstaltet (PARENT 2000: 109). 1908 wurde Mülheim Großstadt. Der Stinnes-Konzern baute sich 1920-23 zum größten deutschen Unternehmen aus.

### **3. Strukturwandel und Mülheim heute**

Der **erste Strukturwandel** vollzog sich mit dem Anschluss an die Eisenbahn, in Folge dessen die Ruhrschifffahrt 1890 eingestellt wurde. Bis in die 1960er Jahre hinein gewannen der Bergbau sowie die Eisen- und Metallverarbeitung an Bedeutung.

Doch schon in den 60er Jahren wurde der Kohlebergbau in Mülheim eingestellt, der **zweite Strukturwandel** nahm seinen Lauf. Mülheim war dabei die erste Stadt des Ruhrgebiets, in der „alle Zechen geschlossen und Hochöfen stillgelegt wurden“ (www.muelheim-ruhr.de 2001).

Ein wichtiger Aspekt des Strukturwandels ist der **Ausbau von Kultur- und Freizeiteinrichtungen**. Eine Freilichtbühne und das Mülheimer Theater sind wichtiger Teil des Kulturlebens, ebenso wie das Kunstmuseum, das unter anderem die Sammlung des Nobelpreisträgers Karl Ziegler beherbergt. Es zeigt Werke der deutschen Kunst des 20. Jahrhunderts, so von Klee, Kandinsky und Nolde.

Teil des Stadtgebietes sind großzügig angelegte Parks und Grünanlagen sowie Waldgebiete, die insgesamt über 50 Prozent der Stadtfläche ausmachen. Die Ruhr wird heute für Erholungszwecke genutzt. Die Uferpromenade wird von Grünflächen, Parks und Spielplätzen gesäumt. Auch der Schiffsverkehr dient heute vorrangig dem Freizeitvergnügen. In Zentrumsnähe gibt es den Wasserbahnhof, von dem aus Schiffe der so genannten Weißen Flotte die Ruhr bis nach Essen Kettwig und von dort aus weiter zum Baldeneysee fahren. Vor dem Hintergrund der Landesgartenschau, die 1992 in Mülheim stattfand, wurden verstärkt Verbesserungen in Angriff genommen. So wurden neue Rad- und Wanderwege entlang der Ruhr gebaut. Zudem wurden Wohnumfeldverbesserungen vorgenommen, Industrieflächen neu saniert sowie neue Anziehungspunkte für Einheimische und Touristen geschaffen. Beispiele hierfür sind die Camera Obscura, die in ähnlicher Größenordnung nur in Edinburgh und in San Francisco besteht, sowie der ehemalige Wasserspeicher in Styrum, der zu einem modernen Wassermuseum umfunktioniert wurde (www.muelheim-ruhr.de 2001).

Exemplarisch für den Strukturwandel ist die stillgelegte Zeche Humboldt: Auf dem Gelände des ehemaligen Kohlebergwerks an der Stadtgrenze zu Essen steht heute das Rhein Ruhr Zentrum, eines der größten Einkaufszentren Deutschlands, das 1973 eröffnet wurde. Damals

war es sogar Deutschlands größtes Einkaufszentrum. Um den Gebäudekomplex herum wurden große Parkflächen angelegt.

Die Fußgängerzone Mülheims war Anfang der Siebziger Jahre die erste dieser Art in Deutschland. Auch in jüngster Zeit wurde das **Innenstadtzentrum** durch einige Umgestaltungen wieder modernisiert. So wurde die Fußgängerzone durch in das Pflaster eingelassene Wasserläufe aufgelockert, zudem wurden verschiedene Spielpunkte für Kinder eingerichtet. Auch der Bürgerservice wurde erweitert. Die Stadt rief einen Warencourierdienst ins Leben, der einem sämtliche Einkäufe aus der Innenstadt gegen eine Gebühr noch am selben Tag nach Hause liefert. Mit dieser Maßnahme soll eine Wiederbelebung des Innenstadthandels und eine Entspannung der Verkehrssituation erreicht werden (www.muelheim-ruhr.de 2001). Eine der jüngsten Erneuerungen im Bereich des Innenstadthandels ist der Bau des „Forums“, eines modernen Einkaufszentrums, das sich direkt an den Hauptbahnhof anschließt.

1943 wurden 70 Prozent des Mülheimer Stadtgebietes durch Bombenangriffe zerstört. Ein kleines Stück historischer **Altstadt** mit jahrhundertealten Fachwerkhäusern blieb davon allerdings verschont. Hier befindet sich die Petrikerche aus dem 11. Jahrhundert, um die herum sich die Siedlung zur Stadt entwickelte. Direkt im Anschluss befindet sich die Friedrich-Ebert-Straße mit denkmalgeschützten Jugendstilhäusern und dem heutigen Kneipenviertel.

Die **Wirtschaft** Mülheims ist heute vor allem geprägt von Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Besonders der Großhandel spielt für Mülheim eine wichtige Rolle. So haben die Unternehmen Tengemann, Wissoll, Stinnes und Aldi Süd ihre Zentralen in Mülheim (Mülheimer Stadtmarketing und Tourismus GmbH 2002: 14). Zudem sind die Mannesmann Röhrenwerke hier ansässig. Ein weiteres Feld sind Forschung und Technologie. So wurde in Mülheim schon 1912 das Max-Planck-Institut (MPI) für Kohleforschung gegründet, an dem der Chemiker Prof. Karl Ziegler 1953 ein neues Herstellungsverfahren für Polyethylen (PE) entwickelte. Für diese Erfindung bekam Ziegler 1963 den Nobelpreis. Heute arbeitet die Einrichtung an neuen Methoden zur umweltfreundlichen Stoffumwandlung. (www.muelheim-ruhr.de 2001)

1958 wurde zusätzlich das MPI für Strahlenchemie in Mülheim gegründet. Zudem gibt es unter anderem das Rheinisch-Westfälische Institut für Wasserforschung (IWW), das Mülheimer Radiologie Institut (MRI) und das Institut für Unternehmenskybernetik (IfU).

#### **4. Quellenverzeichnis**

- GLÄSSLER, E. (1997): [...] Nordrhein-Westfalen. Gotha
- HERTEL, L. (1983): Ruhrgebiet. Stuttgart
- Mülheimer Stadtmarketing und Tourismus GmbH (Januar 2002): Informationsbroschüre zu  
Mülheim an der Ruhr
- PARENT, T. (2000): Das Ruhrgebiet: vom „goldenen“ Mittelalter zur  
Industriekultur. Köln
- STEINBERG, H. G. (1994): Menschen und Land in Nordrhein-Westfalen. Eine  
kulturgeographische Landeskunde. Köln

#### WEITERE QUELLEN:

[www.muelheim-ruhr.de](http://www.muelheim-ruhr.de) (Stand vom 31.12.01)

# **Strukturwandel im Ruhrgebiet**

*Johannes Winter*

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>46</b>
<b>2. Die Bergbaukrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur</b> .....	<b>47</b>
<b>3. Tertiärisierung im Ruhrgebiet</b> .....	<b>49</b>
<b>4. Ausblick</b> .....	<b>51</b>
<b>5. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>52</b>

## **1. Einleitung**

Die Auflösung des preußischen Staatenverbandes nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die Schaffung neuer, „künstlich“ geschaffener Länder zur Folge, die später in der Bundesrepublik Deutschland aufgehen sollten. Dazu zählte neben Niedersachsen auch das Land Nordrhein-Westfalen. Am 23. August 1946 entstand aus den nördlichen Teilen der ehemaligen Rheinprovinz und aus der Provinz Westfalen ein junger Staat, der anfangs als „Land aus der Retorte“ bezeichnet wurde. Auch wenn mit der Eingliederung des Landes Lippe-Detmold im Jahre 1947 die Landesgrenzen erneut verändert wurden, so täuscht das scheinbar zusammengewürfelte Staategebilde darüber hinweg, dass es sich beim niederrheinisch-westfälischen Raum um eine der ältesten deutschen Kulturlandschaften handelt. Das Ruhrgebiet als eigenständige Industrielandschaft nahm bereits seit dem 19. Jahrhundert die Rolle des Bindeglieds zwischen Rheinland und Westfalen ein. Mittlerweile stellt das Ruhrgebiet zwar immer noch eine abgeschlossene kulturlandschaftliche Einheit dar, doch läßt sich diese nicht mehr vorrangig mit Begriffen wie „Ruhrpott“ bzw. „Kohlenpott“ füllen. Das Gebiet zwischen Ruhr, Emscher und Lippe erfährt seit einem halben Jahrhundert einen strukturellen Wandel, der bis heute anhält. Aus dem industriellen Herzen Europas mit einer Konzentration von Betrieben des Bergbaus sowie der Eisen- und Stahlproduktion ist eine innovative Dienstleistungsregion geworden, die beispielhaft ist für den sukzessiven Prozeß der Tertiärisierung.

Dem gegenüber zeigt sich, dass die Neuordnung der Region infolge des Strukturwandels eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt. Die seit zwei Jahrhunderten andauernde bergbauliche, industrielle und gewerbliche Nutzung der Region hat dazu geführt, dass große Teile des Ruhrgebiets nicht nur einer starken ökologischen Belastung ausgesetzt waren und dies noch heute sind, sondern in nachhaltiger Form, z.T. irreparabel modifiziert worden sind. Der Regeneration der Naturlandschaft einerseits, sowie der ökologisch und funktional

sinnvollen Flächenkonversion ehemaliger Bergbau- und Industrielandschaften andererseits, kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

## **2. Die Bergbaukrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur**

Trotz Kapitalmangels infolge der hohen Kosten für Wiederaufbau und Reparationen sowie vorübergehender Produktionsbeschränkungen für die Eisen- und Stahlindustrie durch die Besatzungsmächte setzte zu Beginn der 1950er Jahre ein deutliches Wachstum im Bergbausektor ein. Das als Marshall-Plan bekannt gewordene „European Recovery Program“ (ERP) ermöglichte eine rasche Wiederaufnahme der Produktion. Ganz Europa litt unter Kohlenmangel, so daß die Zechen und Förderanlagen im Ruhrgebiet ihre Kapazitäten ausschöpfen konnten. Darüber hinaus trug der konjunkturelle Aufschwung zu einer zusätzlichen Erhöhung des Energiebedarfs der Wirtschaft bei. Hauptabnehmer der Kohle war die Eisen- und Stahlindustrie, die zwischen 1950 und 1958 Wachstumsraten von 77,2 % verzeichnen konnte (im gleichen Zeitraum steigerte der Bergbau seine Förderung um 18,4 %) (ABELSHAUSER 1984: 47).

Doch bereits gegen Ende der 1950er Jahre deuteten sich erste strukturelle Veränderungen an. So führten neue Aufbereitungsverfahren zur Reduzierung des Kohlenverbrauchs beim Verhüttungsprozeß. Darüber hinaus gefährdeten günstigere Anbieter aus Osteuropa (UdSSR, Polen, CSSR u.a.), Nord- und Südamerika sowie Südafrika und Australien den Absatz der Ruhrkohle. Die geologische Struktur des Ruhrgebiets verursachte hohe Förder- und Produktionskosten, so daß mit Hilfe größerer Frachtschiffe die Transportkosten für Anbieter aus Übersee nicht ins Gewicht fielen. Jedoch war es nicht nur die Konkurrenz im Kohlensektor, die der Montanindustrie im Ruhrgebiet zu schaffen machte. Vielmehr zeigte sich, daß Erdöl durch die höhere Energieleistung sowie die saubere und bequeme Bereitstellung für die Haushalte von Vorteil war. Der Bedarf an Erdöl wurde zudem durch den zunehmenden Pkw-Bestand und die Abkehr von der kohlenbetriebenen Dampflokomotive angekurbelt. Als Folge dessen kam es zu ersten Feierschichten, Entlassungen und sukzessive zum Zechensterben. Auffallend war, daß die absolute Fördermenge im Ruhrgebiet zwischen 1957 und 1973 nur um ein Viertel zurückging, jedoch aufgrund der steigenden Produktivität die Beschäftigtenzahl im Steinkohlebergbau um fast zwei Drittel sank (FAUST 1999: 11). Die Eisen- und Stahlindustrie als wichtigster Abnehmer der Bergbauprodukte wurde zu Beginn der 1970er Jahre ebenfalls von der allgemeinen Rezession erfaßt. Die Ölkrise als Resultat des vierten Nahostkrieges (Jom-Kippur-Krieg) und die damit verbundene Drosselung der Erdölförderung durch die OAPEC bewirkte einen

veränderten Umgang mit den fossilen Brennstoffen in den westlichen Industrieländern. Einerseits ging der Energieverbrauch vorübergehend zurück, andererseits wurde der Abhängigkeit vom Erdöl mit dem stärkeren Einbeziehen nicht-fossiler Energiequellen wie beispielsweise der Kernenergie begegnet. Für den Steinkohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie bedeutete das ein deutlicher Absatzrückgang. Das Ruhrgebiet trafen die globalen Entwicklungen im Energiesektor noch stärker als andere Regionen. Dafür sorgte nicht nur die eingangs erwähnte Konkurrenz im Kohlensektor, sondern auch die Minderwertigkeit deutscher Erze gegenüber ausländischen. Nur mit einem erheblichen technischen Aufwand ließen sich die Erze verhütten. Mit Kohleneinfuhrzöllen, Subventionen und Kontingentierung zollfreier Kohle konnte der Steinkohlenbergbau in Westdeutschland zwar gestärkt werden, doch reichte selbst die modernste Technik und Rationalisierung nicht aus, um beispielsweise mit den „nassen Hütten“ an Küstenstandorten ernsthaft konkurrieren zu können (FAUST 1999: 11). Die Frachtkosten spielten in Zeiten sinkender Transportkosten eine immer geringere Rolle. So war die Nähe zum Verschiffungshafen mittlerweile bedeutsamer als die geringe Entfernung zu den Rohstoffen Kohle und Eisenerz. Die hochwertigen Erze aus Nord- und Südamerika machten bereits im Jahre 1950 trotz allgemeinen Devisenmangels nahezu 55 % der verhütteten Erze im Ruhrgebiet aus. (KERSTING / PONTHÖFER 1990: 56)

Die Krise im Bergbau- und Energiesektor erforderte eine hohe Bereitschaft in Politik und Gesellschaft zur Umstrukturierung dieser traditionellen Industrielandschaft. Aus dem „Kohlenpott“ wurde sukzessive eine sich wandelnde Region. Diese bewahrte einerseits ihre Vergangenheit durch die Stärkung weniger, rentabler Zechen und Energiebetriebe, andererseits nahm sie aber durch die Gewinnung neuer Dienstleistungs- und Produktionsbetriebe ein neues, zukunftsorientiertes Aussehen an. Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht ohne Gegenwehr und Ablehnung. Die Einführung einer Stilllegungsprämie (1968) zur Stärkung der verbliebenen Zechen führte dazu, daß ehemaliges Zechengelände durch Schließung freigesetzt wurde. Allerdings waren die Zechenbesitzer nicht bereit, konkurrierenden Industriebetrieben eine Neuansiedelung auf ehemaligem Fördergrund zu ermöglichen. Die Stilllegungsprämien verschafften ihnen eine ausreichende Liquidität, weshalb aus betriebswirtschaftlichen Gründen heraus keine Notwendigkeit bestand, Gelände zur Flächenkonversion freizugeben. So reduzierte sich trotz massiver Zechenstilllegung seit Ende der 1950er Jahre der Flächenbesitz der Zechen (insgesamt 43 000 ha im Ruhrgebiet) nur unerheblich. Hinzu kam, daß das hohe Lohnniveau im Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie die Gewinnung neuer Betriebe und Investoren erschwerte. Daraus

resultierte, daß zahlreiche Großkonzerne wie Schering, VW und Ford von einer Ansiedlung im Ruhrgebiet absahen und der Bau des Opelwerks in Bochum somit von besonderer Bedeutung für die gesamte Region war. (SCHLIEPER 1987: 176; NONN 2001: 26ff.)

### **3. Tertiärisierung im Ruhrgebiet**

Die strukturellen Entwicklungen während der Energie- und Weltwirtschaftskrise spiegelten eine grundsätzliche globale Tendenz zur Tertiärisierung wider. Für das Ruhrgebiet als industrielles Zentrum Nordrhein-Westfalens wirkte sich das wie folgt aus: Während 1970 das Produzierende Gewerbe (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) noch mit ca. 56 % zur Bruttowertschöpfung des Landes Nordrhein-Westfalen beitrug, waren es 30 Jahre später lediglich noch 33 %. Im gleichen Zeitraum stieg dem gegenüber der Beitrag der Dienstleistungsunternehmen sowie der öffentlichen Dienstleistungen an der wirtschaftlichen Gesamtleistung von 16 % auf 42 %. Hinzu kommen 23 %, die auf den Handel, den Verkehr und den Tourismus entfallen (KOST 2002: 181ff.). Anstelle der Schwerindustrie, der Leder-, Papier- und Pappeherstellung, der Nahrungs-, Genußmittel-, Textil- und Bekleidungsindustrie rückten neue Wirtschaftsbetriebe aus den Bereichen Elektro- und Telekommunikationstechnik, Chemie und Fahrzeugbau sowie Dienstleistungsunternehmen von überregionaler Bedeutung. Dabei ist festzustellen, daß sich das produzierende Gewerbe schwerpunktmäßig im Nordwesten (Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen) des Kommunalverbandes wiederfindet; und zwar in jener Region, die durch die Nordwanderung des Bergbaus von der allgemeinen Rezession erst sehr spät, d.h. in den 1980er Jahren erfaßt wurde. Dem gegenüber befinden sich die „Head Quarters“ und sonstigen Firmensitze der großen Dienstleistungsunternehmen verstärkt im Südosten des Ruhrgebiets (Essen, Bochum, Dortmund), also dort, wo die Krise sehr früh wahrgenommen wurde und infolge dessen auch früh ein Umdenken einsetzte. Diese räumliche Differenzierung nach Sektoren zeigt sich auch in einem Einkommensgefälle innerhalb des Ruhrgebiets von Süden nach Norden (FAUST 1999:12f.).

Festzustellen ist, daß der Strukturwandel im Ruhrgebiet nicht zwangsläufig dazu führt, daß der tertiäre Sektor den sekundären sukzessive verdrängt. Die Modernisierung der Wirtschaft im „Kohlenpott“ vollzieht sich nicht gegen die Industrie, sondern mit ihr. Das bedeutet, daß der strukturelle Wandlungsprozeß die „alten“ Industrien mit einbezieht. Das kann sich in Form der Konversion brachliegender Industrieflächen vollziehen, aber auch durch eine Aufwertung und Weiterentwicklung von nicht mehr zeitgemäßen Produktionstechniken geschehen. So wird beispielsweise die Massenproduktion im Bereich der Grundstoff- und

Produktionsgüterindustrien z.T. durch die Herstellung zahlenmäßig begrenzter, hochwertiger Investitionsgüter ersetzt. Auch die wirtschaftlich angeschlagene Stahlindustrie ist von ihrer „Tonnenideologie“ (BÜNNING 1989: 342) abgewichen. Jahrzehntlang zählten primär die Absatzmengen als Erfolgskriterium. Mittlerweile hat die montanindustrielle Kernbranche die Massenstahlproduktion verlassen und durch neue, computergestützte Produktionstechniken mehr Flexibilität und Qualität erzielt (KILPER / LATNIAK / REHFELD / SIMONIS 1994: 83ff.; DEILMANN 2001: 26ff.).

Im Jahre 1949 veröffentlichte der französische Ökonom JEAN FOURASTIÉ (1949: 16ff) die sogenannte „Drei-Sektoren-Hypothese“. Danach resultiere die Verlagerung der Nachfrage aus dem steigenden Einkommen der Bevölkerung. Die zugrunde liegende These FOURASTIÉS lautete wie folgt: Ist die Ernährung gesichert, wird das Einkommen zunehmend für industriell hergestellte Güter verwendet. Ist auch dieser Bedarf gedeckt, steigt die Nachfrage an Dienstleistungen. Diese Annahmen und Schlußfolgerungen lassen sich heute auf die zunehmende Deindustrialisierung und Tertiärisierung übertragen. Auch wenn die Entwicklungen in der Montanindustrie maßgeblich für den Strukturwandel im Ruhrgebiet verantwortlich waren, so zeigt sich gerade dort, daß globale Tendenzen wie die zunehmende Informatisierung der Produktion, der Wandel der Organisation von Arbeit, die Internationalisierung von Produktion, Absatz, Beschaffung und Finanzströmen, (Globalisierung der Wirtschaft) sowie der steigende Anteil der Dienstleistungsbranchen in den Sektoren das industrielle Herz Europas erfaßt haben. Ohne die Bergbau- und Weltwirtschaftskrisen und ihre Folgen wäre dieser Prozeß möglicherweise verlangsamt, jedoch keinesfalls verhindert worden.

Die neuen Anforderungen an die Beschäftigten infolge des Strukturwandels offenbarten zu Beginn der 1960er Jahre einen deutlichen Mangel an qualifizierten Fachkräften und Bildungseinrichtungen im Ruhrgebiet. Die Nachfrage von Seiten des tertiären Sektors überstieg die Kapazitäten jener Zeit. Ausbildung, Fortbildung und Umschulung der Bevölkerung erhielten einen besonderen Stellenwert. Die Gründung der Ruhr-Universität Bochum im Jahre 1962 war daher ein wichtiger Impuls für die sich wandelnde Region. Es folgten zur Mobilisierung der Bildungsreserven weitere Universitätsgründungen in Duisburg, Essen und Dortmund. Trotz des Aufschwungs im tertiären Sektor bleibt allerdings festzuhalten, daß Nordrhein-Westfalen nach wie vor das wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Mehr als ein Fünftel (22 %) der gesamten Produktionsleistung entfallen auf Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen. Trotz oder gerade

aufgrund von Stellenabbau und Zechenschließung haben sich neue Produktionszweige ergeben, die sich in Zeiten der Rezession und des Strukturwandels stabilisiert haben. Heute ist Nordrhein-Westfalen beispielsweise neben Baden-Württemberg ein regionales Zentrum der Umweltschutzindustrie. In Essen befinden sich nahezu 100 Betriebe, die für den Umweltschutz bedeutsame Produkte anbieten. Dazu zählen z.B. umweltverträgliche Entgiftungs- und Verbrennungsanlagen für die Eisen- und Stahlindustrie, Betriebe der Bauindustrie mit Schwerpunkt Altlastensanierung sowie spezialisierte Abfallentsorgungsunternehmen. Weitere Beispiele lassen sich finden. (KILPER / LATNIAK / REHFELD / SIMONIS 1994: 57ff)

#### **4. Ausblick**

Das Ruhrgebiet als historisch gewachsenes Zentrum der Montanindustrie hat seinen ursprünglichen Charakter seit den infrastrukturellen Erneuerungen in den 1960er Jahren mehr und mehr verloren. Aus Bergbau- und Arbeiterzentren wie Essen, Bochum und Dortmund sind Büro- und Verwaltungsstädte geworden, die sich heute nur noch aufgrund ihrer ursprünglichen Physiognomie von anderen Dienstleistungsregionen unterscheiden. Verschwunden sind sie nicht, die großen Industriekomplexe des Ruhrgebiets, jedoch vielfach zweckentfremdet worden. Ihre Legitimation entsprang der Förderung und Erhaltung von montanindustriellem Wirtschaftswachstum. Heute hingegen hat der Bedeutungsverlust der Schwerindustrie dazu geführt, daß nicht mehr die Produktionsmenge primär relevant ist, sondern zunehmend die Hochwertigkeit und Innovation des Produktes. Das Produkt Kohle, „der Stoff, aus dem die Industrielle Revolution gemacht wurde“ (WEISBROD 1989: 107), mit dem die Hochöfen und Eisenbahnen betrieben wurden, wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts allerdings auch in hochwertigem und veredeltem Zustand nur noch schlecht verkauft. Diese Erkenntnis gewann das Ruhrgebiet zuerst im Süden, später auch im Norden. Es folgten Jahrzehnte der Krise, der konjunkturellen Wellen und des Umbruchs. Sukzessive kam es zum Aufschwung in einer der ältesten deutschen Kulturlandschaften, dem „Ruhrpott“. Was in Zeiten nach der Kohle von Bedeutung ist, belegen die Diskussionen über die Identität und das Stadtbild der Ruhrmetropolen. Nicht allein die Tertiärisierung und Konversion der Schwerindustrie ist von Interesse, sondern in zunehmendem Maße auch die Entwicklung der weichen Standortfaktoren. Trotz Sanierung, Gentrification und Revitalisierung kämpft eine Region noch immer gegen ihr einseitiges Image an. So heißt es bei BERNHARD BUTZIN (1995: 181ff.): „Dringender Handlungsbedarf ist darüber hinaus im Bereich der Stadtentwicklung gegeben. Zu Recht wird vielen Städten des Ruhrgebiets fehlende Urbanität

nachgesagt. Gemeint ist ein Mangel an jener gutbürgerlichen Ausstattung, die von Spitzenkultur im Sport, Theater und Konzert über hochwertige Einzelhandelsgeschäfte (...), bis zu Museen, Kongreßzentren, Ausstellungen und Denkmälern aller Art reicht“. Die Erneuerung und Aufwertung des Ruhrgebiets hängt folglich nicht allein von einer sinnvollen wirtschaftlichen und ökologischen Umstrukturierung der Region ab, sondern insbesondere von der Förderung sozialer und städtebaulicher Komponenten zum Zwecke der Erhöhung der Standort- und Lebensqualität.

## 5. Quellenverzeichnis

- ABELSHAUSER, W. (1984): Der Ruhrkohlebergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung. München
- BLOTEVOGEL, H. H. (1998): Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr. Theoretische, empirische und politische Perspektiven eines neuen raumordnungspolitischen Konzepts. Dortmund
- BÜNNING, J. (1989): Die Stahlindustrie – Arbeitspolitik zwischen Krise und Modernisierung. In: PRIES, L., SCHMIDT, R. & TRINCZEK, R. (Hrsg.), Trends betrieblicher Produktionsmodernisierung. Chancen und Risiken für Industriearbeit (S. 325-382). Opladen
- BUTZIN, B. (1995): Neue Strategien der Regionalentwicklung – Perspektiven für das Ruhrgebiet. In: KOMMUNALVERBAND RUHRGEBIET (Hrsg.) (1995): Wege, Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Essen
- DEILMANN, B. (2001): Dynamik und Bedeutung unternehmensorientierter Dienstleistungen im Ruhrgebiet. IN: HABRICH, W. & HOPPE, W. (Hrsg.) (2001): Strukturwandel im Ruhrgebiet. Perspektiven und Prozesse (= Duisburger Geographische Arbeiten, Bd. 23). Dortmund
- FAUST, H. (1999): Das Ruhrgebiet – Erneuerung einer europäischen Industrieregion. In: Europa Regional, Bd. 7, H. 2

- FOURASTIÉ, J. (1949): Le grand espoir du vingtième siècle. Progrès technique – progrès économique – progrès social. Paris (dt.: ebd. (1955): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts. Köln)
- FRANZ, O. (HRSG.) (1990): Das Ruhrgebiet – Kulturlandschaft in Europa. Duisburg
- KERSTING, R. & PONTHÖFER, L. (1990): Wirtschaftsraum Ruhrgebiet. Berlin
- KILPER, H., LATNIAK, E., REHFELD, D. & G. SIMONIS (1994): Das Ruhrgebiet im Umbruch. Strategien regionaler Verflechtung. Opladen
- KOST, A. (2002): Nordrhein-Westfalen. Vom Land aus der Retorte zum „Wir-Gefühl“. In: WEHLING, H. G. (*Hrsg.*), Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft (2. Aufl.). Opladen
- NONN, C. (2001): Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958 – 1969 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 149). Göttingen.
- SCHLIEPER, A. (1986): 150 Jahre Ruhrgebiet. Düsseldorf
- WEISBROD, B. (1989): Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr-im-Haus“ zur Mitbestimmung. In: FELDMAN, G. & TENFELDE, K. (*Hrsg.*), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich (S. 107-162). München

# Dienstleistungszentrum Essen

*Kai Lipinski*

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>54</b>
<b>2. Wirtschaftliche Entwicklung Essens nach der Zeit des „Wirtschaftswunders“</b> .....	<b>54</b>
<b>3. Dienstleistungszentrum Essen</b> .....	<b>55</b>
<b>4. Ein Vergleich mit anderen nordrhein-westfälischen Städten</b> .....	<b>57</b>
<b>5. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>58</b>

## **1. Einleitung**

Essen zählt mit seinen 643.000 Einwohnern zu den fünf größten Städten der Bundesrepublik Deutschland. Elf der 100 größten Firmen mit Sitz in Deutschland haben ihren Hauptverwaltungssitz in Essen. Bevor Essen jedoch ein Dienstleistungszentrum im Ruhrgebiet wurde, war sie mit ihren Zechensiedlungen eine klassische Bergbaustadt mit Sitz der Firma Krupp in der Essener Villa Hügel. Die Stadt Essen ist heute Zentrum der deutschen und europäischen Energiewirtschaft. Essen benötigte auf Grund von Krisen im Kohlebergbau Ende der 50iger und Anfang der 60iger Jahre rasche strukturelle Änderungen, um zu dem bedeutenden Wirtschaftsstandort zu werden, der die Stadt Essen heute ist. (ESSENER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT EWG: [www.ewg.de](http://www.ewg.de))

## **2. Wirtschaftliche Entwicklung Essens nach der Zeit des „Wirtschaftswunders“**

Der wirtschaftliche Höhepunkt im Ruhrgebiet und Essen wurde 1957 erreicht. Es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Kohle und Stahl verloren jedoch sehr schnell an Bedeutung, da Substitutionsprodukte, wie z.B. Erdöl und Aluminium, den Markt eroberten. Als Folge ergaben sich Schließungen von Stahlhütten und Zechen. Die Arbeitslosenquote stieg rapide an und erreichte 1970 ihren Höhepunkt mit einer Quote von 17%. Die Wirtschaftsstruktur war einseitig auf Montanindustrie ausgelegt, nur spärlich wurden andere Wirtschaftsbereiche unterstützt. Klein- und Mittelstandsbetriebe waren gezwungen, sich anderweitig zu orientieren. (vgl. BRICKAU / KAMPHERM 1997: S.191)

Existenzgründer wurden staatlich subventioniert und Technologie- und Gründerzentren gebildet, um eine solide Geschäftsbasis zu entwickeln. Somit wurden neue Märkte erschlossen, neue Technologien ermöglichten eine fortschreitende Entwicklung und damit neue Marktgrundlagen, vermehrt im Dienstleistungsbereich. 1972 wurde in Essen die Gesamthochschule gegründet, die somit Teil des relativ dichten Netzes an Universitäten, vor allem aber an Fachhochschulen, ist. 1985 wurde in Essen das Etec-Zentrum gegründet.

Hierbei handelt es sich um ein Forschungszentrum für die Bereiche Energie-, Verfahrens- und Umwelttechnologie. Wichtigste Kraft hierbei ist die RWE-AG. (vgl. GLÄSSER 1997: S.62)

Die Zahl der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe sank deutlich ab, die Zahl der Arbeitnehmer im tertiären Sektor nahm stark zu. 1086 wurde die letzte Zeche in Essen (Zeche Zollverein) geschlossen.

Anhand Tabelle 1 ist der Trend der letzten vierzig Jahre deutlich zu erkennen. Der Anteil an Beschäftigten im tertiären Sektor hat sprunghaft zugenommen, während die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe stark abgenommen hat.

Tabelle 1

	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
1961	56,4 %	43,2 %
1970	49,2 %	50,3 %
1987	27,8 %	71,6 %
2000*	25 %	75 %

\* geschätzte Werte bei veränderter Datengrundlage

Quelle: Arbeitsstättenzählung 1987, eigene Erhebung

### 3. Dienstleistungszentrum Essen

Mit ca. 75% liegt der Schwerpunkt der Essener Wirtschaft im tertiären Sektor. Dies sind 75.525 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die eine Bruttowertschöpfung von 5.498,43 Mio. € erwirtschafteten. Elf der hundert größten Unternehmen haben ihren Verwaltungssitz in Essen. Größtes Unternehmen ist die Firma RWE, die im Jahre 2001 einen Umsatz von 47,918 Mrd. € erzielte. Essen ist damit die Umsatzstärkste Stadt im Ruhrgebiet.

Voraussetzung für den Dienstleistungsstandort Essen ist die nahezu optimale materielle Infrastruktur. In und um Essen war nach dem Zusammenfall der Montanindustrie ausreichend Raum vorhanden, um die notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Steuerndes Organ dabei ist der KVR (Kommunalverband Ruhrgebiet), der in der Raumplanung eine bedeutende Rolle spielt. So wurde z.B. aus der alten AEG-Kanis-Halle eine Veranstaltungs-Arena, in der heute Musicals aufgeführt werden.

Weiterhin besitzt Essen ein dichtes Verkehrsnetz. Essen hat drei direkte Autobahnanbindungen, es existiert ein dichtes Bahnnetz mit mehreren überregionalen Anbindungen und zudem ein Kanalhafen mit ca. 920.000 t Schiffstonnage im Jahr, weiterhin

ein ausgeprägtes Personennahverkehrssystem (10 Straßen- und U-Bahnlinien mit einer Länge von 101,4 km sowie 41 Buslinien mit einer Gesamtlänge von 494,7 km; Beförderung von 101,8 Mio. Passagieren), der internationale Flughafen Düsseldorf ist per Autobahn direkt erreichbar. (vgl. [www.ewg.de](http://www.ewg.de))

Als Beispiel für die Nutzung der Infrastruktur sei die IKEA-Niederlassung in Essen erwähnt. Sie liegt relativ zentral im Stadtzentrum und verfügt über einen eigenen U-Bahnhof.

Tabelle 2: Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Essen (unterteilt nach Bereichen)

• Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei .....	1.289
• Energiewirtschaft und Bergbau .....	8.767
• Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) .....	37.678
• Baugewerbe .....	14.824
• Handel .....	37.880
• Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	12.415
• Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe .....	8.418
• Dienstleistungen .....	75.525
• Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte .....	9.520
• Gebietskörperschaften und Sozialversicherung .....	8.298

Quelle: LDS NRW 2001

Die dienstleistenden Unternehmen bestimmen die Beschäftigtenstruktur. Dies zeigt sich auch in der Bruttowertschöpfung:

Tabelle 3: Umsatz nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt Essen

Land - und Forstwirtschaft	16 Mio. DM
Produzierendes Gewerbe	8.421 Mio. DM
Handel und Verkehr	5.754 Mio. DM
Dienstleistungsunternehmen	10.754 Mio. DM
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	3.878 Mio. DM

Quelle: LDS NRW 2001

Bemerkenswert hierbei wäre der relativ hohe Anteil der Land- und Forstwirtschaft. Der Süden Essens gilt als die „grüne Lunge des Ruhrgebietes“ und beinhaltet große Wald- und Wiesenflächen, die sowohl land- bzw. forstwirtschaftlich genutzt werden, als auch in Form von Naherholungsgebieten dem Wochenendtourismus zugute kommen. Dies zeigt eine enge Verknüpfung der wirtschaftlichen Strukturen im Ruhrgebiet.

In Essen ist es gelungen, eine monostrukturierte Region zu diversifizieren. Die Stadt ist nicht wirtschaftlich einseitig abhängig, die Wahl von Essen als Standort wird nicht mehr von Rohstoffvorkommen dominiert. Ausschlaggebend sind nun vielmehr entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und gute Lebensbedingungen. Der „ (...) Prozess sich ändernder Rahmenbedingungen und der entsprechenden Anpassung der Akteure (...)“ (BRICKAU / KAMPHERM 1997: S.201) wurde in Essen erfolgreich initiiert. Weiterhin bleibt abzuwarten, inwiefern die seit einigen Jahren anlaufenden Projekte (z.B. IBA Emscher Park) genutzt werden. Maßgebendes Ziel sollte jedoch weiterhin die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein, die trotz aller wirtschaftlichen Erfolge immer noch bei ca. 14% liegt.

#### 4. Ein Vergleich mit anderen nordrhein-westfälischen Städten

Abschließend soll Essen in Relation zu anderen wichtigen nordrhein-westfälischen Städten betrachtet werden.

Tabelle 4: Bruttowertschöpfung in den Oberzentren:

	gesamt	je Erwerbstätigem
Bochum	17.660 Mio. DM	106.909 DM
Dortmund	25.267 Mio. DM	107.189 DM
Duisburg	21.217 Mio. DM	111.812 DM
Essen	28.822 Mio. DM	119.191 DM
Ruhrgebiet	183.317 Mio. DM	105.410 DM
NRW	740.648 Mio. DM	103.308 DM
Bundesgebiet	3.393.630 Mio. DM	98.586 DM

Quelle: LDS NRW 2001

Tabelle 4 zeigt, das Essen mit deutlichem Abstand die wirtschaftlich stärkste Kraft im Ruhrgebiet ist. Mit einer BWS von 119.191 DM pro Erwerbstätigem übertrifft es sogar noch die Zahl der High-Tech-Stadt Dortmund und des Handelsplatzes Duisburg. Essen übertrifft ebenfalls deutlich den landes- und bundesweiten Durchschnitt um ca. 15.000 bzw. 20.600 DM.

Essen ist jedoch nicht die stärkste Kraft im Bundesland. Die Landeshauptstadt Düsseldorf besitzt die zweitstärkste Kaufkraft bundesweit (nach München) und dient als administrativer Sitz der Landesregierung. Weiterhin besitzt die Messe in Düsseldorf internationalen Status und zieht jährlich mehrere Millionen Besucher an. Düsseldorf gilt nach Frankfurt a.M. als finanziell wichtigster Stützpunkt im Land (alle deutschen und europäischen Großbanken sowie Landeszentralbank sind hier vertreten) und zudem Börsenplatz.

Essen fehlen wichtige Einheiten, um einen nationalen Bedeutungsüberschuß zu erreichen und auf internationalem Niveau mithalten zu können. Zudem sind die Altlasten aus der Zeit der Montanindustrie noch nicht getilgt. Einige Teile des Stadtgebietes sind ökologisch unbrauchbar, und es bedarf finanzieller Kraftakte, dies zu beheben.

Trotzdem ist es bemerkenswert, dass die Stadt Essen als erste Stadt im Ruhrgebiet den Strukturwandel vollzogen und wirtschaftlich in kurzer Zeit viel geleistet hat. (vgl. [www.ruhrgebiet.de](http://www.ruhrgebiet.de))

## **5. Quellenverzeichnis**

BRICKAU / KAMPHERM (1997): Die Entdeckung des Ruhrgebiets – das Ruhrgebiet in NRW. Essen

GLÄSSER, SCHMID, WOISCHÜTZKE (1997): Nordrhein-Westfalen. Gotha

### WEITERE QUELLEN:

[www.essen.de](http://www.essen.de)

[www.ewg.de](http://www.ewg.de)

[www.ruhrgebiet.de](http://www.ruhrgebiet.de)

# Essen-Katernberg und Zollverein

*Sarah Hofmann*

<b>1. Einführung.....</b>	<b>59</b>
<b>2. Historische Entwicklung.....</b>	<b>60</b>
<b>2.1 Zeche und Kokerei Zollverein.....</b>	<b>60</b>
<b>2.2 Stadtteil Katernberg .....</b>	<b>62</b>
<b>3. Aktuelle Situation.....</b>	<b>63</b>
<b>3.1 Bevölkerungsstruktur in Katernberg.....</b>	<b>64</b>
<b>3.2 Touristische Neunutzung auf Zollverein.....</b>	<b>64</b>
<b>3.3 Perspektiven.....</b>	<b>65</b>
<b>4. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>66</b>

## **1. Einführung**

Wie es allgemein für das gesamte Ruhrgebiet der Fall ist, so ist auch der Stadtteil Katernberg im Norden Essens hauptsächlich von der Montanindustrie geprägt. Die Verflechtungen zwischen dem Stadtteil und der Zeche und Kokerei Zollverein haben in besonderem Maße den Stadtraum und auch die Wahrnehmung durch die Bevölkerung bestimmt. (FISCHER 2000: 1)

Nach der Inbetriebnahme des ersten Schachtes im Jahre 1847 durch Franz Haniel, erstreckte sich das Grubenfeld Zollverein über die heutigen Stadtteile Katernberg, Schonnebeck, Stoppenberg, Altenessen und bis in das Stadtgebiet Gelsenkirchen hinein. Auf diesem Gebiet befindet sich heute, nach Schließung der Zeche (in 1986) und der Kokerei (in 1993), die „Industrielle Kulturlandschaft Zollverein“ (FISCHER 2000: 2), die 2001 in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde. (UNESCO 2001) Durch die Umwandlung des Grubenfeldes in ein Tourismusobjekt versprachen sich die Initiatoren die Aufwertung der strukturschwachen Region (FISCHER 2000: 2).

Am Beispiel Katernberg, das flächenmäßig den größten Anteil am ehemaligen Grubenfeld aufweist, und historisch wie funktionell als am stärksten mit Zollverein verflochten gelten kann, sollen die Auswirkungen der touristischen Aufbereitung dargestellt werden. (FISCHER 2000: 2) Dabei steht im Mittelpunkt die Frage, ob oder inwieweit Katernberg, das seine urbane Entwicklung dem Bergbau auf Zollverein verdankt, von der neuen Wirtschaftsperspektive profitieren kann.

## **2. Historische Entwicklung**

Die Entwicklung des Essener Stadtteils Katernberg ist durch Bergbau und Schwerindustrie bestimmt worden und damit exemplarisch für Stadtentwicklungsprozesse im Ruhrgebiet. Das anfangs rein agrarisch geprägte und dünn besiedelte Gebiet wuchs seit der Gründung der Zeche und später der Kokerei Zollverein zu einem wichtigen montanindustriellen Standort heran. (FISCHER 2000: 6f.) Wie in der übrigen Hellwegzone, so setzte auch im Raum Essen die industrielle Erschließung erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts ein, also nach der Erfindung der Dampfmaschine und der damit möglichen Anlage von Tiefbauzechen. (FISCHER 2000: 8f.)

Der Einfluss, den der Kohlebergbau auf die Siedlungsentwicklung ausübte, ist noch heute erkennbar. Typische Bergarbeiterkolonien, industriell geprägte Infrastruktur und die Bevölkerungszusammensetzung Katernbergs verweisen auf die im Industriezeitalter entstandenen Verflechtungen zwischen dem Stadtteil und der Zeche Zollverein. (FISCHER 2000: 6)

Zeche und Kokerei Zollverein sind nach ihrer Stilllegung zu einer Touristenattraktion mit internationaler Bedeutung geworden, doch gilt Katernberg mittlerweile als sozialer Brennpunkt (FISCHER 2000: 26). Um zu beleuchten, welches Ausmaß die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten seit dem Industriezeitalter angenommen haben und wie es sich damit nach Schließung von Zeche und Kokerei gestaltete, wird im Folgenden ein historischer Überblick gegeben. In Kapitel 3 werden dann die aktuellen Entwicklungen darstellt.

### **2.1 Zeche und Kokerei Zollverein**

Der Duisburger Industrielle Franz Haniel begann die Rechte für den Kohlenabbau im Essener Norden aufzukaufen, nachdem sich die Kohlevorkommen im südlichen Ruhrgebiet zu erschöpfen drohten. Ausschlaggebend für die Standortwahl war unter anderem die Strecke der Köln-Mindener-Bahn, die quer durch dieses Areal verlief und 1847 eröffnet wurde. Haniel fasste -ebenfalls 1847- das Gebiet zu einem 13 qkm großen Grubenfeld mit Namen „Zollverein“ zusammen, und im selben Jahr wurde der erste Schacht abgeteuft, bzw. erschlossen. Der zweite Schacht folgte nur wenig später, und 1851 erhielt die Zeche einen eigenen Anschluss an die Eisenbahnlinie. Im Jahr 1857 richtete man auf dem Zechengelände eine Kokerei ein, da sich die geförderte Fettkohle gut zur Verkokung (unter Luftabschluss wird aus der Steinkohle reiner Kohlenstoff, bzw. Koks gewonnen) eignete (FISCHER 2000: 14). Zu dieser Zeit etwa hatte sich die Einwohnerzahl der Bergarbeiter bereits verdoppelt und

war auf 500 angewachsen, was die Bereitstellung von Wohnraum erforderlich machte. Haniel erwarb Land von den Bauern auf dem Grubenfeld und ließ Arbeiterkolonien errichten. (FISCHER 2000: 11f.)

Bis zur Jahrhundertwende entstanden weitere Schachtanlagen, und Zollverein förderte zu dieser Zeit die größte Kohlenmenge im Ruhrgebiet (1,8 Mill. t Kohle jährlich). Die Belegschaftszahl stieg bis 1900 auf etwa 5.000 an. Auch die Koksproduktion auf Zollverein wurde mehr und mehr ausgeweitet (FISCHER 2000: 14). Bis zum Ersten Weltkrieg erfolgten umfangreiche Investitionen in das Unternehmen, und die Zahl der Arbeiter sowie die Fördermenge stieg weiter an. 1920 ging Zollverein dann aus dem Besitz der Familie Haniel als Hüttenzeche in den Stahlkonzern „Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb“ ein. Phönix schloss sich dann 1926 mit drei weiteren Stahlkonzernen zu den „Vereinigten Stahlwerken“ zusammen, dem zweitgrößten Stahltrust der Welt zu dieser Zeit. (FISCHER 2000: 12)

Bald wurden Modernisierungsmaßnahmen an den Schachtanlagen unvermeidlich, und man entschloss sich schließlich zu dem aufwendigen und teuren Bau einer Zentralschachtanlage, welche die gesamte Menge der bisher in vier Schächten geförderten Kohle bewältigen sollte. Bei der Planung und Errichtung sollten erstmals in der Geschichte des Ruhrbergbaus auch ästhetische Aspekte berücksichtigt werden. So entwarfen die Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer den 1932 eröffneten Schacht XII, der weithin als schönste Zeche Deutschlands bekannt wurde und obendrein der leistungsfähigste Förderschacht seiner Zeit war. (FISCHER 2000: 12f.)



**Abb.1: Schachtanlage XII auf Zollverein**  
Quelle: URL: <http://www.schacht12.de/small/zollmain2.htm>

Die Verkokung auf Zollverein gab man nach der Fertigstellung der Zentralschachanlage vollständig an die Zentralkokerei Nordstern in Gelsenkirchen ab. Man ließ aber, ebenfalls von Fritz Schupp, Ende der 50er Jahre eine neue, hochmoderne Kokereianlage bauen, da der Markt einen entsprechenden Aufschwung erlebte. Die Kokerei wurde über Bandbrücken direkt mit der Zentralschachanlage verbunden und der Gestaltung angepasst. (FISCHER 2000: 14f.)

Den Zweiten Weltkrieg konnte Zollverein unbeschadet überstehen, aber nach einer weiteren Blütezeit in den 50er Jahren wurde das Unternehmen von der Kohlenkrise erfasst. Man modernisierte trotzdem erneut in den 60er Jahren, allerdings musste Zollverein bald (1974 und 1983) mit benachbarten Zechen verbunden und schließlich 1986 als mittlerweile letzte funktionstüchtige Zeche im Raum Essen geschlossen werden. (FISCHER 2000: 14)

Die Kokereianlage verkraftete die große Stahlkrise nicht und musste sieben Jahre später (1993) ebenfalls ihre Tore schließen. Rund 1.000 Menschen waren hier beschäftigt gewesen. (FISCHER 2000: 15)

## **2.2 Stadtteil Katernberg**

Mit der rasanten Entwicklung des Bergbaus auf Zollverein (ab 1847) begann auch die Umwandlung des Bauerndorfes Katernberg zu einem dicht besiedelten urbanen Raum. Als zur Jahrhundertmitte der bestehende Wohnraum dem Zustrom der Arbeiter nicht mehr gerecht werden konnte, lag es - wie bereits erwähnt - an Franz Haniel, dem Betreiber Zollvereins, Arbeiterkolonien zu errichten, da in der ländlichen Gegend kein kapitalkräftiges Bürgertum vorhanden war. Bis zur Jahrhundertwende entstanden unter Haniel drei Arbeitersiedlungen in der Nähe der Schachanlagen, die insgesamt 41,6 % der Belegschaft beherbergen konnten. Angelegt wurden die Kolonien entlang gerade verlaufender Straßen, an welchen in regelmäßigen Abständen so genannte Vierfachhäuser errichtet wurden. Diese Ziegelbauten verfügten über je vier ähnliche Wohnungen mit etwa 50 – 60 qm Wohnfläche, die von sechs bis zwölf Personen bewohnt wurden. Zur Selbstversorgung standen jedem Vierfachhaus ca. 640 qm Land zur Verfügung. Zum Teil wurden auch luxuriösere Wohnbauten für Beamte errichtet. (FISCHER 2000: 15f.)

Eine ähnlich strukturierte Arbeiterkolonie entstand noch 1902 im Südosten Katernbergs, doch dienten der folgenden Siedlung „Theobaldstraße“ (1912) bereits die Ideen der Gartenstadtbewegung zum Vorbild. Die Einheitlichkeit der Häuser wurde abgemildert durch unterschiedliche Dach- und Giebelformen, man legte Grünstreifen an und verputzte einige der Fassaden. Die Straßenflucht wurde durch das Zurücksetzen einiger Häuser aufgelockert.

„Theobaldstraße“ war folglich sehr beliebt, da es einerseits nahe bei den Schachtanlagen und andererseits ansprechend gestaltet war. Außerdem kümmerte sich die Familie Haniel auch um die kulturellen Belange der Arbeiter, indem sie den Bau von Kirchen, Fürsorgestellen, Schulen und weiteren öffentlichen Einrichtungen finanzierte. Die Siedlung „Theobaldstraße“ war jedoch die letzte, die von der Zeche Zollverein in eigener Regie erbaut wurde. (FISCHER 2000: 16f.)

Verschiedene Gründe bewirkten in den 20er Jahren einen gewaltigen Wohnraummangel. Zollverein stellte einer Treuhandstelle ein großes Gebiet als Bauland zur Verfügung, und es entstanden mehrere verschiedene Siedlungen auf diesem Gelände. Unterbrochen von der Weltwirtschaftskrise fand einige Bautätigkeit auf dem Grubenfeld statt, bis der Zweite Weltkrieg Baumaterialien und Arbeitskräfte für andere Aufgaben beanspruchte. Außerdem wurden, im Gegensatz zu dem Zechengelände, von dem sich die Alliierten Reparationen versprochen, große Teile der Siedlungen zerstört. Es entstand erneut eine Situation großen Wohnraummangels. Der wegen knapper Mittel nur sehr langsam voranschreitende Wohnungsbau wurde mit der Zeit immer platzsparender angelegt, und die Bewohner mussten bald auf das Land zur Selbstversorgung verzichten. In den 50er Jahren begann man außerdem, alte Kolonien komplett abzureißen, um neue Siedlungen zu bauen. Allgemein führten die Bautätigkeiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer erheblichen Verdichtung der Siedlungsgebiete um Zollverein. (FISCHER 2000: 17ff.)

Die Entwicklung Katernbergs war also insgesamt in starkem Maße von der Entwicklung der Zeche Zollverein geprägt. Dies lässt sich zum Teil noch an der baulichen Gestalt erkennen. Vor allem aber bestand auch in funktionaler und sozialer Hinsicht eine große Abhängigkeit von dem Hauptarbeitgeber. Nicht nur Wohnraum und Arbeit, sondern auch medizinische, soziale, religiöse und freizeitbezogene Dienstleistungen wurden von Zollverein bereitgestellt und machten diesen Industriebetrieb damit zu einer maßgebenden und formenden Kraft in der Geschichte des Stadtteils Katernberg. (FISCHER 2000: 19f.)

### **3. Aktuelle Situation**

Mit der Stilllegung von Zeche und Kokerei Zollverein begannen sich die engen Verflechtungen zwischen Industriebetrieb und Stadtteil zu lösen. (FISCHER 2000: 21) Auch mehrere Jahre nach Anlaufen der touristischen Neunutzung, die für sich genommen als äußerst erfolgreich gelten kann, haben sich keine neuen Bande knüpfen können. Der Stadtteil Katernberg rutscht weiterhin in Richtung „soziales Abseits“, ist geprägt von

Einkommensarmut und einer überdurchschnittlich jungen Bevölkerung, die sich aus sozial wenig integrierten Gruppen zusammensetzt. (FISCHER 2000: 117)

### **3.1 Bevölkerungsstruktur in Katernberg**

In den 70er und 80er Jahren verließ ein Großteil der durch die Schließung Zollvereins arbeitslos gewordenen, hauptsächlich deutschen Arbeiterbevölkerung den Stadtteil Katernberg. Bis zu einem gewissen Grad wurde die entstandene Lücke von größtenteils einkommensschwachen, sozial wenig integrierten Zuzüglern (Sozialhilfeempfänger, Ausländer, Aussiedler) gefüllt (FISCHER 2000: 26), angezogen durch ein relativ niedriges Mietniveau (FISCHER 2000: 24). Die Einwohnerzahl verringerte sich dennoch, und die Einkommensarmut, vor allem bei Minderjährigen, nahm zu. Dem noch immer hohen Anteil an Minderjährigen in der Bevölkerung stehen gleichzeitig Defizite bezüglich der Angebote für Kinder und Jugendliche gegenüber. Daher wird eine Verschärfung von bestehenden Problemen, wie Jugendarbeitslosigkeit und –kriminalität erwartet. (FISCHER 2000: 26)

Innerhalb des Stadtteils liegen überdies erhebliche soziale Disparitäten vor. Während die „Industrielle Kulturlandschaft Zollverein“ einen internationalen Ruf erlangt hat, vertiefen sich andererseits die oben beschriebenen sozialen Brennpunkte. Seit 1993 hat daher das Land Nordrhein-Westfalen Katernberg in ein Programm einbezogen und als „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ausgewiesen. Eine Vielzahl von Projekten z.B. zur Verbesserung der Wohnsituation, Infrastruktur, Möglichkeiten für Minderjährige und Integration von Randgruppen ist angelaufen, basierend auf der Grundlage eines Entwicklungskonzeptes der Gemeinde. Die verschiedenen Neunutzungen auf Zollverein sind z.T. durch dieses Konzept angeregt worden. (FISCHER 2000: 26f.)

### **3.2 Touristische Neunutzung auf Zollverein**

Der Schacht XII auf Zollverein verdankte es seinem hohen Beliebtheitswert und der Vorbildfunktion in der Bergbauarchitektur, dass er bereits eine Woche vor seiner Stilllegung unter Denkmalschutz gestellt wurde. Es kam damit nur eine Neunutzung für zumindest diesen Teil der Zeche Zollverein in Frage. Die Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH (LEG) erwarb die Anlage und gründete 1989 zusammen mit der Stadt Essen die Bauhütte Zeche Zollverein Schacht XII GmbH. Zielsetzung war es, die Sanierung, die Instandhaltung und die Umnutzung der Schachanlage in die Wege zu leiten und zu betreuen. Das neue Leitbild hieß fortan „Kunst, Kultur, Medien und Design“, und man betraute die „Stiftung Zollverein“ mit der Aufgabe, das industrielle Denkmal der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Finanziert

wurden Restaurierung und Umnutzung durch die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland, das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Essen.(FISCHER 2000: 28)

Auch die Kokerei wurde schließlich saniert und beherbergt seit 1999 die Publikumsausstellung „Sonne, Mond und Sterne“. Neben solch kulturellen Attraktionen ist auf dem gesamten Gelände von Zeche und Kokerei auch Raum für gewerbliche und öffentliche Einrichtungen geschaffen worden. (FISCHER 2000: 29f.)

Insgesamt vollzog sich der Wandel von der Industrieanlage zum Industriedenkmal flüssig und ohne größere Schwierigkeiten. Die Besucherströme haben bereits erstaunliche Ausmaße angenommen, und die vielfältigen touristischen Angebote auf Zollverein sowie geplante Erweiterungen versprechen für die Zukunft ein noch höheres Besucheraufkommen. (FISCHER 2000: 29f.)

Außerdem wurde, wie bereits erwähnt, die „Industrielle Kulturlandschaft Zollverein“ 2001 in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Kriterien hierfür waren unter anderem das einzigartige und beispielhafte Design der Anlage, sowie die Bedeutung der geschaffenen Strukturen als Zeitzeugen eines entscheidenden Zeitalters in der Entwicklung der Schwerindustrie in Deutschland. (UNESCO 2001)

### **3.3 Perspektiven**

Trotz bestehender Disparitäten zwischen den sozialen Brennpunkten in Katernberg und der internationalen Bedeutung von Zollverein als Tourismusobjekt, werden die Chancen auf eine Besserung der Verhältnisse in der neuen Verknüpfung beider Elemente auf der Basis des Industrietourismus vermutet. Mit dem vorhandenen Bestand kultureller Attraktionen ist man bereits in der Lage, große Besucherströme anzulocken, doch fehlen im Stadtteil selbst bislang die nötigen Einrichtungen, um an dieser Entwicklung teilzunehmen. Mit nur geringen Investitionen sollte es möglich sein, die Bevölkerung Katernbergs an der Tourismuswirtschaft zu beteiligen. (FISCHER 2000: 117)

Bisher nutzen die Einwohner Katernbergs die neuen kulturellen Angebote kaum, und neue Arbeitsplätze hat die „Kulturlandschaft“ nur den wenigsten dort bieten können. Das negative Image des Stadtteils und die mangelnde Eigeninitiative der lokalen Bevölkerung veranlaßt die Touristen, nach einem Besuch auf Zollverein eher entferntere Stadtteile aufzusuchen und nicht in Katernberg zu verweilen. Es gibt allerdings kleine Gegenbeispiele, die deutlich machen, dass bei entsprechendem Engagement der ortsansässigen Bevölkerung, der Tourismus und Katernberg durchaus voneinander profitieren können. Hier –in der wechselseitigen Akzeptanz zwischen Stadtteilbewohnern und Kulturschaffenden- liegt der

Schlüssel zu einer erfolgreichen Neuverknüpfung der losen Enden, die mit der Schließung der Zeche und Kokerei zurückgeblieben sind. (FISCHER 2000: 118)

#### **4. Quellenverzeichnis**

- FISCHER, K. (2000): Funktionalräumlicher und sozialer Wandel in Essen-Katernberg: Auswirkungen aktueller touristischer Aktivitäten auf einem ehemaligen Montanindustriestandort. Georg-August-Universität Göttingen, Geographisches Institut; Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien
- SEIFERT, T. (2001): Zeche Zollverein – gestern, heute, morgen: Schacht 12.de [Zollverein [gestern] – Einleitung]. URL: <http://www.schacht12.de/small/zollmain2.htm> (04.05.2002)
- UNESCO (16.12.2001): Zollverein Coal Mine Industrial Complex in Essen. URL: <http://www.unesco.org/whc/sites/975.htm> (04.05.2002)

# Entwicklung von Eisen- und Stahlindustrie nach dem 2. Weltkrieg

*Janna Nikolaeva*

<b>1. Der Neubeginn nach 1945.....</b>	<b>67</b>
<b>2. Die Wirtschaftswunderjahre bis 1958 .....</b>	<b>68</b>
<b>3. Strukturwandel in den 60er Jahren .....</b>	<b>69</b>
<b>4. Die Krise der 70er Jahre.....</b>	<b>70</b>
<b>4.1 Zustand und geographische Lage der Eisen- und Stahlindustrie.....</b>	<b>70</b>
<b>4.2 Dramatische Veränderungen .....</b>	<b>71</b>
<b>4.3 Neue Technologien .....</b>	<b>72</b>
<b>5. Die 80er Jahre.....</b>	<b>73</b>
<b>6. Die Zeit von 1990-1999.....</b>	<b>74</b>
<b>7. Fazit .....</b>	<b>75</b>
<b>8. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>75</b>

## **1. Der Neubeginn nach 1945**

Zunächst einmal stehen bei Kriegsende - an Ruhr und Emscher am 17. April 1945 - alle Räder still.. Die Verkehrsinfrastruktur und fast die Hälfte des Wohnungsbestandes sind zerstört, fast keine Wohnung ist unbeschädigt.

Noch härter werden Eisen- und Stahlindustrie durch die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges getroffen, welche die gesamte Produktion 1945 zum Erliegen bringen. Als Schlüsselindustrie unterstehen die Eisen- und Stahlwerke zunächst der Kontrolle der Alliierten und werden nach dem Ende der Demontagepolitik zu einer tragenden Säule des Wiederaufbaus. (ROGGENDORF & VOLMERICH 2001)

Unmittelbar nach dem Krieg soll es Deutschland durch die Zerschlagung seiner Industrie unmöglich gemacht werden, jemals wieder einen Angriffskrieg zu führen. Die Alliierten beschließen am 27.3.1946 in Potsdam, die Stahlproduktion auf rund ein Viertel des Vorkriegsvolumens zu beschränken. Eine Demontageliste von 1.800 Werken betrifft in erster Linie die Montanindustrie des Ruhrgebiets. Die Konzerngiganten an der Ruhr sollen durch Entflechtung und Aufteilung in kleinere Einheiten zerschlagen werden.

Unter dem Einfluss der verschiedenen Konflikte unter den Alliierten ändert sich diese Haltung. Schon im September 1946 kündigt die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers eine Wende in der westlichen Politik an. Der Marshall-Plan setzt sie in die

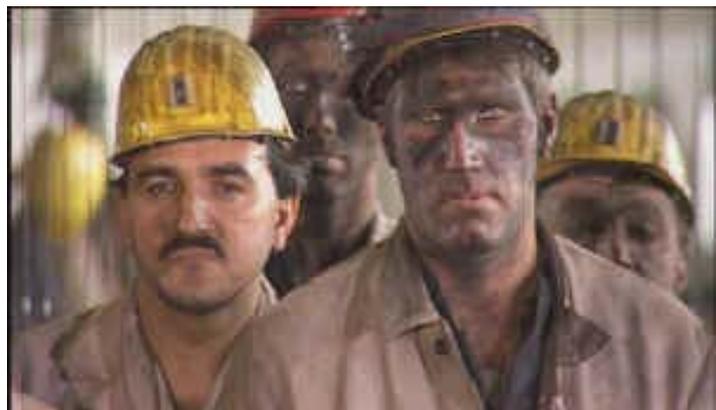
Wirklichkeit um. Der Korea-Krieg 1950, der zu einer Verknappung von Rohstoffen führt, bringt auch für die junge BDR eine politische und wirtschaftliche Veränderung.

Die USA und Großbritannien sehen in der Wirtschaftskraft Deutschlands bzw. des Ruhrreviers eine Chance, den aufziehenden Ost-West-Konflikt für sich zu entscheiden und auch den Wiederaufbau Europas zu bewerkstelligen. Frankreich hat zunächst eine durch die unmittelbare Nachbarschaft und Konkurrenz geprägte härtere Haltung. Insgesamt wird aber die Vergeltungspolitik rasch gemildert und die vereinbarte Stahlquote bereits 1947 verdoppelt (Internetdatei). Bereits zur Jahreswende 1947/48 wird die gesamte französische Stahlproduktion übertroffen.

## **2. Die Wirtschaftswunderjahre bis 1958**

Die Landschaft an Ruhr und Emscher unterliegt mit dem explosiven Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik einschneidenden Veränderungen. Die jetzt einsetzende Massenmotorisierung überzieht mit ihrem Straßennetz das Ruhrgebiet besonders dicht. Der 1963 fertig gestellte "Ruhrschnellweg" übernimmt die Funktion der wichtigsten West-Ost-Achse. Bei der Eisenbahn hingegen setzt jetzt die wirtschaftliche Talfahrt ein.

Die Umsiedler aus dem Osten, aus den ehemaligen deutschen Gebieten oder aus der DDR, sowie die steigende Wirtschaftskraft lassen die Bevölkerungszahlen sprunghaft ansteigen. Unternehmen und Gemeinden verwirklichen große Wohnungsbauprogramme und besiedeln viele der letzten Freiräume im ohnehin dicht besiedelten Ruhrgebiet. Gegenüber den Vorkriegszahlen gewinnt das Ruhrgebiet rund eine Million neue Bewohner; Mitte der 50er Jahre sind alleine 607.000 Mitarbeiter im Bergbau beschäftigt. Die einheimischen Arbeitskräfte reichen zur Deckung des Bedarfs nicht aus, die ersten "Gastarbeiter" aus Italien, Jugoslawien und der Türkei werden willkommen geheißen und schließen die Lücken auf dem Arbeitsmarkt.



**Abb.1: Hüttenarbeiter**

### 3. Strukturwandel in den 60er Jahren

Die Eisenhütten-Industrie zeigt sich bis in die 60er Jahre zunächst von der Strukturkrise nicht berührt. 1961 feiert Krupp noch mit großem Glanz 150jähriges Jubiläum, 1965 kauft der Konzern den traditionsreichen "Bochumer Verein". Wenn auch der Bergbau am Beginn vom Ende seiner Existenz im Ruhrrevier steht, haben beide Zweige der Montanindustrie noch Dynamik genug, ihre beherrschende Stellung zu verteidigen. Neuansiedlungen von Industrie haben es schwer, werden von der Montanindustrie nicht gefördert oder sogar behindert. Die mögliche Neugründung eines Ford-Werkes wird vom Bergbau als Konkurrent um qualifizierte Arbeitskräfte blockiert. Opel errichtet in Bochum ein Zweigwerk, das am 10.10.1961 die Produktion des "Kadett" aufnimmt. Diese Gründung kommt nur durch direkte Einflussnahme der Landesregierung zustande. Die Altbesitzer des stillgelegten Bergwerks "Dannenbaum", auf deren Gelände Opel sein Werk baut, bleiben außen vor. Eine Neuansiedlung, auf die man im Jahr 1969 in Mülheim mit Stolz sieht ist die "Kraftwerks-Union"; sie stellt komplette Kernkraftwerke her.

Dem Dilemma, den Rückzug der Montanindustrie sozial abzufedern, ihn damit zwangsläufig zu verlangsamen, und trotzdem den Strukturwandel durch Schaffung zukunftssträchtiger Industrien voranzubringen, können weder die Wirtschaft noch die Politik entgehen. 1968 beginnt mit dem "Entwicklungsprogramm Ruhr" der Versuch der politisch Verantwortlichen, zunächst vor allem die Rahmenbedingungen des notwendigen Wandels zu verbessern. Ein wichtiger Bestandteil ist die Verbesserung des Bildungssystems, da mit der Einführung neuer Technologien in der zweiten industriellen Revolution qualifizierte Arbeitnehmer Basis der Veränderung sind. Am 30.6.1965 wird in Bochum die erste Universität des Ruhrgebiets eröffnet.

Andere Programmbestandteile fördern zum Beispiel die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs durch ein S-Bahn-System. Erstmals gewinnt das Wort „Umweltschutz“ Gestalt, wie es Willi Brandt 1965 mit seiner Forderung nach dem „Blauen Himmel über der Ruhr“ unterstreicht. Trotz dieser Bemühungen überwiegt am Ende dieses Jahrzehntes der Eindruck, dass die große Krise erst noch bevorsteht, obwohl der Bergbau in der RAG zunächst eine gewisse Stabilisierung erreicht hat.



Abb.2: Thyssen Krupp Stahl AG

## 4. Die Krise der 70er Jahre

### 4.1 Zustand und geographische Lage der Eisen- und Stahlindustrie

Zu Anfang der 70er Jahre ist das Ruhrgebiet nicht nur der größte Roheisen- und Stahlproduzent Mitteleuropas, sondern in seinen zahlreichen Werken der eisenverarbeitenden Industrie auch der größte Verbraucher von Eisen und Stahl. So bleiben rund 80% des gesamten inländischen Absatzes an Walzstahlfertigerzeugnissen, der etwa 60% der Gesamtproduktion der Walzwerke des Reviers ausmacht, innerhalb eines Umkreises von 100 km. Hinzu kommt die günstige geographische Lage zu anderen Zentren der europäischen Eisen- und Stahlverarbeitung.

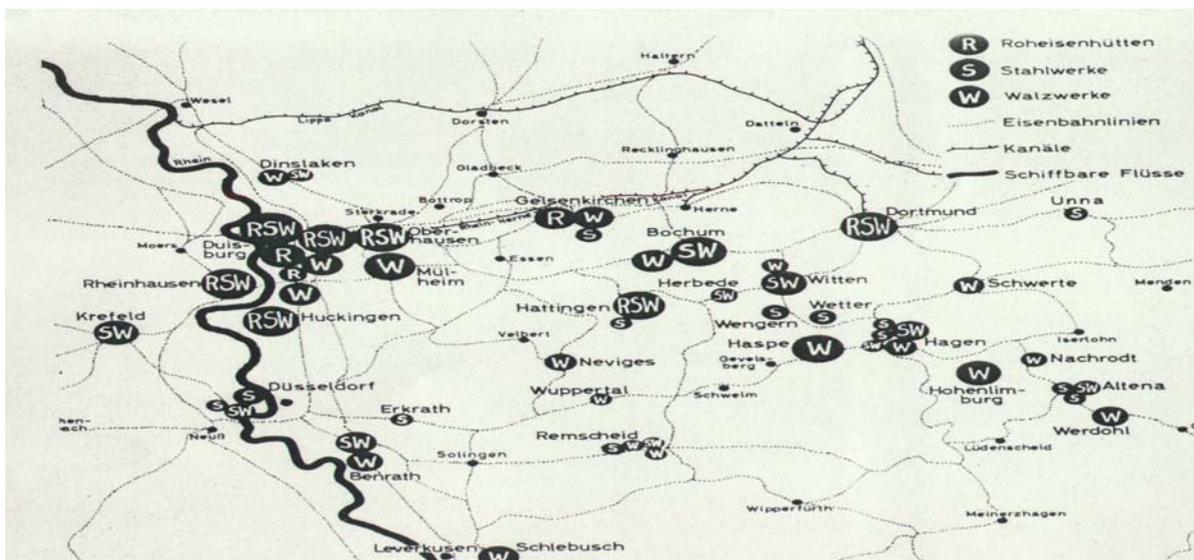


Abb.3: Standorte der eisen- und stahlschaffenden Industrie im Ruhrgebiet der 70er Jahre  
Quelle: Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie. (DEGE 1980: 88)

Infolge der verkehrsgeographischen Standortvorteile des Rheinischen Raumes hat sich innerhalb des Reviers im Bereich der Stahlindustrie eine Arbeitsteilung zwischen den Teilräumen herausgebildet. Während sich im westlichen Revier die transportkostenempfindliche

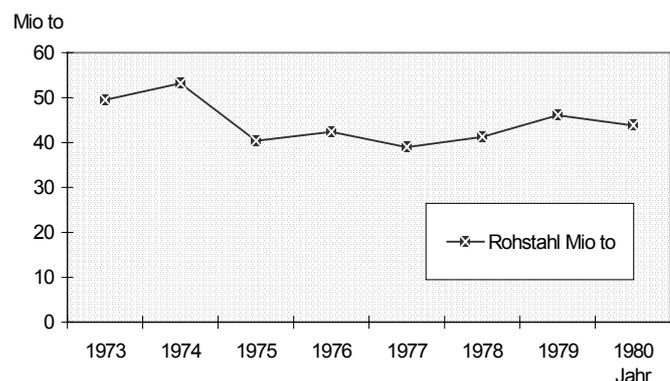
Massenproduktion konzentriert, haben die übrigen Teilräume vor allem die Aufgabe der Weiterverarbeitung (Walzwerke, Gießereien, Ziehereien) übernommen.

## 4.2 Dramatische Veränderungen

Die Ölkrise im Jahr 1973 wirkt wie ein ökonomisches Warnsignal. Sie fällt in eine Phase überhitzter Konjunktur mit der höchsten Inflationsrate der jungen Bundesrepublik. Obwohl ihre ökonomische Wirkung zunächst nicht sonderlich bedeutsam ist, löst sie einen Schock aus. Sie signalisiert das Ende einer Epoche ungehemmten Wachstums nach dem Krieg.

Mit einer Zeitverzögerung treten in der Stahlindustrie ähnliche Effekte auf wie im Steinkohlenbergbau der 60er Jahre.

1975 beginnt die Stahlkrise mit einem dramatischen Absatzeinbruch. Wurden in der Bundesrepublik Deutschland 1973 49,5 Mio t und 1974 53,2 Mio t Rohstahl produziert, so sind es 1975 nur noch 40,4 Mio t; gegenüber dem Spitzenjahr 1974 ein Produktionsrückgang um fast ein Viertel. In den Folgejahren bleibt die Produktion dauerhaft unter dem Niveau von 1974. Trotz des allgemeinen Konjunkturanstiegs seit 1976, kann die Eisen- und Stahlindustrie nicht mehr an die Produktionsergebnisse der Zeit vor der Krise 74/75 heranreichen.



**b**

**Abb.4: Rohstahlproduktion 1973-1980**

Quelle: Eisen und Stahl. Statistisches Bundesamt, Fachservice 4: Reihe 8.1

Was zunächst nur nach Konjunkturerinbruch ausgesehen hatte, erweist sich nun als Dauerkrise. Obwohl im Revier fast nur Kohle und Stahl- und Eisenindustrie und deren vor- und nachgelagerte Unternehmen angesiedelt sind, bricht mit dem Untergang des Stahlsektors im Ruhrgebiet die Regionalkrise aus.

Der Absatzrückgang bei ansteigenden Überkapazitäten führt zu einem verschärften internationalen Konkurrenzkampf, mit der Folge eines rapiden Preiseinbruches. Dieser Konkurrenzkampf und die Preisentwicklung werden dabei wesentlich durch die überlegene japanische Eisen- und Stahlindustrie geprägt. Der erhebliche Produktivitätsvorsprung der japanischen Stahlproduktion resultiert aus der hohen Standort- und Kapitalkonzentration und dem technologischen Vorsprung. So braucht man in Japan zu dieser Zeit pro Tonne Fertigerzeugnis:

8% weniger Rohstahl - 28% weniger Energie - 50% weniger Arbeitszeit pro Mann

- Das entspricht einem Kostenvorteil von 15 bis 20% pro Tonne. -

Die Ölkrise belebt zwar nur kurzfristig den Kohlenabsatz, sorgt aber dafür, dass die Kohle als nationale Energiereserve für Notfälle weiter Vorrang genießt. Diese Priorität ist schon 1968 im "Hüttenvertrag" zum Ausdruck gekommen, der die Koksproduktion für die Eisenhütten subventioniert. 1975 wird der "Jahrhundertvertrag" geschlossen, der mittels einer Zwangsabgabe auf den Strompreis (Kohlepfennig) die Kohlenverstromung bis zum Ende des Jahrhunderts sichern soll.

Bis zum Beginn der 70er Jahre bleibt die Eisenhütten-Industrie von der Krise verschont. Die Auftragsbücher sind voll, die Gewinne enorm. Keiner der traditionellen Standorte ist völlig aufgegeben worden. Trotzdem ziehen Sturmwolken am internationalen Markt auf, die von den Verantwortlichen nicht richtig gedeutet werden: Seit dem Ende der 50er Jahre haben die Lieferungen von Hüttenwerken in Länder der Dritten Welt einen erheblichen Umfang angenommen. Die Billig-Stahl-Anbieter aus den Ostblockländern und aus Asien machen den deutschen Produzenten das Leben schwer (ROGGENDORF, VOLMERICH 2001).

Diese Staaten sind dabei, die Schwelle zum Industriestaat zu überschreiten, und sich auf dem internationalen Stahlmarkt als Konkurrenten zu etablieren. Dazu hat die chemische Industrie in den letzten Jahren eine große Zahl hochfester und leichter Kunststoffe entwickelt, die in der Lage sind, Stahl in verschiedenen Bereichen der Autoindustrie zu ersetzen. Es geht plötzlich bergab, als die genannten Faktoren am Markt greifen.

1972 schließt als erste Eisenhütte die Klöckner-Hütte in Hagen-Haspe. 1974 ist die Talfahrt nicht mehr zu bremsen. Die sich verschlechternde Weltkonjunktur bringt das Ruhrgebiet in eine äußerst prekäre Lage: Produzieren im Revier Mitte der 70er Jahre noch 20 selbständige Hüttenwerke, sind es 1988 nur noch acht. Von diesen bieten nur noch vier die ganze Produktlinie vom Roheisen bis zum Fertigprodukt an. Die Zahl der Hochöfen hat sich in diesem Zeitraum halbiert, die Produktion geht in nur einem Jahr von 1974 bis 1975 von ca. 40 auf ca. 30 Millionen Tonnen Stahl zurück; bis 1988 wird sie nochmals um weitere 12 Millionen Tonnen schrumpfen. Die Zahl der Beschäftigten halbiert sich von 283.000 auf 157.000.

### **4.3 Neue Technologien**

Diese gewaltigen Veränderungen wirken sich auch technologisch aus. Als einzige Chance am Weltmarkt verbleibt der Stahlindustrie, hochwertigen Stahl zu erzeugen und zu veredeln.



folgenden Jahren wird das gesamte Gelände fast komplett abgeräumt. Im Laufe des Jahres 2000 werden das Stahlwerk und die beiden Großhochöfen gesprengt



**Abb.6: Sprengung eines Hochofens**

## **6. Die Zeit von 1990-1999**

*„ThyssenKrupp bläst am Wochenende den letzten Hochofen aus und läutet damit nach 160 Jahren das Ende der Eisen- und Stahlproduktion in der Stadt ein. Kohle wird schon seit 1987 nicht mehr gefördert. Am 28. April ist die letzte Schmelze. Das Roheisen glüht zum letzten Mal auf. Dann geht der Hochofen auf der Westfalenhütte aus, und die Fackel im Stahlwerk Phoenix in Hörde erlischt. Durch die Schließung der Betriebsteile verlieren 880 Menschen ihre Arbeit. 2000 Stellen wurden bereits in der Vergangenheit abgebaut.“*

(ROGGENDORF, VOLMERICH 2001)

Schon heute pendeln Hunderte von Belegschafts-Mitgliedern täglich zwischen Duisburg und Dortmund. Dabei ist Stahl bei Thyssen Krupp dank neuer Konzepte so robust und stark geworden, dass es den Konzernherren lohnend erscheint, nun wieder voll auf dieses Pferd mit großer Vergangenheit zu setzen. Bei der Herstellung von Eisen und Stahl entschied sich der Konzern allerdings gegen Dortmund - und für Duisburg. Die Stadt ist heute Heimat der drei integrierten Thyssen Krupp Hütten, damit Europas modernster Stahlstandort. Dortmund übernimmt die Rolle einer Handels- und Servicezentrale. Hier betreibt Thyssen Schulte Europas modernstes Lager für Edelstahl und Nicht-Eisenmetalle. Im Dezember 2000 wurde das Dortmunder Oberflächenzentrum eröffnet. Es ist europaweit das größte Forschungszentrum - 9000 Quadratmeter für 40 Mio. DM - für die Veredelung von

Flachstahl-Oberflächen. Auf der Westfalenhütte bleibt zudem das Kaltwalzwerk erhalten. Noch in diesem Jahr soll die Feuerbeschichtungsanlage ihre Produktion aufnehmen.

## **7. Fazit**

Der Stahl war in der 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre ein Anbietermarkt; die Nachfrage überschritt das entsprechende Angebot. Diese Konstellation kehrte sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre um. Aus einem Mangel an Stahl wurde ein Überschuß. Der drastische Rückgang der Stahlnachfrage war von einem Verfall der Preise begleitet, während Verteuerung bei Kohle und Erzen sowie Lohnerhöhungen die Kostenseite belasteten. Dieser negative Trend setzte sich in den folgenden Jahren fort. Am Anfang des neuen Jahrtausend, nach 160jähriger Tradition, stirbt die Produktion von Eisen und Stahl im Ruhrgebiet.

Um zu überleben, muß das Ruhrgebiet für sich neue Horizonte entdecken.

## **8. Quellenverzeichnis**

DEGE, W. & DEGE, W. (1980): Das Ruhrgebiet. 2 Aufl. Kiel

EKEY, H.-F. & SCHWICKERT, Y. (1982): Analyse der sektoralen Entwicklung im Ruhrgebiet. Kommunalverband Ruhrgebiet

HAMN, R., KAMPMANN, R. & WIENERT, H. (1993): Abbau und Aufbau - Eine Zwischenbilanz des Wandels an der Ruhr. RUFIS Nr. 4/1993

ROGGENDORF, A. & VORMERICH, O. (30.04.2001): Der letzte Hochofen – das Ende einer Ära in Dortmund. URL: <http://www.westline.de/news/serie/files/derletztehochofen.pdf> - Seite 3 von 9

### WEITERE QUELLEN:

<http://home.arcor.de/thomas.imgrund/rheinhausen/r>

<http://seniorweb.uni-bonn.de/oberhaus/sonderausgabe/ende.htm>

[www.dubtown.de/ruhrstory.htm](http://www.dubtown.de/ruhrstory.htm)

[www.fh-pforzheim.de/fb11/vwl/anspahpartner/wienert/veroeffentlichung.htm-57k](http://www.fh-pforzheim.de/fb11/vwl/anspahpartner/wienert/veroeffentlichung.htm-57k)

[www.fotodesignliedtke.de/foto\\_seite.stahlindustrie.html](http://www.fotodesignliedtke.de/foto_seite.stahlindustrie.html)

[www.nrw.de/landnrw/nwrlexstahl.htm](http://www.nrw.de/landnrw/nwrlexstahl.htm)

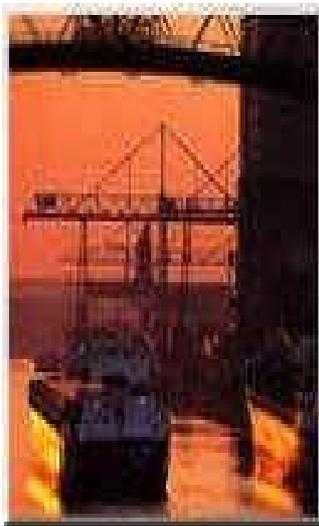
# Der Duisburger Binnenhafen

*Jan-Patrick Witte*



<b>1. Einleitung</b> .....	<b>76</b>
<b>2. Chronologischer Ablauf der Entwicklung der Region an der Rhein-Ruhr-Mündung</b>	<b>76</b>
<b>2.1 Beginn des 18. Jahrhunderts</b> .....	<b>77</b>
<b>2.2 1900 - 1905</b> .....	<b>78</b>
<b>2.3 1903 –1908</b> .....	<b>78</b>
<b>2.4 Nach dem zweiten Weltkrieg</b> .....	<b>78</b>
<b>3. Fakten und Daten des Duisburger Binnenhafens</b> .....	<b>79</b>
<b>4. Quellenverzeichnis:</b> .....	<b>81</b>

## **1. Einleitung**



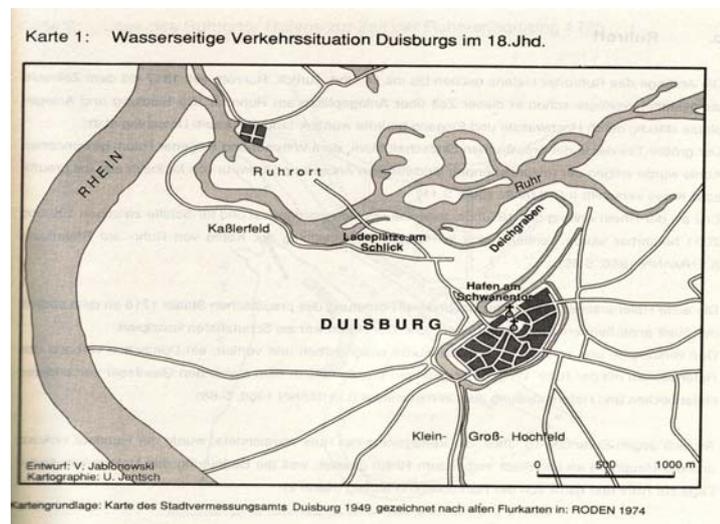
Der Duisburger Binnenhafen liegt an der Mündung der Ruhr in den Rhein, 770km von Basel und 250km von der Nordsee entfernt. Seit März 2000 wird der Rhein-Ruhr Hafen Duisburg international durch die Duisburger Hafen AG unter dem Namen Duisport beworben, womit dem Standort Duisburg ein neues Image gegeben werden soll. Die besondere Lage im Schnittpunkt der Entwicklungsachsen zwischen London und Mailand sowie von Paris über Berlin nach Moskau ist ein entscheidender Standortvorteil im Vergleich zu anderen (Binnen-) Häfen nicht nur in Europa. Der Logistikstandort Duisburg gehört heute damit zu

den bedeutendsten europäischen Verkehrsdrehscheiben für europa- und weltweit agierende Unternehmen. Duisburg ist damit das logistische Tor zur Rhein-Ruhr-Region, dem größten Wirtschaftsraum in Europa.

## **2. Chronologischer Ablauf der Entwicklung der Region an der Rhein-Ruhr-Mündung**

## 2.1 Beginn des 18. Jahrhunderts

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren die großen Ströme Rhein und Ruhr noch durch die Unwägbarkeiten der natürlichen Verhältnisse bestimmt. Unruhiges Wasser und winterlicher Eisgang machten den hiesigen Schiffern schwer zu schaffen, so daß ihre Klagen über unzureichenden Schutz ihrer wertvollen Schiffe und Waren beständig zunahmen. Der Bau eines Hafens würde diese Umstände verbessern und auch wesentlich zu einer Belebung des Handels beitragen. Folgerichtig beschloß der Ruhrorter Magistrat bereits am 13. August 1715 die Errichtung eines befestigten Ankerplatzes.



**Karte 1**

Quelle: JABLONOWSKI 1993: 17

Durch Handel und Schifffahrt begann auf den rheinischen Flüssen eine stetige Aufwärtsentwicklung, die für Ruhrort unter anderem auf die Zunahme des Schiffbaus und den Beginn des Kohlehandels zurückzuführen war. Holzlagerplätze, Kohlemagazine und die ersten Packhäuser wurden errichtet. Der Staat Preußen übernimmt um ca. 1756 als "Ruhrfiskus" den Hafen. In den folgenden Jahrzehnten, insbesondere unter Ludwig Freiherr von Vincke als Oberpräsident der Provinz Westfalen und Ruhrschniffahrtsdirektor, wird er kontinuierlich ausgebaut. Die Schiffbarmachung der Ruhr bis Herdecke ließ den Kohleverkehr sprunghaft ansteigen und eine fortlaufende Anpassung der Hafenanlagen an die sich verändernden Wirtschaftsbedingungen erschien Ausgangs des 18. Jahrhunderts immer wichtiger. In mehreren Phasen vollzog man den Hafenausbau: 1825 wurde der "Inselhafen", später "Alter Hafen" genannt, fertiggestellt. Die Errichtung des 1000 Meter langen Schleusenhafens datiert aus den Jahren 1837 bis 1842 vergrößerte die Hafenfläche auf insgesamt 11,7 Hektar.

In der benachbarten Stadt Duisburg entstehen auf Privatinitiative der dort ansässigen Kaufleute in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Außen- und der Innenhafen. Beide Häfen werden 1889 von der Stadt übernommen. Infolge des Anschlusses an Eisenbahnlinien sowie der aufblühenden Eisen- und Stahlindustrie treiben Ruhrort und Duisburg den Ausbau ihrer Häfen weiter voran. Ein harter Konkurrenzkampf bahnt sich an. Von der Jahrhundertwende bis zur Geburtsstunde der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG

## **2.2 1900 - 1905**

Duisburg beginnt mit dem Bau des "Hafen Rheinau". Auf Neuenkamper Gebiet sollen drei neue großdimensionierte Hafenbecken mit eigenem Anschluss an den Rhein entstehen. Ruhrort plant ebenfalls eine erhebliche Ausweitung seiner Hafenanlagen

([http://www.duisport.de/texte/02/02\\_4.htm](http://www.duisport.de/texte/02/02_4.htm))

## **2.3 1903 –1908**

Der Hafenkanal mit den Hafenbecken A, B und C sowie der Bahnhof "Duisburg-Ruhrort-Hafen neu" werden angelegt. Der Hafenkanal dient auch als Zufahrt zu dem seit 1906 im Bau befindlichen Rhein-Herne-Kanal.

([http://www.duisport.de/texte/02/02\\_4.htm](http://www.duisport.de/texte/02/02_4.htm))

## **2.4 Nach dem zweiten Weltkrieg**

Erst im Jahre 1950 setzte der eigentliche Wiederaufbau der Anlagen ein. Mit der rasanten Wirtschaftsentwicklung der jungen Bundesrepublik ging eine grundlegende Erneuerung traditioneller Transportkapazitäten wie Schiff, Bahn und Straße einher. Der Warenumsatz im Duisburger Hafen nahm bei hohen Wachstumsraten kontinuierlich zu. In den sechziger Jahren löste der Energieträger Mineralöl die altbewährte Kohle zunehmend ab, so daß die Installation von Rohöl-Pipelines zwischen den Ruhrorter Häfen und den Raffinerien des Ruhrgebietes erforderlich wurde. 1965 rangierten Mineralölprodukte nach dem Erz und vor der Kohle an zweiter Stelle der wichtigsten Umschlaggüter. Weiter folgten Eisen, Stahl, Kies, Sand, Schrott und Getreide. Der seit den siebziger Jahren erkennbar gewordene Bedeutungsverlust von Kohle und Stahl zwang die Verantwortlichen, nach neuen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung für Stadt und Hafen zu suchen. Zurückgehender Massengutumsatz einerseits und steigender Stück- und Schwergutverkehr andererseits setzten den Rahmen. Große Chancen lagen in der Entwicklung des Hafens zum multifunktionalen Dienstleistungszentrum. Sichtbarer Ausdruck des fortschreitenden

Strukturwandels war die Zunahme des bis dahin eher unbedeutenden Containerverkehrs. Moderne Terminals wurden errichtet und der Rhein-See-Verkehr erlebte einen ungeahnten Aufschwung. Mit dem Ankauf eines rund 265 ha großen Areal der ehemaligen Krupp-Hütte in Rheinhausen in 1998 hat der Hafen die besten Möglichkeiten, ein international bedeutendes Logistikzentrum zu werden. Seit 1990 ist in Duisburg der erste große Freihafen im Binnenland eröffnet worden.

([http://www.nrw2000.de/ausstellung/region/duisburg/duisburg\\_2.htm](http://www.nrw2000.de/ausstellung/region/duisburg/duisburg_2.htm))

### **3. Fakten und Daten des Duisburger Binnenhafens**

Im Zentrum des stärksten europäischen Wirtschaftsraumes mit mehr als 30 Millionen Verbrauchern ist Duisburg heute bedeutendste Handels- und Verkehrsdrehscheibe der Rhein-Ruhr Region und darüber hinaus. In der gesamten Region arbeiten über 300.000 Firmen mit einer Branchenvielfalt, die ihresgleichen sucht.

Kernstücke des Duisburger Hafens sind die öffentlichen Häfen, die aus den Hafengruppen Duisburg, Ruhrort und Hochfeld bestehen. Daneben gibt es noch private Häfen von Großunternehmen wie Thyssen, Krupp/Mannesmann und Haindl-Papier.

Duisburg hat den größten Binnenhafen der Welt und ist zugleich auch ein bedeutender Seehafen, mit einer Entfernung von ungefähr 230km zur offenen See. Mehr als 80 Hafenstandorte in Europa, Afrika und Übersee werden vom Duisburger Hafen aus im direkten Verkehr mit Seeschiffen angelaufen. Der Güterumschlag in dieser Sparte beträgt etwa 2 Mio. Jahrestonnen, mehr als in manchen traditionellen Seehäfen an der Küste.

Im Jahre 1990 wurde der Freihafen Duisburg eröffnet, der ein wichtiger Bestandteil des Rhein-Ruhr Hafens und des Duisburger Strukturwandels ist. Hochwertige Außenhandelsgüter werden hier verbrauchernah gelagert, weiterverarbeitet und für den Versand vorbereitet. Zoll und andere Abgaben fallen erst an, wenn die Ware den Freihafen in Richtung Zollinland verläßt. Der Duisburger Hafen gilt als wichtiger Hinterland-Hub der großen Seehäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen.

*Entsprechend dreht sich im Duisburger Hafen alles um Distribution, Lagerhaltung, Umschlag und Transport. Fast 1.000 ha bieten die öffentlichen Häfen für das Geschäft mit der Logistik. Heute (2001) gibt es 22 Hafenbecken mit über 180 ha Wasserfläche und 40 km Ufer, davon allein 17 Umschlagufer mit Gleisanschluss, die den Umschlag von Gütern aller Art ermöglichen .*

(<http://www.ruhrerlebnis.de/duisburg/duisport.html>)

Die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG verfügt über ein rund 725 ha großes Areal mit modernster Ausstattung.

**Technische Einrichtungen und Dienstleistungen:**

- 2 Container-Terminals
- Roll-on/Roll-off-Anlage (Verbindung Schifffahrt, Straße, Eisenbahn)
- 7 wasserüberkragende Hallen für nässegeschützten Umschlag (überdachte Hafenanlagen)
- Kohlenmisch- und Verladeanlage
- 2 Stahl-Servicecenter für die Bearbeitung von Stahlprodukten
- ca. 325.000 qm überdachte Lagerfläche
- 1,0 Mio. qm Tankraum für Flüssiggüter
- 82 Krananlagen bis 40 t
- 3 Containerbrücken bis 50 t
- 1 Schwimmkran bis 200 t
- 19 Anlagen für Flüssiggutumschlag
- 6 Parallelgleise à 700 m für die gleichzeitige Abfertigung von Ganzzügen
- 2 Portalkräne mit je 48,5 Tragfähigkeit
- stationärer Kran mit 300 t Tragkraft
- erster Freihafen im Binnenland für Lagerung und Bearbeitung hochwertiger Außenhandelsgüter
- Logistikzentren für Zusammenstellung und Distribution von Stückgutsendungen
- Umschlagplatz für Schwer- und Sperrgut

(<http://members.aol.com/stgymgt/duisburg/hafen.htm>)

Tabelle 1 „Güterumschlag 2001 (Schiffs-, Eisenbahn- und Lkw-Verkehr)“ soll einen Überblick über die Dimensionen des Umschlags in Duisburg geben.

Güterumschlag 2001 (Schiffs-, Eisenbahn- und Lkw-Verkehr)		
	Verkehrsaufkommen	Abweichung zum Vorjahr
Güterart	in Mio t	in %

Kohle	5,5	-19
Mineralöle/Chemie	3,0	-2
Steine/Erden/Baustoffe	2,4	+41
Schrott/Sonstige Güter	1,3	-32
Massengut gesamt	12,2	-9
.	.	.
Eisen/Stahl/Ne-Metalle	4,8	+3
Container	3,0	+3
Stückgut gesamt	7,8	+3
.	.	.
Schiffs- & Bahnverkehr	20,0	-5
Lkw-Verkehr	16,3	
Gesamtumschlag	36,3	

**Tabelle 1**

Quelle: [http://www.duisport.de/texte/05/05\\_frm.htm](http://www.duisport.de/texte/05/05_frm.htm)

#### 4. Quellenverzeichnis:

JABLONOWSKI, V. (1993): Güterverkehrszentrum Duisburg

##### WEITERE QUELLEN:

<http://members.aol.com/stgymgt/duisburg/hafen.htm>

[http://www.duisport.de/texte/02/02\\_4.htm](http://www.duisport.de/texte/02/02_4.htm)

[http://www.duisport.de/texte/05/05\\_frm.htm](http://www.duisport.de/texte/05/05_frm.htm)

[http://www.nrw2000.de/ausstellung/region/duisburg/duisburg\\_2.htm](http://www.nrw2000.de/ausstellung/region/duisburg/duisburg_2.htm)

<http://www.ruhrerlebnis.de/duisburg/duisport.html>

# Der Landschaftspark Duisburg-Nord

*Tobias Rother*



<b>1. Einleitung</b> .....	<b>82</b>
<b>2. Der Landschaftspark Duisburg–Nord – Entstehungsgeschichte</b> .....	<b>83</b>
<b>3. Lage des Landschaftsparks</b> .....	<b>83</b>
<b>4. Eigentümer und allgemeine Planziele</b> .....	<b>83</b>
<b>5. Kurze Darstellung der Leitideen</b> .....	<b>84</b>
<b>6. Finanzierung des Landschaftsparks</b> .....	<b>86</b>
<b>7. Die verschiedenen Entwicklungsbereiche</b> .....	<b>86</b>
<b>8. Exkurs: Bürgerinteressen</b> .....	<b>89</b>
<b>9. Ausgewählte Freizeitattraktionen aus dem Landschaftspark Duisburg-Nord</b> .....	<b>90</b>
<b>10. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>91</b>

## **1. Einleitung**

Der Landschaftspark Duisburg – Nord ist Teil der auf 10 Jahre angelegten Internationalen Bauausstellung (IBA, von 1989 - 1999) „Emscher Park“. An der IBA beteiligten sich alle Städte und zwei Gemeinden der Emscherregion sowie der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), der heute den noch bestehenden Projekten als Dachverband dient.

Der Leitgedanke des Projekts Landschaftspark Duisburg-Nord ist der flächenübergreifende Wiederaufbau und die Vernetzung von Landschaft auf den Flächen alter Industriegelände innerhalb des Ruhrgebiets. Das darzustellende Teilprojekt „Landschaftspark Duisburg-Nord“ hat demnach den Zweck, zur Standort- und Imageverbesserung der ehemaligen Bergbauregion beizutragen.

Bei einem Landschaftspark handelt es sich in erster Linie um ein Naherholungsgebiet, das entweder natürlich oder anthropogen entstanden ist. Das Projekt soll großräumig demonstrieren, mit welchen Gestaltungsprinzipien und Attraktionen ein Landschaftspark auf einer Industriebrache inmitten einer Stadtlandschaft entstehen kann und gleichzeitig Bezug

auf seine ehemalige Nutzung nimmt. Die Projektbetreiber haben es sich weiterhin zum Ziel gesetzt, einen neuen Typus Park zu schaffen, um somit eine Imageverbesserung der Region herbeizuführen. (REIß-SCHMIDT 1994; LÜTTMANN/SCHWARZ 1997)

## **2. Der Landschaftspark Duisburg–Nord – Entstehungsgeschichte**

Die Idee zur Umgestaltung des Parks muss in Verbindung mit der Schaffung von Gewerbeflächen in Duisburg–Asterlagen gesehen werden. Da dort ökologisch wertvolle Flächen erschlossen wurden, wurde das Gebiet des bis 1985 betriebenen Eisenhüttenwerkes Thyssen Meiderich als Ausgleichsfläche gewählt. Die Stadt Duisburg bewarb sich mit der Parkidee unter der Trägerschaft der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein–Westfalens (LEG) und der Thyssen Entsorgungstechnik als IBA–Projekt. Die Idee wurde im Oktober 1989 vom Lenkungsausschuss der IBA angenommen. Die Finanzierung erfolgte größtenteils aus Fördermitteln für den Strukturwandel des Ruhrgebietes (REIß-SCHMIDT 1994; LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **3. Lage des Landschaftsparks**

Das 200 ha-große Projektgebiet liegt im zentralen Norden Duisburgs zwischen den Siedlungsschwerpunkten Hamborn und Meiderich. Charakteristisch für dieses Gebiet ist das historisch gewachsene Durcheinander von Industrie und Wohnen sowie die daraus resultierende dichte Bebauung und der Mangel an Freiflächen. Die Industrieflächen, die sich im übrigen Stadtgebiet in Nord- Südrichtung längs des Rheines entwickelt hatten, haben sich hier zusätzlich in West–Ost–Richtung im Verlauf der Emscherniederung ausgebreitet.

Auf dem Gebiet des heutigen Landschaftsparks wurde wie schon erwähnt von der Thyssen AG Eisen bis 1985 verhüttet. Die Strukturkrise der Eisen- und Stahlindustrie hat die Stahlstadt Duisburg besonders hart getroffen. Jedoch stellt die großflächige Industriebrache ein unterschätztes Entwicklungspotenzial für den Duisburger Norden dar (REIß-SCHMIDT 1994; LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **4. Eigentümer und allgemeine Planziele**

Nicht alle Projekte der IBA haben sich im nachhinein rentiert. Der Landschaftspark Duisburg–Nord hingegen ist ein erfolgreiches Beispiel für eine langfristig angelegte Planung, die nicht auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet war. Ausschlaggebend für die Weiterführung und - entwicklung des Parkkonzepts waren die positive Entscheidung des IBA–

Lenkungsausschusses und die Bewilligung öffentlicher Zuschüsse. Wahrscheinlich von noch größerer Bedeutung war für das weitere Bestehen des Parks die erfolgreiche Suche nach Projektträgern – ein Problem, dass für viele Projekte mit dem Ende der IBA 1999 das Aus bedeutete. Die Eigentümersituation ist was den Landschaftspark Duisburg–Nord angeht allerdings günstig. Der Großteil der Flächen verteilt sich auf drei Eigentümer:

1. Arbeitsgemeinschaft Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)
2. Thyssen Union
3. Stadt Duisburg

Für den Projektbereich hat die Stadt Duisburg folgende Zielvorstellungen formuliert:

- Oberstes Ziel ist es, die Standort- und Imagesituation im Duisburger Norden durch die Schaffung eines großen zusammenhängenden Landschaftsparks zu verbessern.
- Planungsprinzip ist die behutsame Raumsanierung, die Rücksicht auf die vorhandenen Strukturen nehmen soll.
- Auf die Vernetzung mit anderen bestehenden IBA–Projekten, Siedlungsbereichen und Grün- und Freiflächen ist besonders zu beachten.

Der Flächennutzungs- und der Gebietsentwicklungsplan für die Region Duisburg – Nord sind geändert worden und bereits 1985 in eine beschlossene Freiraumkonzeption Meiderich/Hamborn eingegangen. In dieser war vorgesehen, auf der ehemaligen Industriefläche zwischen den beiden erwähnten Siedlungsschwerpunkten einen Grünzug auszubilden, der den Zwischenraum vom „Grünen Entwicklungsband Rhein“ im Westen bis zum „Regionalen Grünzug“ im Osten überbrücken sollte (REIß-SCHMIDT 1994; LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **5. Kurze Darstellung der Leitideen**

Im Rahmen der IBA wurde vorab ein Wettbewerbsverfahren unter der Suchvokabel „Landschaftspark“ ausgestellt. Es bildeten sich fünf Planungsteams heraus, von denen sich das Konzept von *Latz und Partner* (Freising) durchsetzte. Die Teams mussten sich verpflichten während der Zeit der halbjährigen Planungsarbeit vor Ort zu sein und sich dabei intensiv mit den am Planungsgeschehen beteiligten Bürgergruppen auseinander zusetzen. Die

Vorgaben der Planer hingen eng mit den Gegebenheiten des Ortes zusammen. Dies waren vor allem:

- die Situation der Altlasten
- die ruderale Vegetation und die Gewässersituation
- das große auf dem Areal befindliche Gebäude des ehemaligen Hochofenwerks
- die Anforderungen der Bürger

Die Realisierung des Landschaftsparks erfolgte in Teilebenen, wobei die Fertigstellung für das Jahr 1999 anvisiert wurde. Das Ergebnis des vorangegangenen Wettbewerbsverfahren stellte sehr unterschiedliche Ergebnisse dar. Die Entwicklungs- und planerischen Lösungsmöglichkeiten reichten von einer sehr behutsamen Vorgehensweise unter weitgehender Berücksichtigung vorhandener Strukturen, Spuren und Elemente der verlassenen Industrieflächen (Team Latz) bis hin zu einer vollkommen artifiziellen Überformung des Geländes mit neuen Formen und Bedeutungsinhalten (Team Lassus).

Wie schon erwähnt setzte sich die Idee des Teams Latz und Partner durch, das die vorhandenen Strukturen erhalten wollte. Das Konzept des Teams bewegt sich um eine Synthese von flächen- und linienhaften Entwicklungsebenen. Durch die verschiedenartige Nutzung des Raumes in der Vergangenheit entstanden kleinräumige „Naturbilder“, von denen man auch noch heute auf die jeweiligen industriellen Zeitabschnitte, wie beispielsweise bäuerliche und industrielle Produktion, schließen kann. Unter Berücksichtigung dieser in der Landschaft manifestierten Zeitdenkmäler soll dem Landschaftspark eine verbindende Funktion dieser Elemente zuteil werden. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes ist also der Hauptbestandteil des planerischen Konzeptes und erhöht folglich das Verständnis für einen neuen Naturbegriff.

Die verschiedenen Teilbereiche werden durch ein schon größtenteils vorhandenes übergeordnetes Ordnungssystem (Straßen, Kanäle, Dämme und Siedlungsränder) miteinander verbunden und somit in ihrer Charakteristik bestärkt. Die Vegetationsbestände werden, je nach dem, wie gerade die Industrielandschaft beschaffen und interpretiert wird, unterschiedlich gestaltet. Dabei soll reines, ehemals stark verschmutztes Emscherwasser eine wichtige Rolle spielen und als ein Symbol für Natur dienen.

Die zahlreichen vorhandenen Bahnlinien sollen als Wegesystem für Personen und Lasten (mobile Cafes, Toiletten, Wartungsanlagen) erhalten bleiben. Durch die Nutzung der bestehenden Strukturen wird das Eingreifen in hochbelastete Bodenschichten vermieden.

Der Landschaftspark verfügt außerdem über mehrere Gärten, die unterschiedliche Funktionen ausüben. Bestimmte Assoziationen zu diversen Themen sollen beispielsweise die Symbolgärten hervorrufen, während die Aussichtsgärten eine spezielle Sicht ermöglichen sollen. Die Grünanlagen sollen also jeweils die Räume unterschiedlich interpretieren. Geplant ist auch die Anlegung von exotischen Pflanzenkulturen, die an Gärten des früheren Hochadels, in denen Pflanzen aus fremden Kontinenten zur Schau gestellt wurden, erinnern sollen. Die an den Rändern des Parks liegenden Vorgärten nehmen siedlungsbezogene Nutzungen auf (stadteilbezogene Frei- und Grünflächen, Sportflächen, Kleingärten) und halten diese damit aus dem eigentlichen Parkgebiet heraus.

Die industriellen Gebäudekomplexe sollen größtenteils erhalten bleiben und nur die baufälligen Anlagen abgerissen werden. Die Hochhöfen, nunmehr Orte der Ruhe, bleiben erhalten, wobei einer als Aussichtsturm dienen soll. Weitere Hochhöfen werden dem kontrollierten Verfall und Überwucherung durch Vegetation preisgegeben. Die Brücken dienen weiterhin als Verbindung zwischen den Parkteilen und zeugen mit ihrer Präsenz für die frühere industrielle Nutzung.

Im Zuge der Realisierung des Parks war es geplant, Langzeitarbeitslose durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Fertigstellungsarbeiten zu qualifizieren, worüber in der Literatur leider kein rückschlüssiger Vermerk zu finden war (LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **6. Finanzierung des Landschaftsparks**

Die Finanzierung des Nordparks ist in zwei Zeitabschnitte unterteilt. Von 1993 – 1996 erfolgte die Finanzierung aus den Mitteln des „Handlungsrahmens für die Kohlegebiete“ (HRK, insgesamt 40 Mio. DM) sowie des „Ökologieprogramms Emscher–Lippe“ (ÖPEL, insgesamt 33,34 DM). Im Zeitraum von 1996 – 1999 sollte sich die Finanzierung wiederum aus ÖPEL–Mitteln (13,5 Mio. DM) und Zuschüssen der Städtebauförderung (8,5 Mio. DM) erfolgen. Bis zum Ende der für 10 Jahre angesetzte IBA–Emscher Park–Ausstellung sollen somit für den Landschaftspark Aufwendungen von insgesamt 95,34 Mio. DM getätigt werden. Über die Finanzierung nach 1999 habe ich keine Angaben gefunden (LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **7. Die verschiedenen Entwicklungsbereiche**

*Entwicklungsbereich 1: Flächenareal am Ingenhammshof*

Das Gelände des Ingenhammshof wurde bereits seit dem Mittelalter landwirtschaftlich genutzt. In der Umgebung gab es außerdem noch weitere Höfe, die im Zuge der Industrialisierung jedoch aufgegeben werden mussten. Die kleinbäuerliche Kulturlandschaft, die das Ruhrgebiet vielerorts prägte, musste den Bergbaubetrieben weichen.

Der Ingenhammshof selber blieb allerdings im direkten Nebeneinander mit den Industriebetrieben erhalten und versorgte zu Beginn des Hüttenwerksbetriebes die Arbeiter mit hofeigenen Erzeugnissen.

Teile der Ackerflächen sind mittlerweile in kleinparzellierte Wiesen umgewandelt worden. Der Hof unterhält weiterhin 6 Hektar bewirtschaftete Weiden und Äcker. Weiterhin befinden sich in diesem Bereich Ställe und Schulungsräume. Das alte Hofgebäude wurde zu einer Hofgaststätte umgebaut. Außerdem gibt es einen großen Bauergarten, der von Schulklassen angelegt wurde. Ein Aussichtspunkt, das sogenannte Picknickwäldchen am Verbindungsweg zum Hüttenwerk, bietet zudem einen Ausblick auf die beschriebenen Anlagen.

#### *Entwicklungsbereich 2: Ehemalige Masselgießerei/ Manganeisenlager*

Dieser Bereich war zu der Zeit des Wettbewerbsverfahren noch im Betrieb und wurde erst 1993 aufgegeben. In einem großen östlichen Teil des Areals befinden sich die technischen Anlagen als auch die breitaufgefächerten Gleisanlagen. In diesem Bereich sind Bedarfsparkplätze entstanden. Außerdem ist ein Aussichtsturm errichtet worden.

#### *Entwicklungsbereich 3A: Sinteranlage*

Der Großteil der Anlage wurde Anfang der 90'er Jahre abgerissen, nur einzelne Bauteile, wie die Erzbunker und das Kaminfundament sind erhalten geblieben. Die Halden und Lärmschutzwälle sind begehbar gemacht worden. Auf den ehemaligen Produktionsflächen sind heute eine Fülle von Gärten und Hainen zu sehen. Auf den Konturen der ehemaligen Sinteranlagen sind Hochbeete errichtet worden und zeichnen den Grundriss des ehemaligen Bauwerks nach. Die Bepflanzung hebt sich in diesem Bereich deutlich durch ihre intensive Pflege zu den Pflanzen außerhalb dieser Zone ab. Außerdem verfügt dieser Bereich über ein Freilufttheater.

#### *Entwicklungsbereich 3B: Hüttenwerk:*

Der Bereich des Hüttenwerkes markiert das Zentrum des Parks und wurde als erstes realisiert. Hier lokalisiert sich die höchste Nutzungsdichte sowie die zentrumsnahen Attraktionen

(Kletterplatz, großer Kinderspielplatz, Möblierung, farbige Beleuchtung am Abend, etliche Wasserpfade, Rasenflächen, begehrter Hochofen 5).

#### *Entwicklungsbereich 3C: Vorpark Meiderich*

In diesem Bereich befinden sich siedlungsbezogene Freiluftflächen, die zum Verweilen unter lichten Baumbestand einladen. Weiterhin gibt es Spielmöglichkeiten für Kinder.

#### *Entwicklungsbereich 4: Nördliche Thyssen – Gießerei*

Die Fläche unterliegt insbesondere der Planung Thyssens. Ein Wassergarten liefert hier die Hauptattraktion.

#### *Entwicklungsbereich 5: Ernstmannshof*

In diesem Bereich wurden Promenaden geschaffen, um die Stadtteile Untermeiderich und Althamborn zu verbinden. Auf der Hochpromenade sind Aussichtsplätze geschaffen worden.

#### *Entwicklungsbereich 6A: Schachtanlage*

Dieser Bereich ist besonders für die Landschaftserhaltung vorgesehen; eine funktionale Nutzung ist in diesem Bereich nicht geplant. Weiterhin sind gute Aussichtspositionen an bestimmten Plätzen über Zechen- und Kokereigelände gegeben.

#### *Entwicklungsbereich 6B: Kokereigelände*

Für diesen Bereich ist ebenfalls der Erhalt des Vegetationsbestandes vorgesehen.

#### *Entwicklungsbereich 6C: Hamborner Straße*

Das Gelände wird teilweise noch gewerblich genutzt (Stand 1997) und soll, da größere Vegetationsbestände nicht vorhanden sind, durch eine bessere Gliederung funktionaler genutzt werden können. Geplant sind beispielbare Flächen sowie Parkmöglichkeiten, wobei die Grünflächen auch für diverse Veranstaltungen vorgesehen werden. Die nördlichen und südlichen Teilflächen werden bereits dementsprechend verwendet.

#### *Entwicklungsbereich 7: Ehemaliger Güterbahnhof*

Es wird versucht die gewerblichen Aktivitäten auf diesen Raum zu konzentrieren. Die Gewerbegebiete sollen in diesem Bereich zusammengefasst werden. Öffentliche Flächen sind

bisher nur im Bereich des „Grünen Pfads“ geschaffen worden, der sich durch das gesamte Parkgebiet zieht. Ansonsten soll die Vegetation auf den übrigen Flächen erhalten bleiben (LÜTTMANN/SCHWARZ 1997).

## **8. Exkurs: Bürgerinteressen**

Die Beteiligung der Bürger am Landschaftspark Duisburg-Nord ist innerhalb des Planungskonzeptes festgeschrieben. Insbesondere 1988 schlossen sich verschiedene Vereine, Gruppen, Initiativen sowie Anwohner und ehemalige Werksangehörige zur „Interessengemeinschaft Nordpark“ (IG) zusammen und beteiligen sich seither an dem Planungsprozess. Ihr Ziel war und ist es, den Planern eine bürgernahe Nutzung des Parks näher zubringen. Die Initiative setzt sich insbesondere für den Erhalt der Hochöfenanlagen sowie für die ökologische Gestaltung und Anbindung des Parks ein. Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz), welcher 1993 die naturkundlichen Führungen seinerseits in dem Landschaftspark einstellte, lehnt die Planungen der LEG grundsätzlich ab. An dieser Stelle setzt auch die Kritik der IG an, die gleichfalls wie der BUND kritisiert, dass ein echter Naturschutz im Landschaftspark nicht stattfindet, obwohl die IBA–Emscher Park öffentlich mit einer „ökologischen Erneuerung“ wirbt. Vielmehr sei aber das Gegenteil der Fall, monieren beide Interessenverbände, weil innerhalb des Parks keinerlei Flächen nur für den Naturschutz ausgewiesen sind. So wird nach Meinung der LEG und des BUND's das ökologische Potenzial des Nordparks durch eine misslungene Planung oder anders gewichtete Interessen (z.B. wirtschaftliche) bei weitem nicht ausgeschöpft. IG und BUND sind sich einig, dass der Erhalt der Ökosysteme selbst bei intensivster Besuchernutzung durch unterstützende anthropogene Eingriffe im Kernbereich des Parks möglich gewesen wären. Die Einstellung der naturkundlichen Führungen und der Ausstieg aus dem Nordpark–Projekt hat laut des BUND–Duisburgs vor allem folgende Gründe:

- „Zu keiner Zeit hat es eine ernsthafte Beteiligung des ehrenamtlichen Naturschutzes im Projekt Landschaftspark Duisburg–Nord gegeben.
- Der Naturschutz spielt bei den Planungen keine nennenswerte Rolle, ästhetische Aspekte dominieren jede Maßnahme.
- Bei der Ausführung der Planung fehlt es an Berücksichtigung ökologischen Gedankenguts.
- Die Idee eines Ökologie–Zentrums im Landschaftspark Duisburg–Nord wurde von der Stadt zunichte gemacht.“

(BUND 1994; LÜTTMANN/ SCHWARZ 1997)

## **9. Ausgewählte Freizeitattraktionen aus dem Landschaftspark Duisburg-Nord**

### *Der Lehrbauernhof Ingenhammshof*

Das Teilprojekt Lernbauernhof wurde 1992 von der Stadt Duisburg genehmigt. Zuvor hatte der Abriss des Hofes gedroht. Duisburger Schulen, Kindergärten, Kinder- und Freizeiteinrichtungen erhalten hier seit dem die Möglichkeit, in einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb die Arbeitsläufe eines Bauernhofes mitzerleben und selbst aktiv zu gestalten. Durchgeführt werden können beispielsweise Unterrichtseinheiten oder Arbeitsgemeinschaften, als Ergänzung zum theoretisch ausgerichteten Unterricht an Schulen. Außerdem verfügt der Hof über genügend Platz für Schul- und Klassenfeste. Der Hof wird aber nicht nur von Schulen genutzt, denn es treffen sich hier Gruppen aller Art: Behindertengruppen, Frauenvereinigungen, Gruppen türkischer Rentner, ... . Zudem kommt eine Reihe klassischer Feste (Schlachtfest, Dreschfest, Erntefest).

### *Erlebnis für Taucher und Kletterer*

Ein Zusammenschluss mehrerer erfahrener Taucher hatte die Idee, den Gasometer zu überfluten und umzugestalten. Vorher hatten sie schon in alten Kabelschächten getaucht und so waren einfach fasziniert von diesem Gelände: Industrieanlagen unter Wasser, so etwas gibt es bis jetzt nur einmal. Ein weiterer Grund für die Überflutung des Gasometers war die Tatsache, dass es in der Umgebung nur wenige Schwimmbäder gibt, die für Taucher attraktiv sind. Das Tauchbecken im Landschaftspark verfügt über eine Tiefe von 13 m. In der Unterwasserlandschaft befinden sich Autowracks und ein altes Boot.

Eine weitere Attraktion, die viele Besucher anlockt, sind die sogenannten „Duisburger Alpen“. Der deutsche Alpenverein, welcher in Duisburg mittlerweile 2.500 Mitglieder zählt, begann 1990 verschiedene Industriefassaden für seine Zwecke umzugestalten.

### *Events in der Krafthalle*

Mehrere Gebäude des alten Hüttenwerks wurden umfunktioniert und bieten nun Möglichkeiten für verschiedenste In- und Outdoor - Veranstaltungen. Die Kraftzentrale ist eine ehemalige Industriehalle, die heute, je nach Veranstaltungstyp, 500 bis 6.000 Gästen Platz bietet.

### *Spektakuläre Lichtinszenierungen*

Die große Bedeutung des Parks als Tourismusmagnet ist u.a. dem britischen Lichtkünstler Jonathan Parks zu verdanken. Die spektakulären Lichtinszenierungen gibt es seit 1996. Dabei erscheint das ehemalige Hüttenwerk in den IBA – Farben Blau, Grün und Rot, was durch die spektakulären Licht- und Farbeffekte dazu beitrug, dass der Landschaftspark auch überregional bekannt wurde. Die Inszenierungen sind an Wochenenden und an Feiertagen zu sehen und finden nach Einbruch der Dämmerung statt ([www.Landschaftspark Duisburg-Nord.de](http://www.Landschaftspark-Duisburg-Nord.de))

## 10. Quellenverzeichnis

- BUND (Hrsg.) (1994): BUND – Position zum Landschaftspark Duisburg–Nord. Duisburg
- FORBMANN, J. (1991): Der Landschaftspark Duisburg–Nord – ein Beispiel des Wiederaufbaus von Landschaft. In: IBA Emscher Park, Zukunftswerkstatt für Industrieregionen (S.18–21). Köln
- LATZ U. PARTNER (1993-1996): Landschaftspark Duisburg–Nord (Wasserkonzept, Vegetationskonzept, ...). Duisburg
- LÜTTMANN, M. & SCHWARZ, R. (1997): Der Landschaftspark Duisburg–Nord, In: Jannsen, G. & Strassel, J. (Hrsg.): „Neure Naturinszenierungen (S.105–197). Oldenburg
- REIß-SCHMIDT, ST. (1994): Landschaftspark Duisburg–Nord. In: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung e.V. (SLR (Hrsg.)): Rückblicke – Ausblicke. Ideenwerkstatt zur IBA Emscher Park. (S.69-78). Bochum

### WEITERE QUELLEN:

[www.Cartsen-witte.net](http://www.Cartsen-witte.net)

[www.Landschaftspark Duisburg–Nord.de](http://www.Landschaftspark-Duisburg-Nord.de)

[www.Uni-bochum.de](http://www.Uni-bochum.de)

[www.Uni-duisburg.de](http://www.Uni-duisburg.de)

[www.Uni-essen.de](http://www.Uni-essen.de)

# Die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park

*Nora Wieczorek*

<b>1. Bauausstellungen</b> .....	<b>92</b>
<b>2. Daten und Fakten zur IBA Emscher Park</b> .....	<b>93</b>
<b>3. Arbeitsbereiche</b> .....	<b>95</b>
<b>3.1 Emscher Landschaftspark</b> .....	<b>95</b>
<b>3.2 Umbau des Emscher-Systems</b> .....	<b>97</b>
<b>3.3 Arbeiten im Park</b> .....	<b>98</b>
<b>3.4 Neues Wohnen und Stadtteilentwicklung</b> .....	<b>98</b>
<b>3.5 Kunst, Industriekultur und Tourismus</b> .....	<b>99</b>
<b>3.6 Soziale Initiativen, Beschäftigung und Qualifizierung</b> .....	<b>99</b>
<b>4. Kritik</b> .....	<b>100</b>
<b>5. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>103</b>

## **1. Bauausstellungen**

Das Interesse daran, bautechnische Neuerungen in Ausstellungen, vor allem in Weltausstellungen zu präsentieren, entwickelte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In unterschiedlichen Zeitabständen fanden seit Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder Bauausstellungen in Deutschland statt:

- 1901 in Darmstadt (Mathildenhöhe);
- 1927 in Stuttgart (Weißenhofsiedlung);
- 1951 in Hannover und
- 1957 in Berlin (Hansaviertel)

Während es bei diesen Ausstellungen vorwiegend darum ging, zeitgemäßen Städtebau zu präsentieren, setzte die IBA Berlin 1987 neue Schwerpunkte. Stadtreparatur und neue Planungsformen standen bei dieser Ausstellung im Mittelpunkt. Die *IBA Emscher Park* ging vor allem dadurch, dass eine ganze Region in ihr Konzept integriert war, noch weiter und ergänzte die neuen Schwerpunkte besonders um ökologische und kulturelle Ansätze. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Auch fand ein Wandel vom Anspruch auf Gesamtsteuerung zur flexiblen Projektsteuerung statt (KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 83).

## 2. Daten und Fakten zur IBA Emscher Park

Die *IBA Emscher Park* war keine einfache Ausstellung, sondern ein nordrhein-westfälisches Zukunftsprogramm, bzw. eine „Werkstatt für die Zukunft von Industrieregionen“. Ihr oberstes Ziel war es, mehr Lebens- und Wohnqualität im Emscherraum zu schaffen und dabei über architektonische, städtebauliche, soziale und ökologische Maßnahmen, also über den Ausbau von „weichen“ Standortfaktoren, den wirtschaftlichen Wandel dieser alten Industrieregion anzutreiben. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de))

*„Die Grundphilosophie ist es, durch exemplarische und vor allem sichtbare Projekte notwendige mentale Veränderungen in der Region herbeizuführen, überregionale Aufmerksamkeit auf die Region zu ziehen, die natürliche und bebaute Umwelt in der Region wieder für Bewohner und Touristen attraktiv zu machen, so dass sie auch für regionale und internationale Investoren wieder interessant wird“*  
(HÜCHERIG 1997: 28).

Wichtig hierbei war die Idee vom „Wandel ohne Wachstum“, also von innovativen und qualitativ hochwertigen Veränderungen unter den Bedingungen schrumpfender Einwohnerzahlen und abnehmender Arbeitsplätze im Emscherraum. So sollten unter anderem die oft mit einem rein quantitativen Wirtschaftswachstum einhergehenden negativen sozialen, ökologischen und kulturellen Folgen minimiert und ein Qualitätsbewusstsein erzeugt werden, dass Qualität als Chance und nicht als Investitionshemmnis oder Kostenlast empfindet. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 15)

An etwa 120 Standorten zwischen Duisburg und Bergkamen sollte der Wandel dargestellt werden.

Die Eckdaten der IBA wurden 1988 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung festgelegt. Dazu gehörten die Gründung der „IBA GmbH“, eine Zwischenpräsentation auf halbem Wege und das Ende der Ausstellung 1999. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Einige Großprojekte werden allerdings über das Ende der Ausstellung hinaus fortgeführt (FAUST 1999: 15).

Der Planungszeitraum der IBA hat sich also über zehn Jahre (1989-1999) erstreckt. Somit fand der Abschluss der Ausstellung am Ende einer Epoche, wollen wir sie das „klassische Industriezeitalter“ nennen, statt, die durch große Ideologien und Utopien aber vor allem, und das wird im Projektgebiet besonders deutlich, durch einen extrem verschwenderischen

Umgang mit der Natur gekennzeichnet war. Somit fügte sich die Aussage des Zeitpunktes sehr gut in Inhalt und Aussage der IBA ein.

Der Planungsraum erstreckte sich über 800 km<sup>2</sup> und umfasste 17 größere Städte (Bergkamen, Bochum, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Herten, Kamen, Lünen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Waltrop) sowie zwei Kreise (Recklinghausen und Unna) mit insgesamt 2,5 Mio. Einwohnern. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Die räumlichen Grenzen der IBA waren nicht die Gemeindegrenzen, sondern im Norden die A2, im Süden die A40, im Westen der Rhein und die A1 im Osten. (siehe Anhang) Die größten Ausdehnungen in Nord-Süd-Richtung betragen 18 km, die größten in Ost-West-Richtung 80 km. In Ausnahmefällen wurden aber auch Projekte außerhalb des Planungsraumes durchgeführt (z. B. das Innovationszentrum Wiesenbusch in Gladbeck oder der Kulturbahnhof in Hamm). Vor der IBA haben die einzelnen Kommunen Restlandschaften und die „Grünzüge“, die in 3.1 noch näher erläutert werden, als Abgrenzungsgebiet der einen Stadt gegenüber der anderen gesehen und genutzt. So wurden die grünen Grenzsäume oftmals in Bauland umgewandelt oder für Maßnahmen genutzt bzw. „missbraucht“, die man in der Stadt nicht haben konnte, auf die man aber auch nicht verzichten wollte. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 62) Es ist unter anderem die oben genannte Art der Grenzziehung der IBA die dazu beitragen sollte, den Wettbewerb zwischen den einzelnen Kommunen in effektive Bahnen zu lenken, indem sie nun dazu aufgerufen waren, Hand in Hand Initiative für ein angepasstes Natur-, Wirtschafts- und Kulturwachstum der gesamten Region zu ergreifen. (vgl.: FAUST 1999: 15) Die Restlandschaft als ein gemeinsam zu entwickelndes Erholungsgebiet anzusehen, dass war Ziel der IBA (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 62). So sollte nebenbei auch dem langfristig drohenden Auseinanderfallen des Ruhrgebietes entgegengewirkt werden (vgl.: FAUST 1999: 14/15).

Die Investitionssumme von fast fünf Millionen DM, davon zwei Drittel öffentliche Fördermittel, ermöglichte finanziell die Durchführung der IBA. Im Rahmen der Projekte wurden 300 km<sup>2</sup> Grünfläche planerisch angelegt und 350 km offene Abwasserläufe umgestaltet. Außerdem sind 17 neue Technologiezentren sowie 3.000 neue Wohnungen entstanden, während weitere 3.000 Wohnungen denkmalgerecht saniert wurden. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Allein durch die Bauinvestitionen wurden rund 10.000 Arbeitsplätze für die Region geschaffen bzw. erhalten (Pressemitteilung 688/10/98; Düsseldorf 23.10.1998; In: FAUST 1999: 15). Die hohen öffentlichen Fördermittel erklären sich unter anderem dadurch, dass die *IBA Emscher Park GmbH* eine dem Land NRW gehörende und von ihm finanzierte,

aber eigenwirtschaftlich handelnde Gesellschaft war. So konnte sich die IBA- Leitung einerseits der Finanzmittel relativ sicher sein, während gleichzeitig Unabhängigkeit und Flexibilität gegeben waren, zwei wichtige Voraussetzungen zur Durchsetzung von Innovationen. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 21) Die Gesellschaft hat keine eigenen Finanzmittel vergeben, sondern IBA- Projekte hatten Förderpriorität in der Landesförderung. Es wurden Gelder aus den laufenden Etats des Landes, also aus den unterschiedlichsten Förderprogrammen gebündelt. Die Einzelprojekte wurden von verschiedenen Investoren getragen (z. B. von Städten, Gemeinden, privaten Unternehmen, Verbänden oder Initiativen). Die Träger haben sich um die Planung, Realisierung, Finanzierung und den Betrieb der jeweiligen Projekte gekümmert. Diese Aufteilung der Trägerschaft hatte den Vorteil, die Projekte zu einem großen Teil auch nach Ende der IBA fortführen zu können.

Nach der Zwischenpräsentation 1994/95 wurden einige neue Schwerpunkte für die weitere Laufzeit festgelegt. Unter anderem wurde nun der Tourismus stärker in den Vordergrund gerückt, der Arbeitskreis „Phantasie für Reisen im Revier“ wurde gegründet. (vgl.: HÜCHERIG 1997: 29)

### **3. Arbeitsbereiche**

Im Rahmen der *IBA Emscher Park* wurden Projekte in folgenden sechs Arbeitsbereichen durchgeführt:

#### **3.1 Emscher Landschaftspark**

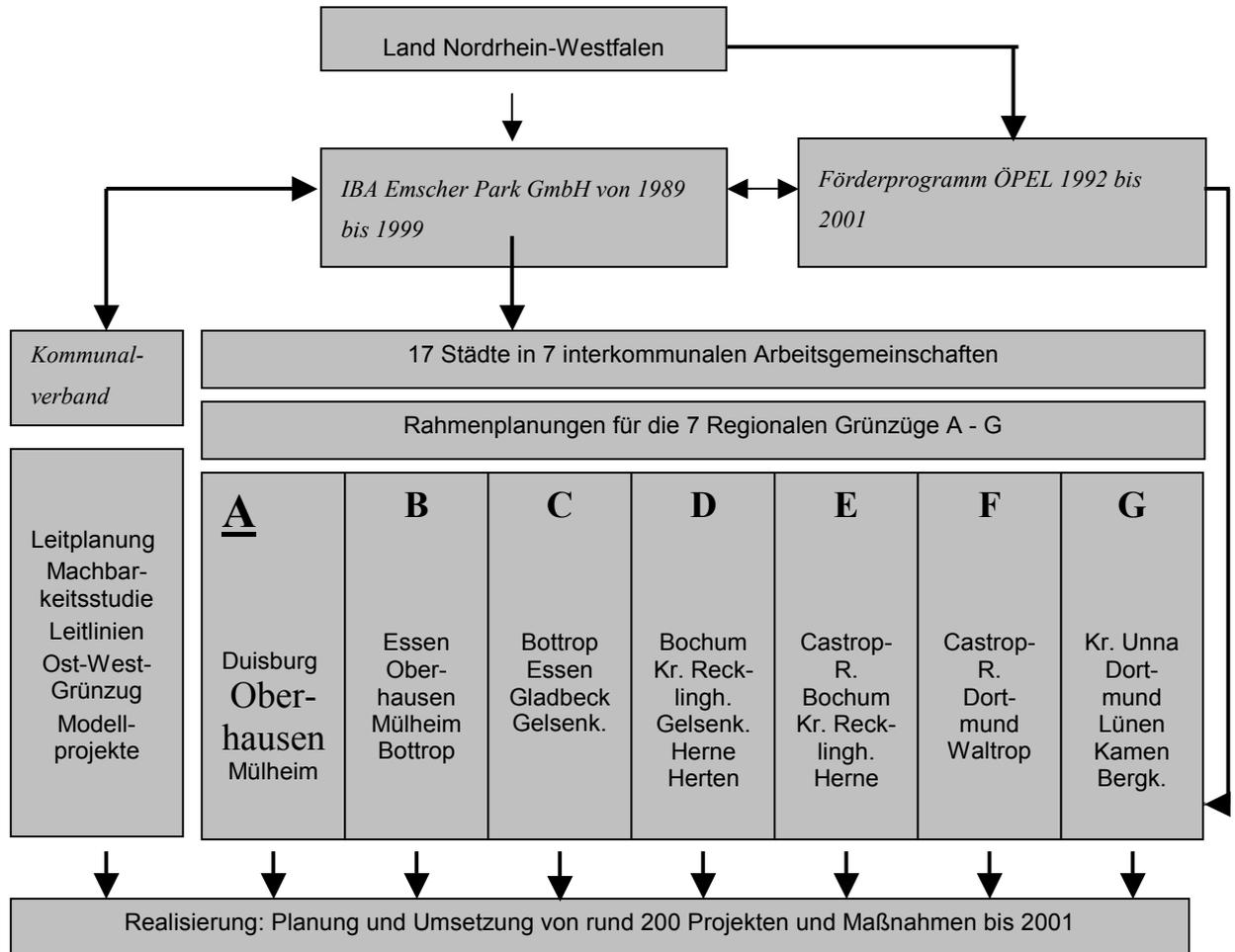
Der Emscher Landschaftspark war das verbindende Thema aller Projekte. Landschaft, die durch die Industrialisierung stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, sollte über dieses Projekt wieder an ökologischer Funktionsfähigkeit sowie an Attraktivität gewinnen. Auf 300 km<sup>2</sup> Grünfläche wurde Natur wiederbelebt und unter Schutz gestellt. Insbesondere wurden bereits vorhandene Grünflächen miteinander verbunden. Angelegt hatte man diese, in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Grünflächen bereits in den 60er Jahren als die sieben „Regionalen Grünzüge“. Die Planung der Grünzüge hatte damals der *Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk* (SVR, gegründet 1920) übernommen. Diese wurden nun erweitert und durch einen neuen Ost-West-Grünzug entlang des Rhein-Herne-Kanals und der Emscher miteinander verbunden, so dass ein zusammenhängendes Park-System entstand. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Dieses erstreckt sich über eine Länge von ungefähr 70 km von Westen nach Osten und hat eine Breite von bis zu 15 km (FAUST 1999: 15). Um auch die Menschen von dem Park profitieren zu lassen und

die Natur (vor ihrer Haustür) wieder für sie erlebbar zu machen, legte man einen *Emscher Park Radweg* und einen *Emscher Park Wanderweg* an. Den Planern war es wichtig, historische Relikte, die einst das Bild der Region prägten, zu erhalten. Diese Integration ehemaliger Industrieanlagen, auf denen sich die Natur unter sorgsamer Pflege ausbreiten darf, macht die Besonderheit des Parks aus.

Ausgewählte Projekte im Emscher Landschaftspark (aus: FAUST 1999: 15):

- Landschaftspark Duisburg-Nord (siehe Referat von T. ROTHER)
- Grüner Pfad
- Landesgartenschau Oberhausen
- Ökologischer Gehölzgarten – Haus Ripshorst
- Gesundheitspark Quellenbusch
- Nordstern-Park/Bundesgartenschau 1997 Gelsenkirchen
- Landschaftspark Mechtenberg
- Herten-Süd
- Landschaftspark Bladenhorst
- Schleusenpark Waltrop/Schiffshebewerk Henrichenburg
- Landesgartenschau Lünen 1996
- Waldband-Seseke Landschaftspark
- Emscher Park Radweg

Es stellt sich die Frage, wie die Planung eines Landschaftsparks abläuft, in den so viele verschiedene Projekte integriert sind. Deshalb möchte ich die zur Planung gehörenden Organe sowie deren Stellung im „hierarchischen“ System kurz anhand einer Funktionsskizze darstellen.



**Abb. 1: Planungssystem Emscher Landschaftspark**

Quelle: aus: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 68

### 3.2 Umbau des Emscher-Systems

Die Emscher, kein Fluss, der romantische Träumereien weckt, oder vielleicht gerade doch? Träumereien von Heilung und Genesung, das könnte sein, denn die Emscher durfte jahrzehntelang nicht das sein, was sie ursprünglich einmal war. Sie bildete mitsamt ihrer Nebenläufe ein System offener Abwasserkanäle von über 350 km Länge. Ein anderes Abwassersystem war, so sagt man, nicht möglich, weil es durch die mit dem Bergbau verbundenen Erdbewegungen keine wirtschaftliche und technische Alternative gab. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Die Emscher stank zum Himmel und war teilweise so hochgradig toxisch, dass sie durch Stacheldrahtzäune von insgesamt 760 km Länge abgegrenzt werden musste. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 61) Doch nun hat die Emscher, dank der Nordwanderung des Bergbaus, endlich die Chance bekommen, sich langsam zu erholen. Seit dem Umbau des Emscher-Systems wird das Abwasser in unterirdische Kanäle geleitet, während die vorhandenen Wasserläufe naturnah umgestaltet werden konnten. Der Umbau ist

noch nicht abgeschlossen aber erste Teilbereiche sind bereits fertiggestellt. Trotzdem würde es wahrscheinlich sehr lange dauern, bis sich die Wasserqualität der Emscher von allein wieder einem annehmbaren Wert nähern würde. Deshalb wurden in Bottrop und Dortmund Kläranlagen gebaut, die die Wasserqualität bereits erheblich verbessert haben.

Trotzdem muss auch der natürliche Wasserkreislauf, und damit die eigene Regenerationsfähigkeit des Systems, unterstützt werden. Das geschieht über die teilweise Entsiegelung von Flächen, über die nun vermehrt Sickerwasser ins Grundwasser und in die Bäche gelangen kann. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de))

### **3.3 Arbeiten im Park**

Dieser Arbeitsbereich hat sich darum bemüht, aus Industriebrachen neue Orte der Arbeit zu machen. Der Umbau der ehemaligen Berg-, Stahl und Hüttenwerke erfolgte dabei nach modernen planerischen Prinzipien, die auch ökologische Aspekte beachteten. Wert gelegt wurde insbesondere auf ein klares inhaltliches Profil, hohe architektonische Genauigkeit und, hier finden wir u.a. den ökologischen Aspekt wieder, einen etwa 50 %igen Grünflächenanteil. Insgesamt stehen 530 ha an umgestalteten Bauten und Flächen zur Verfügung. Hier finden sich aufgrund von günstigen Raumangeboten und vorteilhafter Lage gute Voraussetzungen für Existenzgründer, expandierende Unternehmen sowie Transferstellen zwischen Wirtschaft und Forschung. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de))

Der Umbau der Industriebrachen gehört zum IBA- Prinzip der „Kreislaufwirtschaft“. Diese gehört ihrerseits zur oben bereits erwähnten Idee des „Wandels ohne Wachstum“. Durch die Aufbereitung von „Recyclingflächen“ konnte verhindert werden, dass sich der Siedlungsflächenanteil im Verhältnis zu den Freiflächen vergrößert. Neben den ersichtlichen ökologischen Vorteilen brachte die Nutzung der alten Gebäude aber auch ökonomische Vorteile mit sich. Zum einen waren in der Regel die Umbaukosten niedriger als es die Kosten für einen vergleichbaren Neubau gewesen wären und zum anderen sind Material- und Energiebilanz der Weiternutzung eines Gebäudes deutlich besser als auch beim ökologischsten Neubau. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 15)

### **3.4 Neues Wohnen und Stadtteilentwicklung**

Nachdem in den vergangenen Jahrzehnten viele Sünden im Siedlungsbau des Ruhrgebietes begangen wurden, ist es glücklicherweise trotzdem gelungen, die meisten traditionellen Gartenstädte und Arbeitersiedlungen der Region zu retten. Rund 3.000 bestehende Wohnungen wurden erhalten und im Rahmen von Sanierungen, bei denen die

Mieterbeteiligung einen hohen Stellenwert einnahm, aufgewertet. Die neuen Wohnungen wurden nicht nur ökologisch gebaut, es wurde auch auf eine angepasste Ästhetik sowie auf soziale Gegebenheiten geachtet. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Interessen und eventuellen Schwierigkeiten Alleinerziehender, Behinderter, Senioren und Kinder berücksichtigt. Von den 3.000 neuen Wohnungen wurden etwa 75 % von öffentlicher Hand gefördert. Um auch finanziell schwächer gestellten Familien ein angenehmes Wohnen zu ermöglichen, hatten diese im Rahmen der Projektreihe „Einfach und selber bauen“ die Möglichkeit, selbst an ihrem zukünftigen Haus mitzuarbeiten und so zu sparen. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de))

### **3.5 Kunst, Industriekultur und Tourismus**

Bezüglich des Arbeitsbereiches „Emscher Landschaftspark“ wurde bereits erwähnt, dass Industriebrachen innerhalb des Parks erhalten wurden. So wird auch im Rest des Projektgebietes versucht, Industriedenkmäler zu schützen, zu sanieren und umzunutzen. Natürlich hätte man die vielen gigantischen Anlagen auch abreißen können, aber damit hätte man der Gegend wichtige historische Landmarken und den ansässigen Menschen sicherlich eine sehr wichtige Identifikationsmöglichkeit genommen. Mit dem Abriss der Industriebrachen wäre gleichzeitig das Werk der Menschen auf immer und ewig zerstört worden, die ihr Leben lang dafür gearbeitet haben. So war es den Planern der IBA wichtig, die Vergangenheit nicht als Ballast, sondern als Potential zu begreifen und zu behandeln. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 63)

Wohnen, Arbeit und Freizeit sind die neuen Funktionen, die in die alten Bauten eingezogen sind. Durch Einrichtung von Ateliers und einer Bühne ist die Region auf dem besten Wege, ihre kulturellen Potentiale freizulegen.

Um die Industriedenkmäler auch für Touristen attraktiv zu machen und damit noch ein weiteres Entwicklungspotential der Region auszuschöpfen, ist die „Route der Industriekultur“ eingerichtet worden. Durch sie wurde der Zugang zu Projekten geöffnet. Außerdem haben Touristen und andere Interessierte durch die Beschilderung der Projekte eine wichtige Orientierungshilfe bekommen. (vgl.: [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de))

### **3.6 Soziale Initiativen, Beschäftigung und Qualifizierung**

Hier geht es um die Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung. Diese war z. T. maßgeblich am Gelingen der IBA beteiligt, indem Ideen eingebracht und Arbeitsprozesse aktiv unterstützt wurden. Außerdem halfen die Erfahrungen der Menschen, die Geschichte der alten Zechen

und Hüttenwerke zu verstehen. Wenn von Bürgern oder Bürgerinitiativen überzeugende Konzepte eingingen, wurden diese durch das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt. Es gab sogar einige Initiativen die sich zu Beschäftigungsträgern entwickelt haben, und die sich insbesondere um die Einstellung von Langzeitarbeitslosen bemühen. (vgl. [www.iba.nrw.de](http://www.iba.nrw.de)) Genau das fügt sich auch in einen weiteren Ansatz der IBA ein, der in einer Region mit so hoher Arbeitslosigkeit besonders wichtig erscheint. Nach diesem Ansatz, bzw. vermittlungswürdigem Denken, sollte Arbeitslosigkeit nicht mehr als Schicksal, sondern als Neuanfang begriffen werden. (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 63) Neue, ämterübergreifende und interdisziplinäre Formen der Zusammenarbeit sollten zu besseren Resultaten und zu mehr Freude an der Arbeit führen.

*„Hierzu müssen die vielfältigsten Formen und Methoden der Projektarbeit und bei den Finanzierungsstrategien ausprobiert und Experimentierfreude wieder von Erfolg und Anerkennung gekrönt werden“*

(KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 63).

Bleibt nur zu hoffen, dass dieses Denken und vor allem das entsprechende Handeln den Rahmen einer Inter-nationalen Bauausstellung überdauert und es endlich in ganz Deutschland als Chance begriffen wird, menschliche Potentiale so freizusetzen, dass die Menschen sich dabei wieder als ganzheitlich und wertvoll empfinden.

#### **4. Kritik**

Das Ziel der IBA, die Konkurrenz zwischen den Kommunen in ein gemeinsames Streben umzuwandeln wurde nach Meinung vieler nicht wirklich erreicht. Immer noch herrscht die Konkurrenz der Kommunen vor, ist sie das vorherrschende Handlungsmotiv. Vielleicht ist ja auch gerade durch den Ausbau der weichen Standortfaktoren, der einen Wirtschaftsaufschwung möglich macht, aber nicht zwingend bedingt, das Konkurrenzdenken gewachsen. Es herrscht ein Kampf um gewerbliche Neuansiedlungen, um den schönsten Park um neue Arbeitsplätze und kulturelle Highlights zwischen Städten, Kreisen und Teilregionen. Ein weiteres Problem ist die Sicherung der Zukunft der Region nach der IBA. Damit nicht alles nur ein kurz loderndes Strohfeuer gewesen ist, wird über organisatorische Formen nachgedacht, die die Ansätze der IBA auch über deren Bestehen hinweg in der Region fortführen und ausbauen. Einige solcher neuen Agenturen sind bereits eingerichtet (z. B.

*Kultur Ruhr GmbH, Ruhr Tourismus GmbH und die Stiftung Industriekultur*). (vgl.: KURTH, SCHEUVENS & ZLONICKY 1999: 64)

Viele Leitziele und Methoden, die in meiner Ausarbeitung erwähnt wurden, standen unter sehr idealistischem Vorzeichen. Insbesondere trifft das auf den Ausbau des Emscher-Systems, bzw. die Renaturierung der Emscher zu. Noch 1999, also im Abschlussjahr der IBA, war die Emscher so verschmutzt und giftig, dass es noch nicht verantwortet werden konnte, den sie begrenzenden Stacheldrahtzaun abzureißen.

*„Bis die Emscher wieder wasserähnliche Substanzen führt, dürfte es Jahrzehnte dauern“*  
([http://www.zeit.de/1999/18/199918\\_emscher-park.html](http://www.zeit.de/1999/18/199918_emscher-park.html))

Aus verschiedenen Reihen wird kritisiert, dass Planung und Umsetzung von Projekten weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgelaufen sind, dass aber gleichzeitig im Abschlussjahr 1999 krampfhaft versucht wurde, der Öffentlichkeit die Projekte der IBA schmackhaft zu machen sowie sich selbst über die inszenierte und „verführerische Kraft der Bilder“ ein Lob auszusprechen. (vgl.: [http://www.zeit.de/1999/18/199918\\_emscherpark.html](http://www.zeit.de/1999/18/199918_emscherpark.html)) Ein weiterer Punkt spricht eines der Kernziele der IBA an. Es stellt sich nämlich die Frage, ob allein durch eine räumliche Umstrukturierung auch eine ökonomische Entwicklung begünstigt wird. Im Regelfall lief der Prozess nämlich bisher andersherum ab, so dass ökonomische Entwicklungen meist die Impulsgeber für Veränderungen von Gesellschaft und Raum waren. Des weiteren wurden hier mit staatlichen Mitteln Raumqualitäten erzeugt, die andernorts bereits vorhanden waren und auf die ohne großen Aufwand hätte zurückgegriffen werden können. (vgl.: ACHE, BREMM, KUNZMANN & WEGENER 1992: 220)

Was mich unter anderem stutzig gemacht hat, ist die Forderung danach, Arbeitslosigkeit nicht mehr als Schicksal, sondern als Chance zu begreifen. Das lässt sich natürlich von oben herab und aus einer gesicherten Stellung heraus leicht sagen. Trotzdem meine ich, dass die Berechtigung so einen Ansatz zu formulieren in diesem Fall größer ist, weil durch die ganz unterschiedlichen Projekte der IBA, sowie durch die damit zusammenhängenden Bautätigkeiten und die Aufwertung des Lebensraumes Perspektiven für die Menschen geschaffen wurden, die ihren Glauben an einen Neuanfang erleichtern konnten. Ansonsten sind es gerade die Menschen, die jetzt vom Neuanfang reden, die den Arbeitslosen, ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Arbeitswillen über endlos viele Gesetze sowie über nicht weniger Formen der „Volks-verdummung“ Steine in den Weg legen. (Im Kuratorium und Lenkungsausschuss der IBA- Gesellschaft haben mehrere hochrangige Politiker den Vorsitz.)

Doch selbst das haben die Planer der IBA anscheinend verstanden indem sie, wie oben erwähnt, über neue, sehr flexible und ämterübergreifende Arbeitsmethoden die Freude der Menschen an ihrer Arbeit und damit auch die Qualität der Arbeit stärken wollen. Bleibt nur die Frage, inwieweit auch der normale Arbeiter „ämterübergreifend“ und kreativ arbeiten darf und wenn, wie lange.

Wichtig wird auf jeden Fall sein, die Emscherregion nicht zu einer reinen Museumsregion werden zu lassen, denn damit würde man die räumlichen Disparitäten innerhalb des Ruhrgebietes und mit ihnen Identitätsdisparitäten der Einwohner eher stärken als schwächen.

*„Während die einen Kumpel noch unter Tage arbeiten, fühlen sich die anderen bereits wie lebende Requisiten in einem Montanmuseum“* ([http://www.zeit.de/1999/9/199909\\_emscher.html](http://www.zeit.de/1999/9/199909_emscher.html))

Nach so viel negativer Kritik muss nun aber doch noch angemerkt werden, dass die IBA das Bild der Emscherregion stark zum positiven gewendet hat. Insbesondere die innovative Planungskultur, bei der im Prinzip die „Projekte die Planung steuerten“ und bei der außerdem ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung (z. B. über Initiativen) vorhanden war, ist erfolgreich und vorbildlich verlaufen. (vgl.: FAUST 1999: 17) Des weiteren finde ich es sehr positiv, leider heutzutage noch immer viel zu selten, dass insbesondere der ökologische Umbau so weit in den Vordergrund gerückt wurde. Dahinter erkennt man, auch wenn hier natürlich auch wieder stark die ökonomischen Interessen mit einfließen, zumindest ein (Unter)-bewusstsein dafür, dass Überleben nur mit der Natur möglich ist, dass Menschen sich bemühen müssen, ihre begangenen Fehler an der Natur wieder „gut zu machen“ und dass Lebensqualität sehr eng mit der Qualität der Natur verknüpft ist.

So hat sich die Emscheregion mittlerweile zu einem beliebten Reiseziel entwickelt. Insbesondere durch die Konservierung und Umwandlung von Industriebrachen in dieser für Deutschland „ehemals“ so wichtigen Region wurde ein bedeutendes Stück Geschichte bewahrt und dabei auch gezeigt, wie Vergangenheit auf eine sehr konstruktive Art und Weise in die heutige wie auch in die spätere Zeit integriert werden kann. Durch die IBA hat sich das Ruhrgebiet zwar verändert, ist *„zugleich aber auch geblieben, was es von jeher war: ein starkes Stück Deutschland“* ([http://www.zeit.de/1999/9/199909\\_emscher.html](http://www.zeit.de/1999/9/199909_emscher.html)).

## 5. Quellenverzeichnis

- ACHE, P.; BREMM, H.-J.; KUNZMANN; K. R. U. & WEGENER, M. (Hrsg.) (1992): Die Emscherzone: Strukturwandel, Disparitäten – und eine Bauausstellung. Dortmund. (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung: 58)
- FAUST, H. (1999): Das Ruhrgebiet – Erneuerung einer europäischen Industrieregion. In: Europa Regional 7 (1999)
- HÜCHERIG, R. (1997): Tourismus im Ruhrgebiet – Der Beitrag der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. Trier. (= Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie: 41)
- KURTH, D., SCHEUVENS, R. U. ZLONICKY, P. (Hrsg.) (1999): Laboratorium Emscher Park, Städtebauliches Kolloquium zur Zukunft des Ruhrgebietes. Dortmund. (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung: 99)

### WEITERE QUELLEN:

<http://www.iba.nrw.de>

[http://www.zeit.de/1999/9/199909\\_emscher.html](http://www.zeit.de/1999/9/199909_emscher.html)

[http://www.zeit.de/1999/18/199918\\_emscherpark.html](http://www.zeit.de/1999/18/199918_emscherpark.html)

## **Das Centro in Oberhausen**

*Christian Helbrecht*

<b>1. DIE GESCHICHTE DER STADT OBERHAUSEN.....</b>	<b>104</b>
<b>1.1 DIE ENTWICKLUNG DES STADTGEBIETES UND DER BEVÖLKERUNG..</b>	<b>104</b>
<b>1.2 OBERHAUSENS ENTWICKLUNG VON DER INDUSTRIALISIERUNG BIS ZUR GEGENWART.....</b>	<b>105</b>
<b>1.3 DIE BEIDEN WELTKRIEGE .....</b>	<b>106</b>
<b>1.4 KRISE DES BERGBAUS UND DER EISEN- UND STAHLINDUSTRIE .....</b>	<b>107</b>
<b>2. DAS CENTRO - CHANCE FÜR DIE ZUKUNFT?.....</b>	<b>108</b>
<b>3. DER GASOMETER.....</b>	<b>110</b>
<b>4. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>110</b>

# 1. Die Geschichte der Stadt Oberhausen

## 1.1 Die Entwicklung des Stadtgebietes und der Bevölkerung

Das heutige Oberhausen setzt sich aus den ehemals selbstständigen Städten Osterfeld, Sterkrade und Alt-Oberhausen zusammen.

### *Alt-Oberhausen*

Keimzellen Alt-Oberhausens waren die in einem Heidegebiet gelegenen Bauernschaften Lirich und Lippern. 1861/62 wurden diese zur Verwaltungseinheit Oberhausen zusammengeschlossen. Das Heidegebiet blieb dabei bis zum neunzehnten Jahrhundert dünn besiedelt. Als Lippern und Lirich 1802 preußisch wurden, lebten auf den 38 Gehöften und Kotten annähernd 200 Menschen. In völlig unbewohnter Gegend, d.h. ohne Bezug zu den Bauernschaften, entstand 1847 der Bahnhof Oberhausen.

In seiner Umgebung entstand allmählich ein erster Siedlungskern. Der Ansiedlung von Fabriken und Industrieunternehmen folgte die erste Wohnbebauung südlich des Bahnhofs. Zum Zeitpunkt der Verleihung des Stadtrechts 1874 betrug die Einwohnerzahl zirka 18000. Der Zuzug von Einwohnern aus den damaligen Ostprovinzen aufgrund einer anwachsenden Industrialisierung führte zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl auf 97.203 im Jahre 1914. Hierzu trugen auch Eingemeindungen von Alstaden sowie Teilgebieten Styruns, Dümptens, Buschhausens sowie Frintrops bei.

(<http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

### *Osterfeld*

Der Ort hatte sich um die Pankratiuskirche, die um das Jahr 1000 erbaut wurde, gegründet. Die sprunghafte Entwicklung setzte mit dem Einzug des Bergbaus nach 1870 ein. Die Bevölkerungszahl stieg von 2446 (1875) bis zum Jahr der Stadtrechtsverleihung (1921) auf 32.850 Einwohner an.

### *Sterkrade*

Sterkrade ist eine fränkische Gründung und entstand als geschlossene Bauernschaft um das 1254 gegründete Zisterzienserinnen-Kloster. 1788 betrug die Einwohnerzahl 800 Personen. Im Gefolge der Industrialisierung erhöhte sich diese bis 1915 auf zirka 37.000 Einwohner. Zu dieser Zeit waren 7.638 von ihnen bei der Gute Hoffnungshütte beschäftigt. 1917 erfolgte die Eingemeindung Holtens zu Sterkrade: Holten erhielt 1310 Stadtrecht, das ihm jedoch 1824 wieder abgesprochen wurde. Sterkrade selbst wurde 1913 das Stadtrecht zugesprochen.

(<http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

### *Kommunale Neugliederung*

Die immer engere wirtschaftliche Verflechtung der Kommunen Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade führte 1929 zum Zusammenschluß der drei Städte. In das nun größere Oberhausen brachte Alt-Oberhausen 110.230, Sterkrade 57.763 und Osterfeld 31.809 Einwohner ein. Mit dieser Neugliederung erhielt Oberhausen seine jetzigen Stadtgrenzen.

(vgl.: <http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

## **1.2 Oberhausens Entwicklung von der Industrialisierung bis zur Gegenwart**

Wenn von der beginnenden Industrialisierung des Oberhausener Raums gesprochen werden soll, dann ist zunächst die Errichtung der Eisenhütte St. Antony in Osterfeld im Jahre 1758 zu erwähnen. Hiermit begann nicht nur die Industriegeschichte des jetzigen Oberhausens, sondern auch die des Ruhrgebiets. 1782 folgte die Eisenhütte Gute Hoffnung in Sterkrade und 1791, in der Nähe des jetzigen Schlosses Oberhausen an der Emscher, die Gründung der Eisenhütte Neu-Essen. Diese drei Hütten blieben nicht lange selbständig. Sie wurden im Jahr 1808 zur Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel & Huysen zusammengefaßt. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte wurden von diesem Unternehmen Anlagen zur eigenen Eisen- und Stahlerzeugung und Stahlverarbeitung errichtet (Kokshochöfen, Thomas-, Martinstahlwerke, Profil- und Blechwalzwerke). Die zur Beschickung der Kokshochöfen notwendige Kohle zur Erzverhüttung wurde von den im Zeitraum 1850 - 1870 entstandenen Zechen im Bereich Oberhausen geliefert. 1873 erfolgte die Umbenennung der Hüttengewerkschaft in Gute Hoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb. Damit war der Montanbetrieb (Kohle und Stahl) geschaffen. Im Zuge der industriellen Aufwärtsentwicklung entstanden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts weitere Klein- und Mittelbetriebe. (vgl.: <http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

### *Folgen der Industrialisierung*

Der wirtschaftliche Aufschwung beinhaltete eine Steigerung des Bedarfs an Arbeitskräften. Diese wurden aus allen Teilen Deutschlands, zum Teil auch aus dem Ausland angeworben. Der Zuzug hatte erhöhten Wohnraumbedarf zur Folge. In kurzer Zeit entstanden so ganze Straßenzüge. Trotz großer Anstrengungen des privaten Baumarktes blieb die Wohnraumnachfrage immer noch groß. Die großen Werke versuchten, durch den Bau von

Wohnungen, den Wohnbedarf zu minimieren. Dies gelang jedoch nur zum Teil. Für den Lippert-Liricher Teil galt zum Beispiel 1861, daß nur ca. 20% der dort tätigen Arbeiter ihren Wohnsitz auch an diesem Ort hatten.

### *Lebenssituation im Gefolge der Industrialisierung*

Die Arbeitszeit betrug um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in den Fabriken zwölf Stunden täglich abzüglich einer Pausenzeit von einer Stunde. Die Berg- und Fabrikarbeiter konnten zumeist den Unterhalt ihrer Familie mit ihrem Einkommen nicht decken; Nebenarbeiten und Überstundenleisten waren eine Folge, die andere, daß das Einkommen durch Frauen- und Kinderarbeit (z.B. Stricken und Nähen) aufgebessert wurde. Eintretende Krankheiten verursachten vor der Einführung des Bismarck'schen Krankenversicherungsgesetzes von 1883 bittere Not. Einzelne Unternehmen hatten so ihre Arbeiter im Krankheitsfall durch eine eigene Betriebskrankenkasse versichert, wie dies beispielsweise schon 1840 Jacobi, Haniel & Huysen taten. Im Verlauf der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg verbesserten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der in der Industrie beschäftigten Menschen deutlich: Die Hochkonjunkturphasen der 1870er Jahre sowie der Zeit von 1895 bis 1914 ließen die Realeinkommen steigen, und die wöchentliche Arbeitszeit sank ebenfalls. Vor Beginn des Ersten Weltkrieges stand die Gute Hoffnungshütte mit ihren 30.000 Beschäftigten auf Platz sieben der größten deutschen Unternehmen.

(<http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

## **1.3 Die beiden Weltkriege**

### *Der Erste Weltkrieg und die Zeit danach*

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich die Beschäftigungsstruktur in den Betrieben: Die eingezogenen Männer wurden größtenteils durch Frauen ersetzt. Mangelnde Rohstoffe, eine schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln und eine steigende Mehrarbeit bedingten eine bis zum Kriegsende noch anwachsende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Notjahre hielten noch in den zwanziger Jahren an. Erst mit der Einführung der Reichsmark änderte sich die Situation. Es setzte ein Aufschwung ein, der durch das Eintreten der großen Weltwirtschaftskrise 1929 beendet wurde. Die Zahl der Arbeiter in den Oberhausener Werken der Gute Hoffnungshütte reduzierte sich in den Jahren von 1929 - 1933 von 30.000 auf nur noch 16.000. In Oberhausen waren auf dem Höhepunkt der Krise 1933 über 25.000 Menschen, das waren 30% der Beschäftigten, arbeitslos gemeldet. Viele andere mußten sich mit Kurzarbeit abfinden.

### *Der Zweite Weltkrieg*

Oberhausen blieb ebenso wie seine Nachbarstädte vom Krieg nicht verschont. Die Männer zog man zum großen Teil ein, entstandene Personallücken in Wirtschaft und Gesellschaft wurden gefüllt mit Frauen und reaktivierten Rentnern. Fehlende Arbeitskräfte in der Industrie ergänzte man durch den Einsatz von Kriegsgefangenen sowie Zwangsverschleppten aus den besetzten Gebieten, die oft unter menschenunwürdigen Verhältnissen untergebracht waren. Lebensmittel, Textilien und andere Verbrauchsgüter wurden rationalisiert. Es entstand aufgrund der Zerstörung von Wohngebäuden ein großer Wohnraummangel, der bis zum Kriegsende zunahm. Zieht man eine Bilanz des Krieges in Oberhausen, so gilt u.a.:

- Es gab 1.991 Tote und 5.493 Verletzte aufgrund von Bombenangriffen.
- Es waren von 17.800 Wohngebäuden 10.120 zerstört oder erheblich beschädigt - von 53.209 Wohnungen blieben nur 7% unbeschädigt.
- Das Verkehrsnetz und die Kanalisation waren erheblich beschädigt.

(vgl. <http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

### *Die Stunde Null - der Aufbau in Oberhausen*

Die Militärregierung übernahm zunächst administrative Aufgaben. Sie ordnete am 17.4.1945 den Beginn der Enttrümmerung an. Diese wurde, da Männer weitgehend fehlten, von Frauen durchgeführt. Vom Ausland wurden Lebensmittelhilfen (Care-Pakete) organisiert, die vornehmlich den hungrigen Kindern zugute kamen. Bevor sich das Wohnungsproblem entschärfte, wurde es zunächst noch verschärft durch die Zuweisung von Flüchtlingen, deren Zahl sich am 31.3.1950 auf 10.500 belief. Das Bestreben der Militärregierung, kommunale Angelegenheiten in deutsche Verantwortung zu übergeben, setzte sie bald in die Tat um. Am 5.7.1945 wurde der erste Oberbürgermeister von Oberhausen ernannt. Die erste Kommunalwahl fand am 13.10.1946 statt. 1947 wurde im Zuge der Entflechtungsanordnung der Militärregierung der GHH-Konzern aufgeteilt in Hüttenwerk Oberhausen AG, Gute Hoffnungshütte AG sowie die Bergbau AG (Neue Hoffnung). In Kohle und Stahl wurde die Mitbestimmung eingeführt. Die folgenden Jahre brachten einen in dieser Form nicht erwarteten Wirtschaftsaufschwung und damit die Hebung des allgemeinen Lebensstandards.

## **1.4 Krise des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie**

Seit dem Ende der sechziger Jahre begann in Oberhausen der Niedergang von Kohle und Stahl als Beschäftigungsbasis. Zwischen 1968 und 1974 fand ein großes Zechensterben

(Stilllegung der Zechen Concordia, Alstaden und Jacobi mit insgesamt 6.680 Arbeitsplätzen) statt. Hinzu kam dann noch die Stilllegung der Zeche Osterfeld/Sterkrade im Jahr 1992 mit 3.500 Arbeitsplätzen. Das Hüttenwerk Oberhausen, das 1964 einen Beschäftigungshöchststand von 13.360 Personen aufwies, ging nach Übernahme der Aktienmehrheit durch die August Thyssen AG im Jahre 1968 in eine Tochterfirma dieses Unternehmens (Thyssen Niederrhein Oberhausen AG) über. Primär in den siebziger Jahren erfolgte ein beträchtlicher Kapazitätsabbau, der sich in den achtziger und neunziger Jahren fortsetzte bis zur vollständigen Schließung. Die Oberhausener Montan-Ära hat damit ihr Ende gefunden. Geblieben sind in Oberhausen zwei größere stahlverarbeitende Betriebe: die Sterkrader Gute Hoffnungshütte Maschinenbau, die eine Tochter der MAN geworden ist, sowie die Babcock AG.

(<http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

### *Hypothek und Neuanfang*

Der Rückzug von Kohle und Stahl aus dem Oberhausener Gebiet bedeutete einen tiefen Einschnitt in die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde. Dies läßt sich daran verdeutlichen, daß Oberhausen in den Bereichen Kohle und Stahl zwischen 1961 und 1995 38.860 Arbeitsplätze verloren hat. Daraus ergab sich dann auch ein spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten. Aufgefangen werden konnte der Verlust teilweise durch einen Zugewinn an Arbeitsplätzen in anderen Bereichen in der Zeit von 1961 bis 1995 um 10.382. Hauptsächlich durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Aktuell wird in diesem Sinn das ehemalige Industriegelände der HOAG an der Essener- und Osterfelder Straße als "Dienstleistungspark" (das Centro als Oberhausens neue Mitte) genutzt. Weitere ehemals durch Bergbau und Stahlindustrie genutzte Flächen stehen für die Ansiedlung neuer Unternehmen bereit.

(vgl.: <http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>)

## **2. Das Centro - Chance für die Zukunft?**

Somit bietet der Untergang der Montanindustrie auch Chancen für die Stadt Oberhausen. Es entstand als Leitbild für die Stadtentwicklung die Neue Mitte Oberhausen. Auf dem ehemaligen Gelände der GHH Oberhausen entsteht in der geographischen Mitte der Stadt seit den 90er Jahren ein Entwicklungsprojekt.

In einer Mischung von Technologieförderung, Forschungs- und Hochschulinstitut, Shopping, Entertainment, Hotellandschaft, Gewerbeparks und Landschaftsparks sollen neue

Arbeitsplätze generiert werden, ein neues wirtschaftliches Fundament für Oberhausen geschaffen und ein zukunftsorientierter Beitrag für den Standort Ruhrgebiet geleistet werden. Bis 1999 wurden 921 Millionen DM öffentliche Finanzmittel eingesetzt und in Folge 1,938 Milliarden DM private Investitionen getätigt. Es entstanden 10.000 neue Arbeitsplätze. Wobei durch die Schaffung des Centro in der neuen Mitte auch viele Arbeitsplätze von der alten City in Oberhausen nur in die neue Mitte verlagert wurden.

Mit dem vom Rat der Stadt im Juni 2000 beschlossenen "Masterplankonzept Neue Mitte Oberhausen" tritt die zukunftsorientierte städtebauliche Entwicklung Oberhausens in eine zweite zentrale Phase. Mit dem Zukunftspark O.Vision entsteht in der Neuen Mitte Oberhausen auf einer ehemaligen Stahlwerksfläche von ca. 60 Hektar ein Stadtteil neuer Prägung. Die Konzeption dieses Parks verknüpft Forschung und Entwicklung mit High-Tech-Gewerbe, Ausstellungsflächen und touristischen Attraktionen.

Es ist das Ziel der Stadt Oberhausen, bis zum Jahre 2010 weitere 10.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(vgl.: <http://www.oberhausen.de/>)

Mit dem Centro errichtete die Stadt Oberhausen auf einem brachliegenden Stahlgelände ein mit 70000 qm Verkaufsfläche große Shopping- Mall. Die Mall beinhaltet einen Freizeitbereich mit einem 360m langen Gastronomiepromenade mit Kneipen und Themenrestaurants, sowie ein Freizeitpark auf 80000 qm, eine Mehrzweckhalle mit 12000 Plätzen, ein Multiplexkino, eine Coca Cola Oase mit 20 verschiedenen fast- food Anbietern, eine Diskothek und ein Hotel. Im Moment funktioniert das Centro mit seinem Disney System, das aus den Komponenten Sicherheit, Sauberkeit und Service besteht. Es wird von den Leuten angenommen. Die Stadt Oberhausen kennen jedoch wahrscheinlich nur wenige Besucher des Centro, die von außerhalb kommen. Die Besucher des Centro sehen von der Stadt Oberhausen nichts mehr, da man das Centro bequem per Auto erreichen kann und die Straßen direkt zum Parkplatz führen. Es stehen 10500 Parkplätze zur Verfügung. Man kann das Centro jedoch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen. Dafür wurde extra ein neues Busterminal geschaffen. Im Moment mangelt es noch nicht an Besuchern. Das Centro liegt in einem dicht besiedeltem Raum. Über 5 Millionen Menschen können das Centro in weniger als 30 Minuten erreichen. In einem Umkreis von 250 km leben 60 Millionen Menschen.

(vgl.: <http://archinoah.tu-berlin.de/ArchiNoah/FTP-Server/Downloads/Studienarchivfiles/Architektursoziologie/UrbanEntertainmentCenter-S.pdf>)

### 3. Der Gasometer

Der Oberhausener Gasometer wurde 1929 fertiggestellt und ist mit 117,5 m Höhe der größte Gasometer Europas. Er hat einen Durchmesser von 67,6 m und ein Nutzvolumen von 347 000 Kubikmetern. Der Oberhausener Gasometer ist ein sogenannter trockener Scheibengasbehälter, die modernste Variante unter den verschiedenen Gasometerarten. Das Prinzip des Scheibengasbehälters wurde 1915 von der Firma MAN in Mainz entwickelt.

Der Gasometer ist nicht rund sondern ein "24-Eck". Auf dem Gas schwamm eine bewegliche Scheibe, die aus 24 radial angeordneten Fachwerkträgern besteht. Weil das Eigengewicht der Scheibe nicht ausreichte, um den erforderlichen Gasdruck 300 Millimetern Wassersäule zu erreichen, wurden auf der Scheibe Betongewichte befestigt, so daß ein Gesamtgewicht der Scheibe von 1207 Tonnen erreicht wurde. Das Gas wurde von unten eingeblasen und wiederentnommen. Auf ihm schwamm je nach gelagerter Menge die Gasdruckscheibe und glitt an den ölgeschmierten Wänden auf und ab.

Die Umbau- und Restaurationsarbeiten kosteten insgesamt 15,9 Mio. DM. Beim Umbau 1993 durch die Deutsche Babcock AG in 1993/94 wurde die Gasdruckscheibe in 4 m Höhe arretiert.

#### Technische Daten auf einen Blick:

- Datum der Errichtung: 1929
- Datum der Stilllegung: 1988
- Höhe: 117,5 m
- Durchmesser: 67,6 m
- Nutzvolumen: 347.000 qm
- Grundfläche: 3.000 qm
- **Ausstellungsfläche: 7.000 qm**
- **Gewicht der Abdeckscheibe: 1.207 to**

(vgl.: <http://www.gasometer.de/>)

### 4. Literaturverzeichnis

<http://www.meinestadt.de/Oberhausen/Rheinland>

<http://archinoah.tu-berlin.de/ArchiNoah/FTP-Server/Downloads/Studienarchiv-files/Architektursoziologie/UrbanEntertainmentCenter-S.pdf>

<http://www.gasometer.de/>

### III. Literaturverzeichnis

#### Literatur

- ACHE, P. (1992): Die Emscherzone: Strukturwandel, Disparitäten - und eine Bauausstellung. Dortmund (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 58).
- ALBERTZ, P., KARHOFF, B., MÜLLER, S., WILKE, V. (Hrsg.) (1997): ... zum Stand der Dinge...Strukturwandel im Ruhrgebiet. Dialoge zur regionalen Entwicklung. IBA von Unten, Initiativkreis Emscherregion e.V. Dortmund, Essen.
- AXT, H.-J. (Hrsg.) (1997): Strukturwandel in Europa: Südosteuropa, Ruhrgebiet und Reform der EU-Strukturpolitik; Ergebnisse einer Internationalen Konferenz vom 5.-6. Mai 1997. Duisburg.
- BERNSAU, U. (1997) Strukturwandel als Sinnwandel: Die Bundesgartenschau Gelsenkirchen 1997. Marburg.
- BLOTEVOGEL, H.-H. (1997): Strukturwandel und Regionalpolitik im Ruhrgebiet. In: AXT, H.-J. (Hrsg.) (1997): Strukturwandel in Europa: Südosteuropa, Ruhrgebiet und Reform der EU-Strukturpolitik. Duisburg. S.125-140.
- BLOTEVOGEL, H.-H. (1998): Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr. ILS, Dortmund.
- BORSODORF, U. (Hrsg.) (1994); Internationale Bauausstellung Emscher Park: Feuer & Flamme - 200 Jahre Ruhrgebiet; eine Ausstellung im Gasometer Oberhausen. Essen.
- BEHRENBECK, S. (1994): Wandel. In: BORSODORF, U. (Hrsg.) (1994); Internationale Bauausstellung Emscher Park: Feuer & Flamme - 200 Jahre Ruhrgebiet; eine Ausstellung im Gasometer Oberhausen. Essen, S. 269-278.
- BUTZIN, B. (1990): Regionaler Entwicklungszyklus und Strukturwandel im Ruhrgebiet. Ansätze zur strukturellen Erneuerung? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 34, S. 208-217.
- BUTZIN, B. (1995): Neue Strategien der Regionalentwicklung – Perspektiven für das Ruhrgebiet. In: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.): Kommunalverband – Ruhrgebiet. Wege, Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Essen. S. 145-187.
- DEGE, W. u. KERKEMEYER, S. (1993): Der wirtschaftliche Wandel im Ruhrgebiet in den 80er Jahren. In: Geographische Rundschau 45, H. 9, S. 503-509.
- FAUST, H. (1999): Das Ruhrgebiet – Erneuerung einer europäischen Industrieregion. In: Europa Regional 7 (1999)
- GLÄSSER, E., SCHMIED, M.W. u. WOITSCHÜTZKE, C.-P. (1997): Nordrhein-Westfalen. Gotha.
- GÜNTER, R. (1994): Im Tal der Könige. Ein Reisebuch zu Emscher, Rhein und Ruhr. Essen.
- HOMMEL, M. (1993): Vor Ort im Ruhrgebiet: ein geographischer Exkursionsführer. Essen.
- HÜCHERING, R. 1997: Tourismus im Ruhrgebiet – Der Beitrag der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG U. STATISTIK (Hrsg.) (1994): Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens. Informationen aus der amtlichen Statistik. Düsseldorf
- INSTITUT FÜR LANDES- U: STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG DES LANDES NRW (Hrsg.) (1998): Jahresbericht 1997.
- INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG Emscher Park (Hrsg.) (1996): Werkstatt für die Zukunft von Industrieregionen. Memorandum der Internationalen Bauausstellung Emscher Park 1996-1999. Gelsenkirchen.
- INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG Emscher Park (Hrsg.) (1999a): IBA '99 Finale. Das Programm. Gelsenkirchen.
- INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG Emscher Park (Hrsg.) (1999b): IBA '99 Finale. Kurzinfo mit großer IBA-Landkarte.
- JANNSEN, G. u. STRASSEL, J. (Hrsg.) (1997): Neuere Naturinszenierungen – Ein Studienprojekt. Oldenburg.
- KILPER, H., LATNIAK, E., REHFELD, D., SIMONIS, G. (1994): Das Ruhrgebiet im Umbruch. Strategien regionaler Verflechtung. Opladen.
- KILPER, H., LEHNER, F., REHFELD, D., SCHMIDT-BLEEK, F. (1996): Wegweiser in die Zukunft. Perspektiven und Konzepte für den Strukturwandel im Ruhrgebiet. Essen.

- KOMMUNALVERBAND RUHRGEBIET (1998): Städte- und Kreisstatistik Ruhrgebiet 1997. Essen.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG U. STATISTIK (Hrsg.) (1994): Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens. Informationen aus der amtlichen Statistik. Düsseldorf
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG U. STATISTIK (Hrsg.) (1998): Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens. Informationen aus der amtlichen Statistik. Düsseldorf.
- MAYR, A. (1988): Jüngste sozioökonomische Wandlungen im Ruhrgebiet und raumplanerische Entwicklungsstrategien. In: Der Raum Dortmund. Entwicklung, Strukturen und Planung im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund (= Spieker 32, S. 87-106).
- NACHTWEY, J. (1997): Institutionelle Strukturen als Auslöser persistenter Arbeitslosigkeit – eine ökonomische Analyse für das Ruhrgebiet. Bochum.
- PRAGER, J. (1996): Wirtschaftsförderung und Kulturförderung im Ruhrgebiet. Bochum.
- VOPPEL, G. (1993): Nordrhein-Westfalen. Darmstadt.
- PRESSEMITTEILUNGEN DER LANDESREGIERUNG NRW, Düsseldorf:  
157/3/97, 259/5/97, 637/10/97, 688/10/98.